

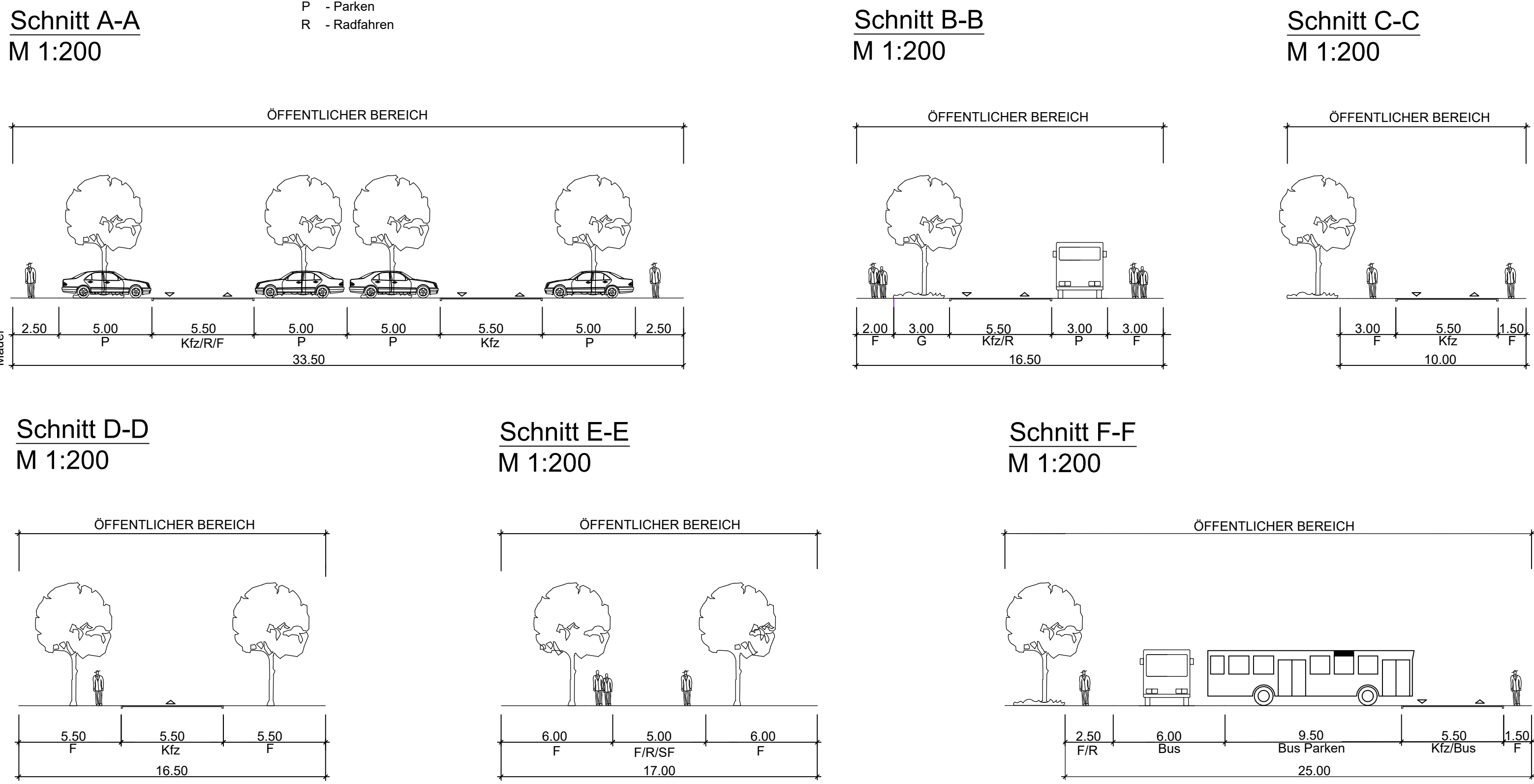
Satzung der Gemeinde Peenemünde über den Bebauungsplan Nr. 12 "Ortszentrum Peenemünde"

Planzeichnung (Teil A)



MI 1	II	MI 2	II	SO 1	III	SO 2	II	SO 3	II	SO 4	II
0,4	0,8	0,4	0,8	0,5	1,2	0,5	1,0	0,4	1,0	0,4	1,0
TH 7,50 DN bis 30°	PD/DF DN bis 30°	TH 7,50 DN bis 20°	PD/DF DN bis 20°	TH 12,0 DN bis 20°	PD/DF/DK DN bis 20°	TH 7,50 DN bis 30°	PD/DF DN bis 30°	TH 7,50 OKFF 3,50 DN bis 30°	OKFF 3,50 DN bis 30°	TH 7,50 SD/PD/DF DN bis 30°	OKFF 3,50 DN bis 30°
O	O	O	O	A	F	O	O	O	O	O	O

Regelquerschnitte (ohne Normcharakter)



Planzeichenerklärung gem. PlanV 90 und BauNVO

- I. Festsetzungen**
- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)**
- MI Mischgebiete mit Nummerierung der Baufelder (§ 6 BauNVO)
 - SO Sonstige Sondergebiete mit Nummerierung der Baufelder (§ 11 BauNVO)
- 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 BauGB)**
- | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
|---------------------------|--------------------------------------|--------------------------------------|---|------------------------|--------------------------|----------|
| Art der baulichen Nutzung | Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß | Grundflächenzahl als Höchstmaß (GRZ) | Geschossflächenzahl als Höchstmaß (GFZ) | Höhe baulicher Anlagen | Art des Dachneigungsgrad | Bauweise |
- 3. Bauweise, Bauformen, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 und 23 BauNVO)**
- offene Bauweise
 - abweichende Bauweise
 - Baulinie
 - Baugrenze
- 4. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)**
- Straßenbegrenzungslinie
 - Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung
 - öffentliche Parkflächen
 - Verkehrsberuhigter Bereich
 - F+R+SF Fuß- und Radweg sowie Sonderfahrzeuge
 - Öffentlich
 - 3,20m OK Oberkannte
- 5. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 und Abs. 5 BauGB)**
- Zweckbestimmung: Elektrizität
 - Zweckbestimmung: Abfall
 - Zweckbestimmung: Wasserversorgungsnetze
- 6. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)**
- Grünfläche (öffentlich)
- 7. Wasserrflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelleitung von Abwässern (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6 BauGB)**
- Umgrenzung von Flächen für den Hochwasserschutz
- 8. Planung, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für den Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 und Abs. 6 BauGB)**
- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a) und Abs. 6 BauGB)
 - Anpflanzung von Bäumen
- 9. Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 und Abs. 6 BauGB)**
- 10. Sonstige Planzeichen**
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)
 - Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung (§ 1 Abs. 4 BauNVO)
 - Geh-, Fahr- und Leitungsrecht
 - Umgrenzung der Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 6 Abs. 2 Nr. 6 und Abs. 4 BauGB)

II. Bestandsunterlagen

- vorhandene Gebäude
- Flurbezeichnung
- Flurstücksbezeichnung
- Flurstücksgrenze
- Höhenpunkte mit Höhenangabe über NN
- vorhandener Weg / Straße
- zu fallende Bäume
- zu beseitigende Betonmauer
- Festpunkte der geodätischen Grunddaten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Vermessungsmarkern)
- Schutzfläche für Vermessungsmarkern mit 2 m Durchmesser
- Umkreis von 30 m um Vermessungsmarkern, in denen Anpflanzungen von Bäumen oder hohen Sträuchern zu vermeiden sind

III. Planzeichenergänzung zur Planzeichenerklärung

- SOPD/FDKD Satteldach/ Pultdach/ Flachdach/ Kugeldach (§ 86 LbauO M-V)
 - TH/FIR/oeff/Traufhöhe/ Freistühler/ Oberkante Fertigfußboden
 - Stiefeltische für Busse
 - Rampe
- IV. Nachrichtliche Übernahme**
- interdisziplinäre Versorgungsleitung
 - Trinkwasserleitung
 - SW Schutzwasserleitung Druckrohr
 - Gasleitung
 - Telekom
- Regelungen für die Stadterhaltung und für den Denkmalschutz gemäß § 9 Abs. 6, § 172 Abs. 1 BauGB**
- Umgrenzung von Gesamtanlagen (Denkmallandschaft) die dem Denkmalschutz unterliegen (§ 9 Abs. 6 BauGB)

Text (Teil B)

- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)**
- 1.1 Zulässige Nutzungen in den Mischgebieten (MI) (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 6 BauNVO)
- 1.1.1 Mischgebiet mit der Zweckbestimmung "Mischgebiet (MI 1)" Gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO sind Gartenbaubetriebe, Tankstellen und Vergrüngungsstätten, die gemäß § 6 Abs. 2 BauNVO allgemein zulässig sind, ausgeschlossen.
- 1.1.2 Mischgebiet mit der Zweckbestimmung "Mischgebiet mit Wohnungen für Auszubildende und Personal" (MI 2) Gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO sind Gartenbaubetriebe, Tankstellen und Vergrüngungsstätten, die gemäß § 6 Abs. 2 BauNVO allgemein zulässig sind, ausgeschlossen.
- 1.2 Zulässige Nutzungen in den Sondergebieten (SO) (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 11 Abs. 2 BauNVO)
- 1.2.1 Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Bildung, Kultur, Freizeit und Sport" (SO 1) Das Sondergebiet (SO 1) mit der Zweckbestimmung "Bildung, Kultur, Freizeit und Sport" dient zur Schaffung eines Teilgebietes für Kultur, Bildung, Freizeit und Sport, Gebäude und Anlagen für kulturelle, Bildungs-, sportliche und Freizeitliche Zwecke sind zulässig. Einrichtungen, wie Geschäfts-, Büro- sowie Verwaltungen- und Schulungsräume, einschließlich der erforderlichen Nebenanlagen, sind hier ebenfalls zulässig. Unzulässig sind Einzelhandelsbetriebe sowie Vergrüngungsstätten. Ausnahme: zulässig sind Wohnungen für Aufsichts- und Betriebspersonal sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, um diesem eingeschränkten Kreis an Personal die Möglichkeit zu bieten, in unmittelbarer Nähe zum Betrieb zu wohnen.
- 1.2.2 Temporäre Nutzung (SO 1) Gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird eine temporäre Nutzung der Fläche SO 1 zur Forschung und Entwicklung sowie zur gewerblichen Nutzung und Freizeitgestaltung für einen Zeitraum von vier Jahren zugelassen.
- 1.2.3 Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Gebiete für die Fremdenbeherbergung/Ladengebiet" (SO 2, SO 3) Zulässig sind: - Serviceeinrichtungen für den Halten - Kleine Einzelhandelsbetriebe (max. 500m² Verkaufsfläche) - Fremdenbeherbergung (Hotel, Hostels, Pensionen, Apartments) - Schank- und Speisewirtschaften - Anlagen für soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke
- 1.2.4 Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Gebiete für die Fremdenbeherbergung/Ladengebiet" (SO 4) Das Sondergebiet SO 4 dient den Nutzungsangeboten im Bereich Tourismus, Gastronomie und Dienstleistungen. Zulässig sind: - Fremdenbeherbergung (Hotel, Hostels, Pensionen, Apartments) - der Versorgung des Gebietes dienende Schank- und Speisewirtschaften - Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude - Wohnungen für Aufsichts- und Besehtzungspersonen sowie Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gastronomiebetriebe zugeordnet sind - Schank- und Speisewirtschaften - Kleinteiliger Einzelhandel (bis zu 500 m² Verkaufsfläche)
- 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. v. m. §§ 16, 18, 19, 20 und 22 BauNVO und § 86 LbauO M-V)**
- 2.1 Grundflächenzahl / Grundflächen für temporäre Nutzung Als zulässige Grundflächenzahl gelten die entsprechenden Eintragungen im Plan. Für die temporäre Nutzung im SO 1 ist eine Grundfläche von insgesamt 3,20 m²/GR gem. § 16 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO zulässig. Davon dürfen einzelne Einrichtungen mit einer maximalen Größe von 20 m²/GR in modularer Bauweise errichtet werden. Ausnahme: können Arbeitsräume jeweils mit einer maximalen Größe von 20 m²/GR sowie Konten- und Veranstaltungsräume jeweils mit einer maximalen Größe von 200 m²/GR ebenso im Modulbau zugelassen werden.
- 2.2 Höhe baulicher Anlagen Als maximal zulässige Höhe baulicher Anlagen gelten die entsprechenden Eintragungen im Plan. Die OKFF bezieht sich auf Normalhöhen (NN) im Bezugssystem DHHN92. Der Bezugspunkt für die Traufhöhen und Firsthöhen ist die Oberkante der angrenzenden Verkehrsfläche.
- 2.3 Vollgeschosse Die Zahl der Vollgeschosse ist in der Planzeichnung (Teil A) zu entnehmen. Für die temporäre Nutzung im SO 1 dürfen Modulbauten ausnahme weise zweigeschossig errichtet werden.
- 2.4 Bauweise Im Sondergebiet 1 (SO 1) ist in der abweichenden Bauweise unter Einhaltung stofflicher Grenzabstände nach LbauO M-V Gebäudeanlagen über 50 m zulässig.
- 2.5 Unterkellerung Eine Unterkellerung und Gebäudeöffnungen in Richtung Hafenbecken mit einer Höhenlage von 3,20 m ü. NNH sind unzulässig.
- 3. Überbauante Grundstücke/Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO)** Nebenanlagen, außer die unter 4.1 aufgeführten Nebenanlagen, dürfen nur innerhalb der Baufelder errichtet werden.
- 4. Nebenanlagen (§ 14 Abs. 2 BauNVO)**
- 4.1 Nebenanlagen zur gewerblichen Kleinerhaltung sind unzulässig.
- 4.2 Nebenanlagen, die der Versorgung des Gebietes mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme und Kommunikationseinrichtungen sowie der Ableitung von Abwasser dienen, sind innerhalb der ausgewiesenen Verkehrs- und Grünflächen und der Flächen allgemein zulässig. Kleine Windkraftanlagen sind im gesamten Geltungsbereich unzulässig.
- 5. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB i.V.m. § 86 LbauO M-V)** Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung sind als verkehrsberuhigte Mischfläche (Fahrzeuge, Fußgänger, Radfahrer) auszubauen.
- 6. Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB, § 12 i.V.m. § 16 Abs. 5 BauNVO § 86 LbauO M-V)** Tiefgaragen sind nur im SO 1, im nördlich liegenden Baufeld des MI 1 und im MI 2 zulässig. Carports und Garagen sind unzulässig. Oberirdische Stellplätze sind nur in den dafür ausgewiesenen Bereichen sowie im MI 1 und MI 2 zulässig.
- 7. Flächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)** Das GFL wird zugunsten der Nutzer der künftigen Tiefgarage im MI 1 und MI 2 festgelegt. Das GFL wird zugunsten der Allgemeinheit für die Zufahrt der Tiefgarage im SO 1 festgelegt.
- 8. Grünordnung (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB i.V.m. § 13 BnatSchG)**
- 8.1 Vermeidungsmaßnahme 1 (V1) Zur Vermeidung einer zukünftigen Beseidung der Vorhabenfläche zum B-Plan Nr. 12 durch Reptilien sind die öffentlichen regelmäßig kurz zu mähen. Zur Vermeidung von Tötungen oder Verletzungen von Brutvögeln oder deren Entwicklungsförderung muss die erste Mahd im Jahr bis zum 21. März bzw. nach dem 21. September erfolgen und dann regelmäßig wiederholt werden. Vor der ersten Mahd muss eine Begehung eines Artoporten für Reptilien erfolgen, um Betroffenheiten des § 44 Abs. 1 BnatSchG ausschließen zu können. Das Protokoll ist der Unteren Naturschutzbehörde vorzulegen. Entlang der Hecke an der Westgrenze des Vorhabenflächen ist bei der Umsetzung des B-Plans Nr. 12 ein ca. 15 m breiter Streifen aus Staudenfluren als Nahrungsfische und Rückzugraum für Vögel zu belassen.
- 8.2 Vermeidungsmaßnahme 2 (V2) Zur Vermeidung von Verletzungen oder Tötungen von Vögeln und ihrer Entwicklungsformen darf die Baufeldfreimachung (Röding von Gehölzen, Beseidung der Ruderalflur) im Plangebiet zur Umsetzung des B-Plans Nr. 12 "Ortszentrum Peenemünde" nur außerhalb der Brutzeit von Vögeln, d. h. zwischen dem 21. September und 21. März erfolgen. Ist eine frühere Baufeldfreimachung unanwendbar, ist die Fläche vor Beginn der Arbeiten durch eine fachlich geeignete Person an anwesende Brutvögel zu kontrollieren. Das Ergebnis ist der Unteren Naturschutzbehörde mitzuteilen. Wird ein Brutgeschäft festgestellt, sind die Arbeiten bis zum Ausfliegen der Jungvögel aufzuschieben. Verluste die Kontrolle negativ, hat die Baufeldfreimachung spätestens eine Woche nach dem Kontrollgang zu erfolgen, um eine An siedlung von Brutvögeln zu vermeiden.
- 8.3 Ausgleichsmaßnahme (A): Anpflanzung von Bäumen Es sind insgesamt 100 Bäume mit einer Qualität von H 3x v.m. (DB) (Drahtballe) verpflanzt (v), Stammmumfang 16-18 cm, zu pflanzen. Die Pflanzungen haben durch ein entsprechendes Fachpersonal zu erfolgen. 91 Bäume sind entsprechend der Planzeichnung an den Standorten herzustellen, 9 weitere Bäume sind innerhalb der Fläche für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und Bepflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a) und Abs. 6 BauGB zu pflanzen. Die Bäume sind zu erhalten und bei Ausfall zu ersetzen.
- 8.4 Ersatzmaßnahme E (außerhalb des B-Plangebietes): Wiederherstellung Offenland Die ehemalige Handstauffeld der NVA auf der südlichen Gemeindegrenze mit Peenemünde ist am nördlichen Stadtrand von Karlshagen ist mit einer Fläche von 1 ha als Offenland wiederherzustellen und dauerhaft zu pflegen. Da die Maßnahme der selbstständigen Vegetationsentwicklung eine Wertigkeit von 1 besitzt und mit einer Kompensationszahl von 1,5 aufgrund der naturnahen Lage im Waldgebiet angesetzt wird, steht einem Flächenbedarf von 0,61 ein Kompensationsäquivalent von 1,05 ha entgegen. Der Kompensationsbedarf kann somit komplett ausgeglichen werden. Der Überschuss von 0,44 ha steht für weitere Maßnahmen zur Verfügung.
- 8.5 Pflanzliste Für die Pflanzgebiete sind heimische, standortgerechte Bäume und Sträucher, entsprechend nachfolgender Pflanzliste zu verwenden:
- | Baumarten: | Baumarten: | Baumarten: | Baumarten: |
|------------------------|---------------|-------------------------|-----------------------|
| Acer campestre | Feld-Ahorn | Liquidambar styraciflua | Amerbaum |
| Acer platanoides | Spitz-Ahorn | Malus sylvestris | Wildapfel |
| Acer pseudoplatanus | Berg-Ahorn | Malus in Sorten | Obst- Apfel |
| Aesculus hippocastanum | Ross-Kastanie | Prunus in Sorten | Kirsche, Pflaume |
| Betula pendula | Hänge-Birke | Pyrus communis | Birne |
| Carpinus betulus | Hainbuche | Pyrus chandlerii | Zierbirne |
| Crataegus laevigata | Röhrchen | Quercus robur | Ei-Buche |
| Corylus colurna | Baumhasel | Quercus petraea | Trauben-Eiche |
| Fagus sylvatica | Robuche | Sorbus aria | Mehlbirne |
| Juglans regia | Walnuss | Sorbus aucuparia | Eberesche |
| | | Sorbus intermedia | Schwedische Mehlbeere |
- 9. Hochwasserschutz (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)** Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB werden im Plangebiet Flächen als Flächen für den Hochwasserschutz bzw. als Fläche für Hochwasserrückhalteanlagen festgesetzt. Die Mindesthöhe der OKFF wird auf 3,50 m NNH festgesetzt.
- 10. Immissionsschutz (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)** Innerhalb des Plangebietes werden die Lärmpegelbereiche II bis IV als passive Lärm-schutzmaßnahme zum Schutz vor schädlichen Geräuschimmissionen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB und nach DIN 4109/67 festgesetzt.

- 11. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 Abs. 4 BauGB und § 84, 86 LbauO M-V)**
- 11.1 Fassadengestaltung Die Außenwände der Gebäude sind mit Putzoberfläche oder in Ziegel-Schichtmauerwerk herzustellen. Für bis zu 50 Prozent der Fassadenfläche sind Glas-, Holz- und Metallfassaden zulässig.
- 11.2 Dachgestaltung Als Dachformen sind Satteldächer, Flachdächer, Pultdächer sowie Kugeldächer mit einer Dachneigung zwischen 0° und 30° zulässig. Untergiebelte Gebäudebleie und Vorgebäude wie Garagen können eine Neigung zwischen 0° und 10° aufweisen. Darüberaus sind von dieser Regelung ausgenommen. Dachneigungen für Sattel- und Pultdächer sind in naturnahen, rohrbraunen oder grauen Farbvarianten zu gestalten. Dachbegrenzung und Solaranlagen sind zulässig.
- 11.3 Werbeanlagen Werbeanlagen dürfen nur an der Stelle der Leistung angebracht werden. Sie dürfen eine Fläche von 0,5 m² nicht überschreiten und sind nur an der Stelle der Leistung zulässig. Werbeanlagen sind unzulässig: Flächenhafte Leuchtolemben und blinkende Leuchtolemben sind unzulässig. Die Aufhebung je eines Hinweiszeichens ist an den 2 Eingängen zum Plangebiet in einer Größe von max. 2,00 m zulässig.
- 11.4 Beleuchtung Bei der Bebauung des Gebietes bzw. im gesamten Plangebiet dürfen keine Lichter oder Beleuchtungsanlagen errichtet werden, welche die Schifffahrt stören oder irrtümlicherweise zur Verwechslung mit Schiffsfahrzeichen führen könnten oder den Schifffahrer durch Blendwirkungen oder durch Spiegelungen irreführen könnten.
- 11.5 Überschreitung der GRZ durch Stellplätze Wenn die festgesetzte GRZ durch Flächen für Stellplätze überschritten wird, dann sind diese mit wasserdruckfähigen Materialien wie Rasengittersteinen, freiliegendem Rappsteinpflaster o. ä. zu befestigen. Der Anteil der nicht versiegelten Flächen (Fugenanteile) auf diesen Stellplatzanlagen muss mindestens 25 % betragen.
- 11.6 Ordnungswidrigkeiten (1) Ordnungswidrig gemäß § 84 Abs. 1 LbauO M-V handelt (u. a.) wer vorsätzlich oder fahrlässig einer nach 86 Abs. 1 und 2 erlassenen Satzung zuwiderhandelt. (2) Diese Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 84 Abs. 3 LbauO M-V mit einer Geldbuße bis zu 500.000 Euro geahndet werden.

- II. Hinweise**
- 1. Hochwasser- und Küstenschutz** Das Plangebiet befindet sich im Küstenschutzstufen (§ 29 Abs. 1 NatSchG M-V) des Peenestromes. Der Ruwasserspiegel auf Höhe des Plangebietes beträgt 3,00 m o. NNH. Bei baulichen Anlagen ist eine Standsicherheit gegenüber Wasserständen bis 3,00 m ü. NNH und Seegangbelastungen zu gewährleisten.
- 2. Altlasten** Im Plangebiet sind Altlasten nicht ausgeschlossen. Für den Fall von Funden im Plangebiet sind die entsprechenden Bestimmungen zu beachten.
- 3. Kampfmittel** Das Gebiet ist teilweise mit Kampfmittelelasten. Es ist nicht auszuschließen, dass auch in Gebieten, die nicht als Kampfmittelelast ausgewiesen sind, Einzelunde auftreten können. Den entsprechenden Regeln zum Umgang mit Kampfmittelelasten (Standort Anklam) über den Verbleib des Bodens zu informieren.
- 4. Denkmalschutz** Im Plangebiet findet sich ein Bodendenkmal. Das Plangebiet liegt außerdem innerhalb der als Einzeldenkmal anerkannten Gesamtanlage „Gelände der ehemaligen Heeresversuchsanstalt und der Erprobungsstelle der Luftwaffe“. Darüber hinaus handelt es sich bei Peenemünde um eines der größten Flächendenkmäler in Deutschland. Um das Flächendenkmal zu erhalten, ist weitestgehend auf Mauern, Hecken, o. Ä. zu verzichten. Die entsprechenden Regelungen zum Denkmalschutz sind zu beachten.
- 5. Festpunkte der amtlichen geodätischen Grunddaten des Landes Mecklenburg-Vorpommern** Im B-Plan-Gebiet befinden sich Vermessungsmarkern. Daher ist den entsprechenden Regelung zur Sicherung der Vermessungsmarkern Folge zu leisten.
- 6. Bohrungen** Das B-Plan-Gebiet befindet sich innerhalb mehrerer Bergbauberechtigungen.
- 7. Abbruch und Sanierung** Bei künftig geplanten Abbruch- und Sanierungsarbeiten sind die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen und Regeln zu befolgen. Unbelasteter Bodenaushub ist am Anfall wieder einzubauen. Ist dies nicht möglich, so ist untere Bodenschutzbühne (Standort Anklam) über den Verbleib des Bodens zu informieren.
- 8. Gestalterische Maßnahmen** Bei den gestalterischen Maßnahmen ist die gemeinsame Erklärung der Gemeinde Peenemünde zur städtebaulichen und architektonischen Gestaltung zu beachten.

Präambel

Auf Grundlage des § 10 BauGestzuges (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2806, 2811), sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LbauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVBl. M-V 2015, S. 344), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 05. Juli 2018 (GVBl. M-V S. 221, 228), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung Peenemünde vom folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 12 "Ortszentrum Peenemünde" bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) erlassen.

Verfahrensvermerke

1. Aufstellung aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 04.07.2013. Die ortsübliche Bekanntmachung des Beschlusses erfolgte durch Veröffentlichung im Amtszeiter "Der Usedomer Norden" am 24.07.2013.

2. Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 17 LPG M-V beteiligt worden.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist nach ortsüblicher Bekanntmachung durch Veröffentlichung im Amtszeiter "Der Usedomer Norden" am 18.11.2015, vom 30.11.2015 bis zum 06.01.2016 durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfs durchgeführt worden.
4. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 02.11.2015 frühzeitig unterrichtet und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufgefordert worden.
5. Die Gemeindevertretung hat am 21.03.2019 den Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung einschließlich Umweltbericht beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
6. Der Entwurf des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), mit Begründung und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, haben in der Zeit vom 06.05.2019 bis einschließlich 07.06.2019 während folgender Zeiten im Amt Usedom-Nord gemäß § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich ausgelegt:
- | Tag | Zeit |
|----------------------|---------------------------------|
| Montag bis Freitag | von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und |
| Freitag und Mittwoch | von 13.30 Uhr bis 15.00 Uhr und |
| Dienstag | von 12.30 Uhr bis 16.00 Uhr und |
| Donnerstag | von 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr |
- Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, am 24.04.2019 durch Veröffentlichung im Amtszeiter "Der Usedomer Norden" bekannt gemacht worden. Weiterhin wurde bekannt gemacht, dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsverfahrensgesetz unzulässig ist, soweit mit ihm Erwidrerungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.
7. Die Gemeindevertretung hat am den Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung einschließlich Umweltbericht beschlossen und zur erneuten Auslegung bestimmt.
8. Der Entwurf des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), mit Begründung und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, haben in der Zeit vom bis einschließlich während folgender Zeiten im Amt Usedom-Nord gemäß § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich ausgelegt:
- | Tag | Zeit |
|---------------------|---------------------------------|
| Montag bis Freitag | von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und |
| Montag und Mittwoch | von 13.30 Uhr bis 15.00 Uhr und |
| Dienstag | von 13.30 Uhr bis 16.00 Uhr und |
| Donnerstag | von 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr |
- Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, am durch Veröffentlichung im Amtszeiter "Der Usedomer Norden" bekannt gemacht worden. Weiterhin wurde bekannt gemacht, dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsverfahrensgesetz unzulässig ist, soweit mit ihm Erwidrerungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

9. Der katastermäßige Bestand am wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagegerechten Darstellung der Grenzlinie gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur groß möglich ist, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstab 1 : vorliegt. Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.

Anklam, den Kataster- u. Vermessungsamt für den Landkreis Vorpommern-Greifswald

10. Die Gemeindevertretung hat die fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am geprüft. Das Ergebnis ist mitgeliefert worden.
- Peenemünde, den Der Bürgermeister
11. Der Entwurf des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am von der Gemeindevertretung Peenemünde als Satzung beschlossen. Die einschließlich Umweltbericht zum Bebauungsplan wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom gebilligt.
- Peenemünde, den Der Bürgermeister
12. Die Satzung über den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgestellt.
- Peenemünde, den Der Bürgermeister
13. Die Genehmigung der Bauabsatzplanung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wurde durch den Landkreis Vorpommern-Greifswald vom erteilt.
- Peenemünde, den Der Bürgermeister
14. Die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 12 "Ortszentrum Peenemünde", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Stelle, bei der die Satzung mit der Begründung einschließlich Umweltbericht und der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Absatz 4 BauGB auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am durch die Veröffentlichung im Amtszeiter "Der Usedomer Norden" ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Gebildung der Verlezung von Vorschriften sowie auf die Rechtsfolgen (§ 216 Abs. 2 BauGB) und weiter auf die Möglichkeit und Fristen von Einwendungen (§ 44 BauGB) und auf die Bestimmungen des § 5 Abs. 5 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVBl. M-V S. 777) GS Meck-Vorp. O-Nr. 2020 - 9 hingewiesen worden. Die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 12 "Ortszentrum Peenemünde" ist mit Ablauf des in Kraft getreten.
- Peenemünde, den Der Bürgermeister

Bebauungsplan Nr. 12 "Ortszentrum Peenemünde"

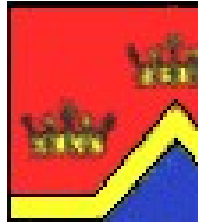
Entwurf: 2. Durchgang M 1 : 1.000

Gemeinde Peenemünde

Anspruchpartner: Daniel Hunger
Stand: Mai 2023

Amt Usedom Nord
Möwenstraße 1
17454 Ostseebad Zinnowitz

IPO Freiraum und Umwelt GmbH
INGENIEURPLANUNG/ORGANISATION
Stichenhewer 7 • 17149 Greifswald
i.A. IPO Unternehmensgruppe GmbH



Gemeinde Peenemünde



IPO Unternehmensgruppe GmbH
INGENIEURPLANUNG&ORGANISATION

**Bebauungsplan Nr. 12
"Ortszentrum Peenemünde"**

Begründung mit Umweltbericht

Stand Mai 2023

IPO Freiraum und Umwelt GmbH
IngenieurPlanung & Organisation
Storchenwiese 7 • 17489 Greifswald
i.A. IPO Unternehmensgruppe GmbH

Tel.: 03834-8887920
Fax: 03834-8887990
Email: ipo@ipogmbh.de

Abkürzungsverzeichnis

A	Ausgleichsmaßnahme
AwS	Abfallwirtschaftssatzung
B-Plan	Bebauungsplan
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BGBI	Bundesgesetzblatt
BHW	Bemessungshochwasser
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BTEX	Benzol, Toluol, Ethylbenzol und die Xylole
dBAK	Digitales Bodenschutz- und Altlastenkataster
DBU	Deutsche Bundesstiftung Umwelt
Cm	Zentimeter
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DSchG	Denkmalschutzgesetz
E	Ersatzmaßnahme
EU	Europäische Union
FFH	Fauna-Flora-Habitat
FNP	Flächennutzungsplan
GE	Geschäftseinheit
GeoVermG	Geoinformations- und Vermessungsgesetz
GFZ	Geschossflächenzahl
GLP	Gutachtliche Landschaftsprogramm Mecklenburg-Vorpommern
GLRP	Gutachtlicher Landschaftsrahmenplan für die Region Vorpommern
GOK	Geländeoberkante
GR	Grundfläche
GRZ	Grundflächenzahl
GW	Grundwasser
Ha	Hektar
HTM	Historisch-Technisches Museum
KFÄ	Kompensationsäquivalent
Kg	Kilogramm
KVF	Kontaminationsfläche
LAGus M-V	Landesamt für Gesundheit und Soziales
LBauO M-V	Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern
LBodSchG	Landesbodenschutzgesetz
LEP	Landesraumentwicklungsprogramm
LHKW	Leichtflüchtige Halogenierte Kohlenwasserstoffe
LK	Landkreis
LSG	Landschaftsschutzgebiet
Lwag	Landeswassergesetz
mDb	Mit Drahtballen
Mischgebiet	MI
Mkw	Mineralölkohlenwasserstoffe
MMK	Mittelstabsmäßige Standortkartierung
M-V	Mecklenburg-Vorpommern
NatSchAG M-V	Naturschutzausführungsgesetz
NHN	Normalhöhennull
NVA	Nationale Volksarmee
OK	Oberkante
OKFF	Oberkante Fertigfußboden
OVP	Ost-Vorpommern
REK	Regionales Entwicklungskonzept
RREP	Regionales Raumentwicklungsprogramm (der Region Vorpommern)

saP	Spezielle Artenschutzprüfung
SO	Sondergebiet
SPA	Special Protection Area
StALU	Staatliche Ämter für Landwirtschaft und Umwelt
STVO	Straßenverkehrsordnung
Stck.	Stück
TH	Traufhöhe(n)
TR LAGA	Technische Regeln für die Verwertung – Länderarbeitsgemeinschaft Abfall
TRGS	Technische Regeln für Gefahrstoffe
UB	Umweltbericht
UNB	Untere Naturschutzbehörde
V	Verpflanzt
VKN	Versuchskommando Nord
VSchRL	Vogelschutzrichtlinie der EU
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WE	Wohneinheit
WHG	Wasserhaushaltsgesetz

INHALTSVERZEICHNIS

I	ZIELE, ZWECKE UND WESENTLICHE AUSWIRKUNGEN DES BEBAUUNGSPLANS	8
1	ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG	8
2	GESETZLICHE GRUNDLAGEN	8
3	RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH	9
4	ÜBERGEORDNETE UND ÖRTLICHE PLANUNGEN	10
4.1	Fortschreibung des Tourismuskonzeptes „Insel Usedom“	10
4.2	Regionales Entwicklungskonzept	11
4.3	Flächennutzungsplan	12
4.4	Verbindliche Bauleitpläne	13
5	BISHERIGE ENTWICKLUNG IM PLANGEBIET UND DESSEN UMFELD	13
6	ERLÄUTERUNG DES BEBAUUNGSPLANS	16
6.1	Bemerkungen zum Verfahren	16
6.2	Städtebauliche und verkehrsplanerische Konzeption	17
6.3	Textliche Festsetzungen	22
6.3.1	Art der baulichen Nutzung	23
6.3.2	Maß der baulichen Nutzung	24
6.3.3	Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	25
6.3.4	Nebenanlagen	26
6.3.5	Verkehrsflächen	26
6.3.6	Stellplätze und Garagen	26
6.3.7	Geh-, Fahr- und Leitungsrecht	27
6.3.8	Flächen für den Hochwasserschutz	27
6.3.9	Grünordnung, Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung	27
6.3.10	Örtliche Bauvorschriften zur Gestaltung	28
6.4	Ver- und Entsorgung	29
6.4.1	Leistungsbestand	29
6.4.2	Strom- und Gasversorgung	30
6.4.3	Regenentwässerung	30
6.4.4	Trinkwasser	30
6.4.5	Löschwasser und Anlagen	31
6.4.6	Abwasser	31
6.4.7	Abfallwirtschaft	31
6.5	Immissionsschutz	32
6.5.1	1. Schallschutzgutachten	32
6.5.2	2. Schallschutzgutachten	33
6.5.3	Festsetzungen im Bebauungsplan	34

6.6	Artenschutzrechtliche Belange	35
6.7	FFH-Gebiete	36
7	FLÄCHENBILANZ	37
II	UMWELTBERICHT	38
1.	BESCHREIBUNG DES PLANVORHABENS	38
1.1	Aufgabenstellung	38
1.2	Angaben zum Standort	39
1.3	Art und Umfang des Vorhabens, Angaben zum Bedarf an Grund und Boden sowie Festsetzungen des Bebauungsplanes	40
1.3.1	Art und Umfang des Vorhabens	40
1.3.2	Festsetzungen des Bebauungsplanes	40
2.	FACHZIELE DES UMWELTSCHUTZES	42
3.	BESTANDSBEWERTUNG, WIRKUNGSPROGNOSE, UMWELTRELEVANTE MAßNAHMEN UND MONITORING	43
3.1	Tiere und Pflanzen sowie biologische Vielfalt (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)	43
3.1.1	Bestand und Bewertung	43
3.1.2	Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)	47
3.1.4	Umweltrelevante Maßnahmen	51
3.2	Fläche (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)	56
3.2.1	Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)	56
3.2.2	Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)	56
3.2.3	Umweltrelevante Maßnahmen	57
3.2.4	Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)	57
3.2	Boden/Relief (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)	57
3.2.1	Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)	58
3.2.2	Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)	58
3.2.3	Umweltrelevante Maßnahmen	58
3.2.4	Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)	58
3.3	Wasser (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)	59
3.3.1	Bestand und Bewertung	59
3.3.2	Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)	59
3.3.4	Umweltrelevante Maßnahmen	60
3.3.5	Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)	60
3.4	Klima und Luft (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)	60
3.4.1	Bestand und Bewertung	60
3.4.2	Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)	61
3.4.3	Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)	61
3.4.4	Umweltrelevante Maßnahmen	62
3.4.5	Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)	62
3.5	Landschaft (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)	62
3.5.1	Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)	62
3.5.2	Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)	62
3.5.3	Umweltrelevante Maßnahmen	63

3.5.4 Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)	63
3.6 Biologische Vielfalt (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)	63
3.6.1 Bestand und Bewertung	63
3.6.2 Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)	64
3.6.3 Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)	64
3.6.4 Umweltrelevante Maßnahmen	64
3.6.5 Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)	64
3.7 Menschen (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7c BauGB)	64
3.7.1 Bestand und Bewertung	64
3.7.2 Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)	64
3.7.3 Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)	64
3.7.4 Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)	65
3.8 Kultur- und sonstige Sachgüter (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7d BauGB)	65
3.8.1 Bestand und Bewertung	65
3.8.2 Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)	65
3.8.3 Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)	65
3.8.4 Umweltrelevante Maßnahmen	65
3.8.5 Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)	65
3.9 Wechselwirkungen (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)	65
3.9.1 Bestand und Bewertung	65
3.9.2 Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)	67
3.9.3 Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)	67
3.9.4 Umweltrelevante Maßnahmen	67
3.9.5 Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)	67
4. PROGNOSE ÜBER DIE ENTWICKLUNG DES UMWELTZUSTANDES	67
5. GEPLANTE MAßNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, VERRINGERUNG UND ZUM AUSGLEICH DER NACHTEILIGEN WIRKUNGEN	67
6. DARSTELLUNG DER WICHTIGSTEN GEPRÜFTEN ALTERNATIVEN AUS UMWELTSICHT	69
7. DARSTELLUNG DER SCHWIERIGKEITEN BEI DER ZUSAMMENSTELLUNG DER ANGABEN	69
8 HOCHWASSER- UND KÜSTENSCHUTZ	69
III HINWEISE	71
1 HOCHWASSER- UND KÜSTENSCHUTZ	71
2 ALTLASTEN	71
3 KAMPFMITTEL	71
4 DENKMALSCHUTZ, ARCHÄOLOGIE	72
4.1 Bodendenkmal	72

4.2	Flächendenkmal	73
5	BODENSCHUTZ	74
6	BOHRUNGEN	74
7	FESTPUNKTE DER AMTLICHEN GEODÄTISCHEN GRUNDLAGENNETZE DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN	74
8	ABBRUCH UND SANIERUNG	75
9	GESTALTERISCHE MAßNAHME	75
10	ARBEITSSCHUTZ – BAUARBEITEN UND BAUSTELLEN	76
11	KREUZUNG VON GEWÄSSERN, GRUNDWASSERABSENKUNG	76
12	NATURERBE FLÄCHE	76
13	ZOLL	76
IV	ANHANG	78
V	QUELLEN	79

Anlagen:

- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
- FFH-Verträglichkeitsprüfung
- Verkehrstechnische Untersuchung
- 2. Schallschutzgutachten

I Ziele, Zwecke und wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplans

1 Anlass und Ziel der Planung

Auf der Fläche der ehemaligen Marinendienststelle Peenemünde am Hafen (südwestlich des Gemeindegebietes) soll ein attraktives Baugebiet entwickelt werden. Im Mittelpunkt der Neuplanung steht die Konzipierung eines modernen Ortszentrums. Dieses soll die künftigen Anforderungen an Forschung und Tourismus mit den Schwerpunkten Kultur, maritime Erholung und touristische Infrastruktur, Einzelhandel und Dienstleistungen, Gastronomie und den ÖPNV-Verkehr erfüllen. Die Planung basiert auf dem Flächennutzungsplan (FNP) und dem Regionalen Entwicklungskonzept (REK) der Gemeinde Peenemünde 2020.

Das Vorhaben stellt in der Planungsregion Vorpommern in Zusammenhang mit dem Historisch-Technischen Museum (HTM) ein attraktives Angebot für Forschung, Kultur und Tagestourismus dar. Die natürlichen Voraussetzungen sollen im Zusammenwirken mit den vorhandenen Angeboten des Nahumfeldes für die Entwicklung Vorpommerns als Touristenregion genutzt werden.

Zur planungsrechtlichen Sicherung der geplanten Nutzungen ist die Aufstellung eines Bebauungsplans (B-Plan) erforderlich.

Die Planungsziele für das B-Plan-Gebiet beinhalten:

- die Entwicklung eines attraktiven Standortes mit vielfältigen Nutzungen vor allem im Bereich des Tourismus und der Beherbergung für verschiedene Nutzergruppen
- die Entstehung einer modernen und angemessenen Architektur mit hochwertigen, öffentlichen Freiflächen
- die Schaffung eines zentralen Bereiches für kulturelle Bildung
- die Entwicklung einer Mischnutzung in einem Teilbereich des Plangebietes
- die Anbindung des Gebiets an den Hafen mit Synergieeffekten
- die Einbeziehung des Areals in den Siedlungszusammenhang von Peenemünde, um eine Aufwertung der Ortschaft zu erreichen.

2 Gesetzliche Grundlagen

- Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 2191,2253), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 04. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6 vom 11.01.2023).
- Baunutzungsverordnung - BauNVO i.d.F der Neubekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S.3786), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6 vom 11.01.2023).
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I, S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I, S. 1802).
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I Nr. 51 vom 06.08.2009 S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08. Dezember 2022 (BGBl. I Nr. 49 vom 13.12.2022 S. 2240).
- Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz - NatSchAG M-V) vom 23. Februar 2010 (GVOBl. M-V Nr. 4 vom 26.02.2010, S. 66), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVOBl. M-V Nr. 11 vom 16.07.2018, S. 221).
- Denkmalschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern (DSchG MV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Januar 1998, zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 12. Juli 2010 (GVOBl. M-V S. 383, 392)

- Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LbauO M-V) (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVOBl. M-V, S. 344), berichtigt am 20. Januar 2016 (GVOBl. M-V, S. 28), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juni 2021 (GVOBl. M-V, S. 1033).
- Baumschutzkompensationserlass vom 15. Oktober 2007

3 Räumlicher Geltungsbereich

Das Plangebiet liegt zwischen der Hafensperrmauer, dem HTM, der Museumsstraße und der Straße „Zum Hafen“. Es beinhaltet die Flurstücke 7/33, 7/34, 7/36, 7/37, 7/39, 7/116, 21/1, 21/2, 22 und 24/1 von Flur 1, Gemarkung Peenemünde. Die Gesamtfläche umfasst rd. 6 ha.

Der Geltungsbereich wird wie folgt (siehe Lageplan) begrenzt:

Im Norden: durch das HTM

Im Osten: durch die Phänomonta und weitere Einrichtungen, wie u.a. die freiwillige Feuerwehr

Im Süden: durch die vorhandenen Wohnhäuser

Im Westen: durch die Hafensperrmauer

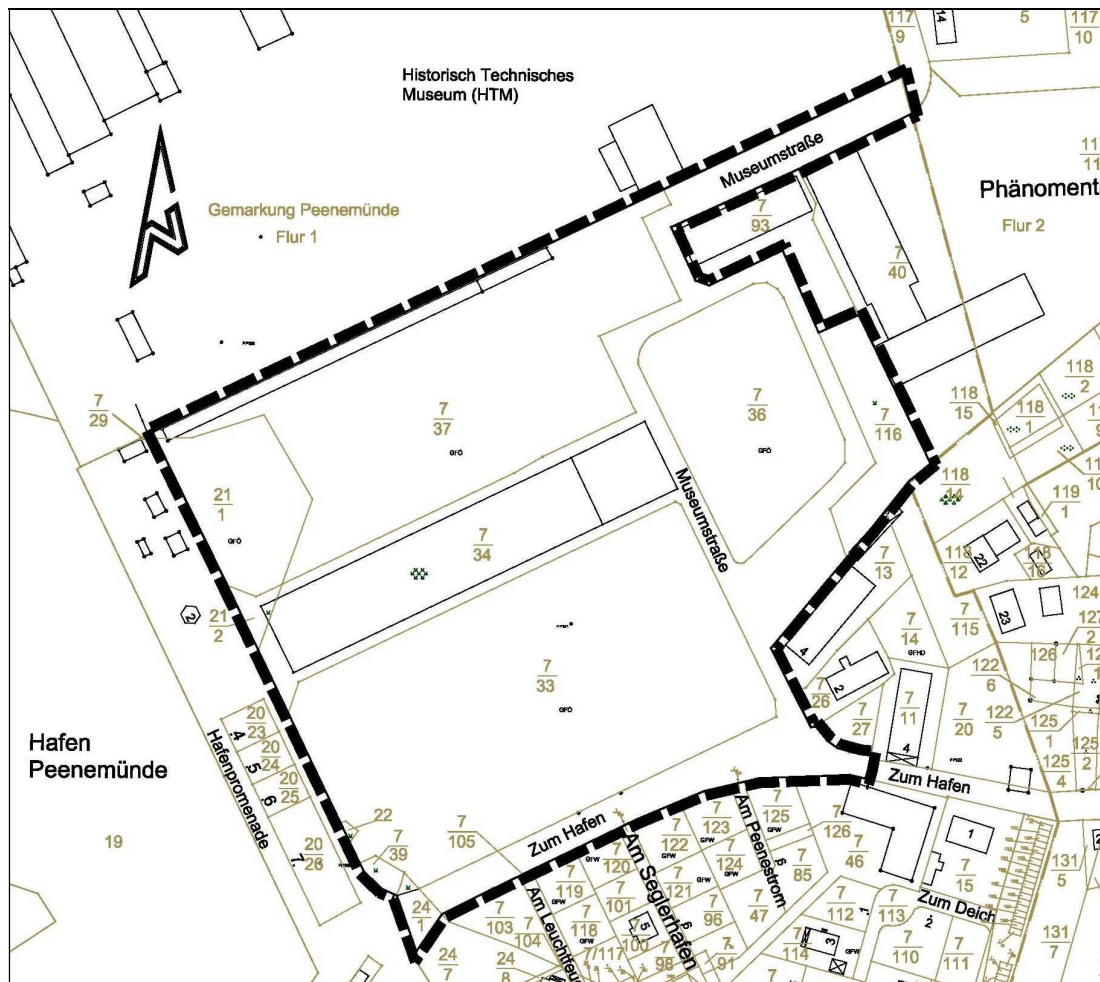


Abbildung 1: Geltungsbereich des B-Plans Nr.12 "Ortszentrum Peenemünde"

4 Übergeordnete und örtliche Planungen

4.1 Fortschreibung des Tourismuskonzeptes „Insel Usedom“

Für die Insel Usedom wurde 2014 das Tourismuskonzept fortgeschrieben, welches Ziele und Maßnahmen für die künftige Entwicklung der Insel darstellt.

Generell zeigen sich Tendenzen, dass auf der Insel Usedom die Anzahl der Betten in Pensionen, Gaststätten und Hotels in den Jahren zwischen 2009 und 2013 um rund zehn Prozent zugenommen hat. Dahingegen ist die Anzahl der Betten im selben Zeitraum bei Ferienunterkünften, Campingplätzen und sonstigen Unterbringungsmöglichkeiten um rund drei Prozent gesunken. Insgesamt zeigt sich in dem betrachteten Zeitraum eine leicht positive Tendenz bei der Entwicklung der Bettenanzahl (+1,38 Prozent). Dahingegen zeigt sich eine rückläufige Entwicklung der Aufenthaltsdauer und der Anzahl der Tage der Bettenvollbelegung auf.

Eine konkrete Betrachtung des Ortes Peenemünde fand im Rahmen der Untersuchung nicht statt. Karlshagen wurde jedoch betrachtet. Da es sich bei Karlshagen um den am nächsten gelegenen Ort an Peenemünde handelt, wird die Entwicklung dieses Ortes als Vergleich herangezogen:

Zwischen 2009 und 2013 nahm die Anzahl der Betten in Karlshagen um rund 0,35 Prozent zu. Dies entspricht in etwa einer Zunahme um ein Bett pro Jahr. Insgesamt verfügt Karlshagen um rund sechs Prozent der Gesamtbettenzahl der Insel.

In Karlshagen zeigt sich daher eine stagnierende Entwicklung in Bezug auf das Angebot der Betten.

Im Rahmen der Maßnahmenvorstellung des Konzeptes wurden diverse Maßnahmen dargelegt, wie eine positive Entwicklung der Insel Usedom angestrebt und verwirklicht werden kann. Von diesen Maßnahmen könnten Folgende in Bezug auf den B-Plan Nr.12 verwirklicht werden:

- Darbietung verschiedener (internationaler) Events (auch außerhalb der Saisonzeiten)
- Erweiterung und Vermarktung der Angebote für Trend- und Funsport
- Wellnessangebote in Verbindung mit Kulturangeboten
- Angebotserweiterung für die Übernachtung für Bett+Bike
- Wanderfreundliche Beherbergungsangebote
- Optimierung und Vermarktung der Spitzengastronomie
- Schaffung von Tagungsangeboten

Die Arbeitsgruppe Peenemünde stellte außerdem die Entwicklung und Darstellung des Ortes Peenemünde mit seinen Potenzialen und Problemlagen dar. Demnach stellt es ein Defizit dar, dass der Ort völlig zersiedelt ist und keine erkennbare Ortsmitte vorhanden ist. Ein Potenzial bietet die tendenzielle Entwicklung, welche eine Erhöhung der Einwohner- und Besucherzahl prognostiziert. Weiterhin besteht Potenzial in Bezug auf die Schaffung von Angeboten für Kongresse, Fachtagungen und Seminare im Edutainment-Center – insbesondere auch außerhalb der Saisonzeiten.

Bei der zukünftigen Entwicklung Peenemündes sollte es daher Ziel sein, Potenziale auszuschöpfen und Defizite in der Stadtentwicklung zu minimieren. Ferner sollte die neue Entwicklung Peenemündes zu Synergieeffekten mit den anderen Ortslagen führen, statt Konkurrenzeffekte hervorzurufen. Daher ist bei der Entwicklung Peenemündes darauf zu achten, dass nicht neue und massenhafte Übernachtungsangebote geschaffen werden, sondern das Angebot der umliegenden Ortslagen ergänzt wird, sodass diese auch davon profitieren.

4.2 Regionales Entwicklungskonzept

Im REK 2020 der Gemeinde Peenemünde aus dem Jahr 2012 wurde u.a. die künftige räumliche Entwicklung des Plangebietes mit dessen Umfeld bis zum Jahre 2015 festgelegt. Die städtebauliche Weiterentwicklung der Ortsmitte im Bereich der Museumsstraße und der Straße „Zum Hafen“ sowie der Hafensperrmauer – hier insbesondere Stärkung und Weiterentwicklung als touristischer Anziehungspunkt innerhalb der Gemeinde – stellt ein zentrales kommunalpolitisches Ziel der Gemeinde dar.

Ziel ist es, dem Plangebiet nach Beräumungsmaßnahmen mehrere attraktive Nutzungen zu zuführen, welche als Aushängeschild zur Imageverbesserung der Gemeinde Peenemünde führen sollen. Als Vorzugsvariante (Skizze d) wird der Planbereich entsprechend des REK in sechs naheliegende Quartiere gegliedert. Nutzungsarten wie ein Edutainment Center als Kultur- und Bildungsstätte, ein Campus mit einem Forschungsbereich und ein Haus des Gastes sowie touristische und gastronomische Einrichtungen wurden hierbei empfohlen (siehe Abb. 3). Nach Entscheidung der Gemeinde soll das Haus des Gastes im B-Planbereich Nr. 4 errichtet werden. Weitere Erläuterungen zu baulichen Vorhaben sind dem Kap. 6.2 zu entnehmen.



Abbildung 2: Hafenbereich REK 2020

Aufgrund der zahlreichen Beratungen und Diskussionen im Entwicklungsbeirat und in politischen Gremien der Gemeinde Peenemünde zur künftigen Entwicklung des Hafenbereiches wurde der bisherige Masterplan anhand der neuen Anregungen fortgeschrieben (siehe Abb. 4). Der Schwerpunkt Tourismus hat für das Hafenquartier (Ortszentrum) nach wie vor eine größere Bedeutung.

Der Tourismus mit Handel und Gastronomie soll sich überwiegend im westlichen Teil des Plangebietes konzentrieren. Nutzungen wie Fremdenbeherbergungen sollen das Quartier mit dem Schwerpunkt „Wissenschaft“ ersetzen. Südlich davon sollen mehr Wohnnutzungen für dauerhaftes Wohnen entstehen. Als Zielgruppen sollen bestimmte Nutzergruppen über besondere Wohnformen angesprochen werden. In diesem Teilgebiet ist daher u.a. auch die Unterbringung von kleinen Wohneinheiten für Betriebspersonal vorstellbar, welche die künftigen touristischen Infrastrukturen bewirtschaften werden. Der Standort für das damals vorgesehene Edutainment Center erhält eine andere Formsprache, die wohl von der konkreten Umsetzungsidee und Nutzung abhängig ist. Die Zweigeschossigkeit von Gebäuden in allen Teilgebieten bis auf die östliche Seite wird hierbei empfohlen.



Abbildung 3: Hafenbereich REK-Fortschreibung

4.3 Flächennutzungsplan

Die Gemeinde Peenemünde verfügt seit April 2005 über einen rechtmäßig wirksamen FNP. Das Plangebiet wird in der derzeitigen Planfassung des FNPs als Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung "Hotel/Gastronomie/touristische Infrastruktur" dargestellt. Gem. § 8 Abs. 2 S. 1 BauGB sind B-Pläne i.d.R. aus dem FNP zu entwickeln. Dies ist jedoch beim B-Plan Nr.12 nicht der Fall. Daher ist gem. § 8 Abs. 3 S. 1 BauGB eine Änderung des FNPs in Anlehnung an die aktuellen Planungsziele des B-Plans erforderlich (Parallelverfahren). Sofern der zu genehmigende FNP vor dem B-Plan wirksam wird, muss die Rechtmäßigkeit des B-Planes zusätzlich zum Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 S. 1 BauGB erfolgen. Andernfalls unterliegt der Bebauungsplan nach §10 Abs. 2 BauGB der Genehmigungspflicht.

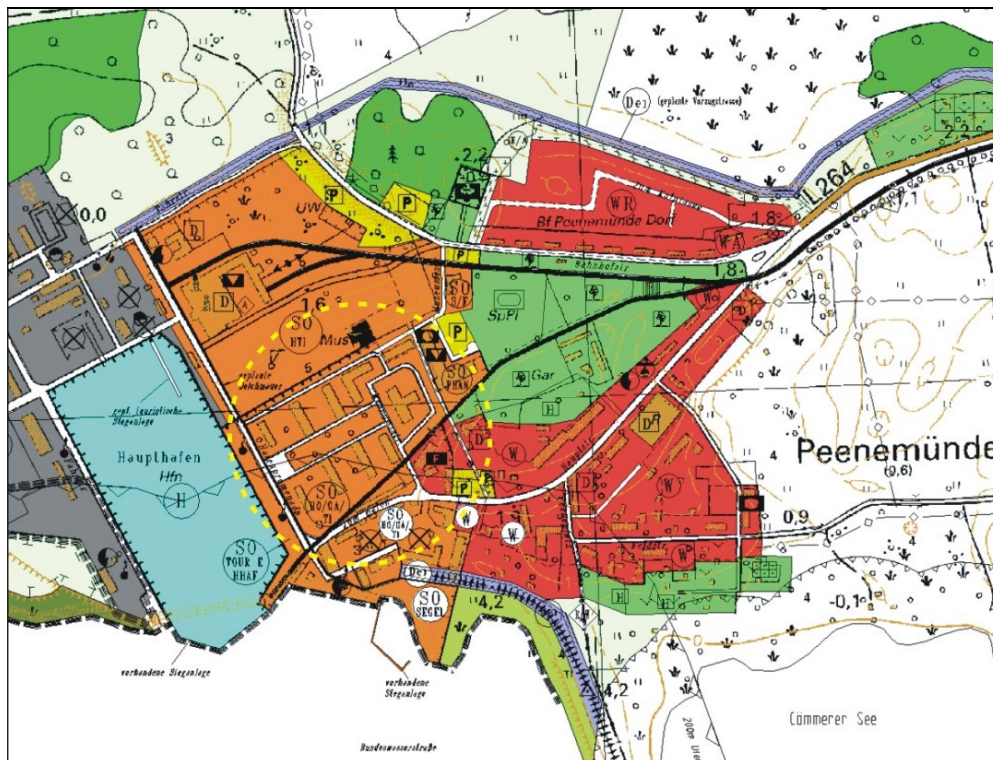


Abbildung 4: Ausschnitt aus dem FNP

4.4 Verbindliche Bauleitpläne

Im Umfeld des Plangebietes wurde die städtebauliche Entwicklung durch die Aufstellung der Bebauungspläne Nr. 1 "Wohngebiet Bahnhofstraße", Nr. 3 "Segelhafen" sowie Nr. 4 "Haupthafen" festgelegt.

5 Bisherige Entwicklung im Plangebiet und dessen Umfeld

Der Nordraum der Insel Usedom wurde bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs touristisch genutzt. Während der Herrschaft der Nationalsozialisten wurde er zur militärischen Nutzung beansprucht. Der Hafen Peenemünde entstand mit der Errichtung der berühmtesten Heeres-Versuchsanstalt, deren gewaltiges Kraftwerk heute das HTM beherbergt. Das Plangebiet und dessen Umfeld wurden in diesem Zeitraum durch das Versuchskommando Nord (VKN) für wissenschaftliche und technische Arbeiten (Erprobungsstelle der Luftwaffe) herangezogen. Das Gebiet wurde nach Beendigung des 2. Weltkrieges als sowjetischer Marine- und Luftwaffenstützpunkt genutzt. Später wurde dies durch die nationale Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) als Marinedienststelle beansprucht. Bis zum Jahr 2012 standen noch 9 Baracken auf dem Gelände des B-Plangebietes. Im Rahmen der Beräumungsmaßnahmen wurden die Anlagen inzwischen abgebrochen und die kompletten Flächen der Gemeinde zur Überplanung gestellt (siehe Abb. 5).



Abbildung 5: Ehem. Marinedienststelle vor Abbruchmaßnahme

Das großräumige Gelände des HTMs tangiert die nördliche Grenze des B-Plangebietes. Den östlichen und südöstlichen Abschluss des Plangebietes bilden vier aufgelockerte Gebäude. In dem L-förmigen Gebäude befindet sich die Phänomenta als Ausstellungseinrichtung für naturwissenschaftliche und physikalische Exponate. Das benachbarte Gebäude (Fls. 7/93) nordwestlich der Phänomenta steht derzeit leer und wird räumlich kaum genutzt. Auf dessen Dach sind jedoch Solar-Anlagen zur Energiegewinnung installiert. Die weiteren zwei Gebäude (Haus-Nr. 2 und 4) südwestlich der Phänomenta werden von Einzelhandel und der freiwilligen Feuerwehr genutzt. Diese Einrichtungen sind von der Museumstraße aus erschlossen.

Südlich des Areals befindet sich ein Wohngebiet, das durch die Stichstraßen mit Anbindung an die Straße „Zum Hafen“ erschlossen ist. Hier sind ein- bis dreigeschossige Ein- und Mehrfamilienhäuser vorhanden. Die Hafensperrmauer von Peenemünde bildet die westliche Grenze zum Plangebiet. Der Hafen wird von einer kleinen maritimen Infrastruktur und Beherbergungseinheiten gesäumt (siehe Abb. 6).

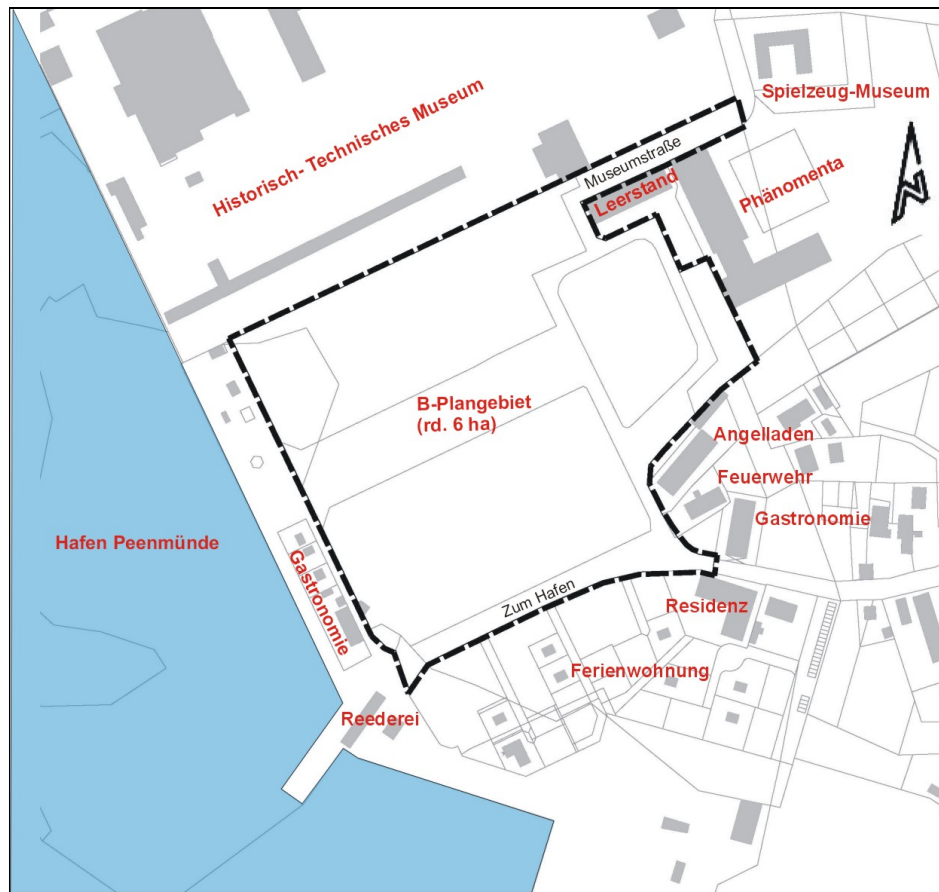


Abbildung 6: Plangebiet mit Umfeld

Die städtebaulichen Strukturen im Umfeld des Plangebietes stellen sich heterogen dar, auch die bauliche Dichte variiert innerhalb des Umfeldes relativ stark. Das HTM mit seinen weiteren Nebengebäuden bzw. Nebenanlagen im Norden des B-Plangebietes entfaltet aufgrund seiner Dimensionen und der Sonderbauformen eine große Raumwirksamkeit, die insbesondere aus der Ferne erlebbar wird. Vereinzelt sind größere Gebäude wie die Phänomena und das Spielzeug-Museum östlich vom Planbereich als städtebauliche offene Struktur zu finden. Im südlichen Teil schließt sich eine aufgelockerte Bebauung mit überwiegend Einfamilienhäusern an. Kleine Gewerbestrukturen durch teilweise offene Struktur und Einzelbebauung prägen das westliche Teilgebiet unmittelbar an der Hafensperrmauer. Die derzeitige bauliche Situation wurde in der Abb. 7 dargestellt.

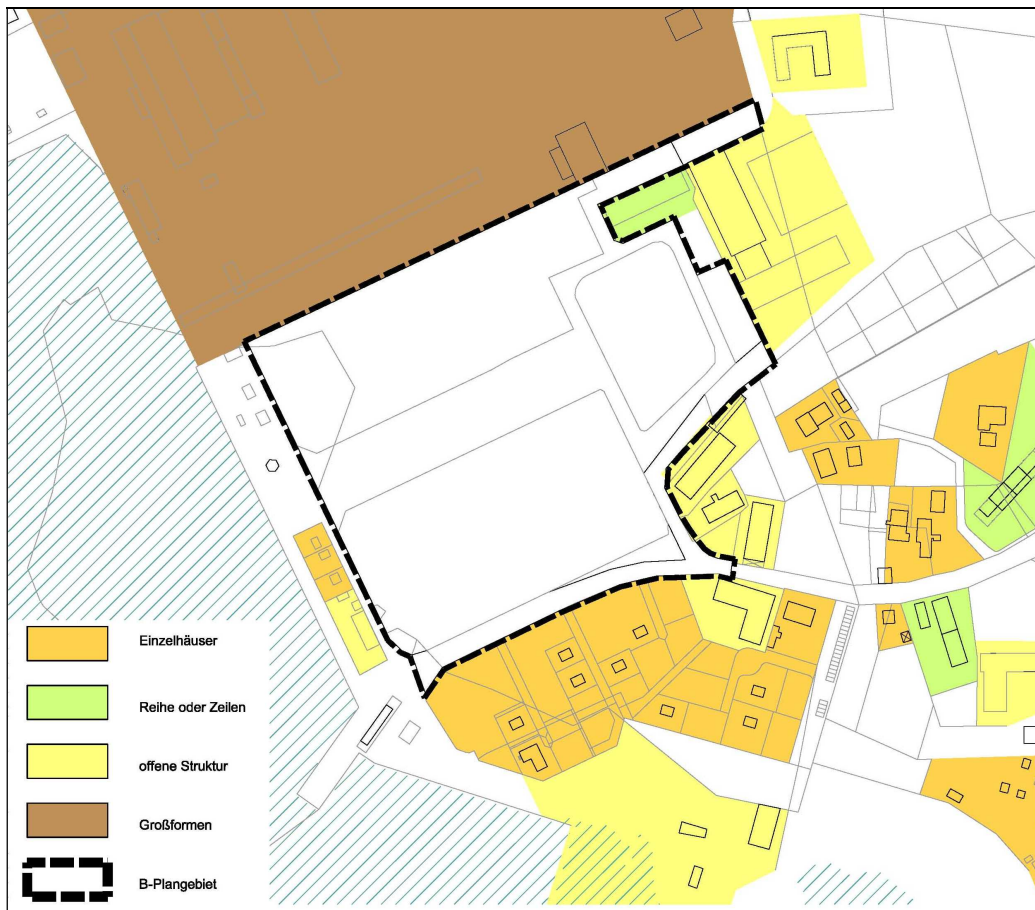


Abbildung 7: Strukturplan

6 Erläuterung des Bebauungsplans

6.1 Bemerkungen zum Verfahren

Der Aufstellungsbeschluss zum B-Plan Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ wurde durch die Gemeindevertretung von Peenemünde am 04.07.2013 gefasst. Die Bekanntmachung über die Aufstellung erfolgte am 24.06.2013.

Das Planverfahren wird nach § 2 BauGB durchgeführt. Für die Belange des Umweltschutzes wird eine Umweltprüfung durchgeführt, die im Umweltbericht (UB) gem. § 2a Nr. 2 BauGB zusammengefasst ist. Um den Umfang und die Detaillierung der erforderlichen Umweltprüfung gem. 2 Abs. 4 BauGB festzulegen, hat ein Scoping-Termin mit betroffenen Fachbehörden am 22.05.2013 stattgefunden.

Des Weiteren erfolgte die Planungsanzeige des Vorentwurfes am 31.07.2013 mit einem Schreiben des Amtes Usedom-Nord. Hierzu liegen die Stellungnahmen der Fachbehörden des Landkreises Greifswald-Vorpommern vor.

Eine erste frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung fand im Zeitraum zwischen dem 06.10.2014 und dem 07.11.2014 statt. Aufgrund der Änderung der Grundzüge der Planung wurde der Vorentwurf mit Stand vom Oktober 2015 neu veröffentlicht. Die erneute Auslegung des Vorentwurfes fand im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung im Zeitraum vom 30.11.2015 und dem 06.01.2016 statt. Zeitgleich fand eine erneute Beteiligung der Behörden und TöB statt. Die Stellungnahme der Behörden und TöB liegen vor und wurden im Rahmen der Abwägung geprüft und berücksichtigt. Die Beteiligten haben grundsätzlich keine Einwände und Bedenken zu den Zielen des B-Plans.

Die Auslegung des Entwurfs erfolgte vom 06.05.2019 bis 07.06.2019. Die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 15.05.2019. Die eingegangenen Stellungnahmen wurden im Rahmen der Abwägung geprüft und abgewogen. Aufgrund der Stellungnahme des StALU Vorpommern, das die Belange des Küstenschutzes aufgrund neuer Erkenntnisse zur Entwicklung von Überschwemmungsrisiken langfristig

verankern will, kommt es zu wesentlichen Änderungen der Planung, die zu einer erneuten Beteiligung der TÖB und der Öffentlichkeit führt.

6.2 Städtebauliche und verkehrsplanerische Konzeption

In der Gemeinde Peenemünde bestehen, historisch bedingt durch die ehemalige Nutzung der Marinedienststelle, städtebauliche Missstände, die eine zukunftsorientierte Gemeindeentwicklung stark beeinträchtigen. Vor allem im wertvollen Bereich des Hafenumfeldes konnte jahrzehntelang keine städtebauliche Neustrukturierung aufgrund der vorhandenen Altbebauung und der teilweise unregelmäßigen Grundstücksverhältnisse stattfinden. Mit den im Jahr 2011/2012 durchgeführten Abbrucharbeiten wurden die Voraussetzungen geschaffen, im Nachbarschaftsbereich zum HTM, der Hafenpromenade und der Phänomena, ein Hafenviertel zu entwickeln, welches das zukünftige Ortszentrum darstellen wird. Die Angebotsstrukturierung für das Plangebiet wurde im REK bzw. in dessen Fortschreibung vom April 2015 behandelt.

Für die Entwicklung des Ortszentrums von Peenemünde wurden verschiedene Entwurfsideen erarbeitet (siehe Abb. 8). Hierbei lassen sich Leitlinien für die Optimierung der räumlichen und städtebaulichen Einbindung und der Gestaltung des Vorhabens ableiten. Folgende Kriterien sind zu benennen:

- Aufrechthaltung örtlicher Wegebeziehungen und Schaffung neuer innerer Erschließungswege
- Ermöglichung der Erlebarkeit der Quartiere von jeder Seite – insbesondere vom Hafen aus –
- Festlegung der Geschosshöhe unter Berücksichtigung des baulichen Umfeldes sowie der Denkmallandschaft
- Vernetzung der Quartiere durch ihre künftige Nutzungsart
- Minimierung der Eingriffe in Landschaft
- Minimierung der Versiegelungsfläche durch lockere Bebauung und Anlegen von Grünflächen



Abbildung 8: Skizze-Varianten

Darüber hinaus handelt es sich bei Peenemünde um eines der größten Flächendenkmäler in Deutschland. Die Denkmallandschaft dieses Flächendenkmales ist durch einen Rundweg mit 23 Stationen begehbar. Die Stationen 1,2 und 3 (Bunkerwarte, Museum, Friedhofskapelle und das Sauerstoffwerk) sind im direkten Umfeld des B-Planes vorzufinden. Das städtebauliche Konzept greift diese drei Stationen auf, indem in der Mitte dieser drei Stationen ein städtebauliches Zentrum errichtet wird. Das neue Zentrum bildet sozusagen das Éntre zum Rundgang. Über das Zentrum sind die ersten drei Stationen des Rundganges unmittelbar zu erreichen. Durch die neue Bebauung wird daher auch die Historie des Ortes in den Mittelpunkt gestellt und entsprechend berücksichtigt.

Der B-Plan-Entwurf basiert auf den vorgenannten Entwurfsideen und einem städtebaulichen Konzept. Das städtebauliche Ziel ist es, einen attraktiven Ortsbereich mit den Schwerpunkten Tourismus, Fremdenbeherbergung, Kultur/Bildung sowie Dienstleistungen und Wohnen für bestimmte Personengruppen zu schaffen. Die Schaffung eines Ortskernes soll der Zersiedelung des Orts entgegenwirken und dieses städtebauliche Defizit beseitigen. Aus baulicher Sicht soll sich das Gebiet homogen mit unterschiedlichen Einrichtungen und Erlebnisräumen entwickeln. Gleichzeitig soll das Gebiet infrastrukturell eng mit dem nahen Umfeld vernetzt werden.

Zur anschaulichen Nutzung der Quartiere wurde seitens des Büros CESA eine städtebauliche Leitidee erstellt. Die Vernetzung verschiedener Nutzungen, die Blickbeziehungen sowie die Gebäudeanordnung und die Verbindungswege zwischen den Quartieren wurden hierbei schematisch dargestellt und hervorgehoben (siehe Abb. 9).

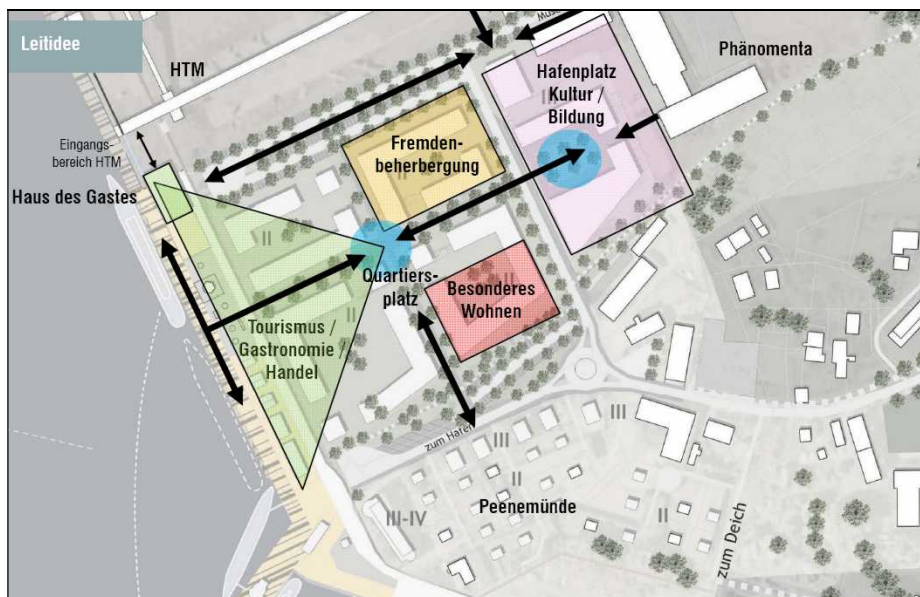


Abbildung 9: Hafenviertel – Leitidee

Entsprechend des städtebaulichen Konzeptes ist das Plangebiet in fünf Quartiere mit definierten Angebotsstrukturen zu unterteilen (siehe Abb. 10). Mit den im B-Plan festzulegenden Bauflächen und Baulinien wird sichergestellt, dass die Grundgeometrie der Quartiersbildung städtebaulich verankert wird.

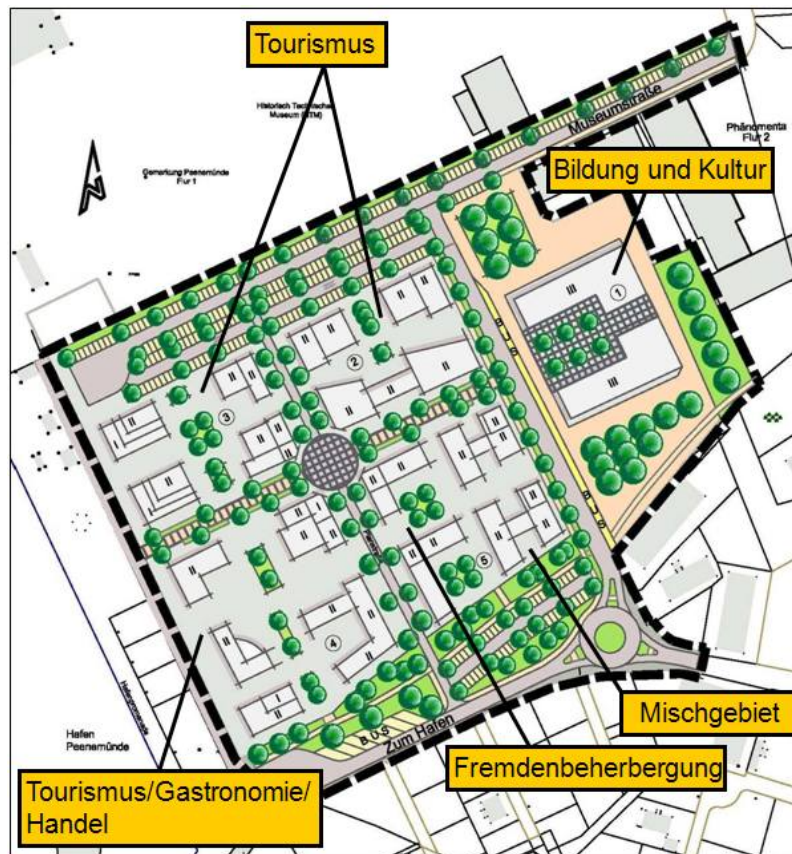


Abbildung 10: Städtebauliches Konzept zum B-Plan

Der Inhalt des Konzeptes wird wie folgt erläutert:

Teilgebiet „Bildung und Kultur“

Für eine kulturelle und erlebnisorientierte Nutzung soll im östlichen Teil des Plangebietes ein 3-geschossiges Gebäude als Kultur- und Bildungsstätte geschaffen werden. Hier sollen Ausstellungen, Kongresse und kulturelle Veranstaltungen stattfinden. Büro- und Verkaufseinrichtungen können die vorher ausgeführten Nutzungen ergänzen.

Die inhaltliche und organisatorische Ausführung eines solchen Sonderbaus soll sich an erfolgreichen Projekten in Mecklenburg-Vorpommern (z.B. Ozeaneum, Müritzzeum) sowie nationalen (z.B. Arche Nebra, Sachsen-Anhalt) und an anderen internationalen Projekten orientieren. Synergieeffekte mit dem angrenzenden Museum HTM oder auch der Phänomena können in diesem Teilgebiet genutzt werden.

Im Rahmen von Unternehmensgründungen werden zunehmend temporäre Entwicklungsflächen gesucht. Unter Beachtung der bestehenden Einrichtungen, wie dem HTM und der Phänomena, wird hierfür die Fläche des SO 1 favorisiert. Aus Sicht der Interessenten ist der Standort Peenemünde mit seiner Vielfalt an Möglichem in einem historischen und gleichzeitig landschaftlich höchst qualitativen Raum in hohem Maße durch Synergieeffekte mit bestehenden Angeboten und Kooperationen geeignet.

Eine temporäre Nutzung kann ein solcher Standort sehr schnell mit relativ geringem finanziellem Aufwand und viel Kreativität beleben. Solche Nutzung ist grundsätzlich im Sinne des REK der Gemeinde und basiert auf der vorgesehenen Nutzungsart „Kultur- und Bildung“ in diesem Teilgebiet des B-Plans.

Mit dem „Tech Camp“ sollen technologieaffine Gründerteams, etablierte Unternehmen, Wissenschaftler und Menschen öffentlichen Interesses für jeweils wenige Tage bis Wochen in Peenemünde zusammengebracht werden. Dafür soll es Workshop-Formate und kleine Konferenzen geben. Ergänzend dazu sollen Gründerteams zusätzlich die Möglichkeit haben, wochenweise ohne Ablenkung, an von ihnen selbst definierten Zielen arbeiten zu können.

Hier ist eine effektive und ungestörte Arbeitsatmosphäre für Teilnehmer/-innen von großer Bedeutung. Daher sollen überwiegend Büroräume geschaffen werden, die als modulare

Gebäude (z.B. Container) hergestellt werden. Das Konzept sieht eine Gesamtnutzungsfläche von max. 3.200 m² inkl. modularen Baukörpern, Wegesystemen, Plattformen und Sandflächen vor.

Die Anordnung der Modulbauten im SO 1 soll sich am derzeitigen städtebaulichen Konzept orientieren. Das heißt, die Zielsetzung des B-Plans soll hier gewahrt bleiben.

Für diese Interimslösung ist zurzeit eine saisonale Nutzung zwischen April und September vorgesehen, aber auch eine ganzjährige Teilnutzung ist denkbar. Dafür müsste ein Teil der Gebäude winterfest gemacht werden. Es ist weiterhin vorgesehen, Bauelemente und -materialien, wie bspw. Holz, weiter- bzw. wiederzuverwenden. Für den Auf- und Ausbau soll mit lokalen Lieferanten und Handwerkern zusammengearbeitet werden. Die Bevölkerung, aber auch Besucher, können aktiv in die Bauphase und in den Betrieb eingebunden werden.

Gem. § 9 Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird hierfür ein Zeitraum von vier Jahren festgelegt. Für die Entwicklung des Projektes ist die vorgenannte Zeit praxisbezogen realistisch. Das Camp kann jederzeit baulich verändert, aber auch abgebaut werden. Ggf. kann auch eine Verlängerung des Camps in Betracht gezogen werden. Die Flexibilität des Camps soll in Bezug auf den Standort gegeben sein, um ggf. innerhalb des Nutzungszeitraumes einen Umzug zu anderen Standorten zu ermöglichen.

Solche unternehmerische Arbeit hat sich bisher bereits im Raum Berlin, Hamburg oder Zürich positiv bewährt. Diese Nutzung auf Zeit wird seitens des Entwicklungsbeirates der Gemeinde Peenemünde positiv gesehen.

Es ist anzumerken, dass sich die Errichtung der erforderlichen Bauanlagen nach dem Maß der Nutzung im B-Plangebiet richten wird. Sollte im festgelegten Zeitraum eine Dauernutzung im SO 1-Gebiet zustande kommen, ist die Verschiebung des Camps vorzunehmen. Aus organisatorischen Gründen soll seitens der Gemeinde hierüber rechtzeitig informiert werden.

Teilgebiet „Tourismus“

Im nördlichen Teilgebiet sollen touristische Einrichtungen etabliert werden. Durch die räumliche Nutzung der Kultur- und Bildungsstätte (Teilgebiet 1) können hier ergänzende Angebote unterbreitet und umgesetzt werden. Eine 2-geschossige Bebauung soll hier errichtet werden.

In diesem Teilgebiet soll ggf. auch Raum für die Fremdenbeherbergung entwickelt werden. Bei der Fortschreibung des Tourismuskonzeptes zeigten sich zwar in der letzten Dekade Marktsättigungstendenzen, der B-Plan soll jedoch langfristig auch die Möglichkeit für Fremdenbeherbergung bieten.

Teilgebiet „Tourismus, Gastronomie, Handel“

Aus den vorgesehenen Nutzungen der o.g. geplanten Teilgebiete resultiert ein Bedarf an Dienstleistungen, Gastronomie und Versorgung. Daher können solche Angebote im südlichen Teil von Teilgebiet Nr.3 integriert werden.

Teilgebiet „Mischgebiet“

Hier sollen kleinteilige Gewerbeflächen und Wohnflächen entwickelt werden, welche in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Die Wohnflächen sind für dauerhaftes Wohnen angedacht. Mit dem Teilgebiet „Wohnungen für Auszubildende und Personal/Mischgebiet“ können hier zusammen 50 WE geschaffen werden (aufbauend auf dem REK 2020). Hier ist eine zweigeschossige Bebauung vorgesehen.

Durch die Ausweisung von zusätzlichem Wohnangebot im Mischgebiet soll die Einwohnerzahl des Ortes erhöht werden. Dies trägt zur Stabilisierung und Stärkung der Gemeinde als Wohnstandort bei, da die neu geplanten touristischen Infrastrukturen somit mit Arbeitskräften bewirtschaftet und als Arbeitsfelder genutzt werden können. Für das künftige Arbeitsplatzangebot wird somit adäquater Wohnraum angeboten. Das Wohnangebot richtet sich somit an die künftige Bevölkerung und gleichzeitig an das zukünftige Personal.

Teilgebiet „Wohnungen für Auszubildende und Personal/Mischgebiet“

Das Gebiet soll vorrangig zur Entwicklung der Wohnnutzung für Auszubildende und Personal, die im örtlichen Beherbergungsgewerbe tätig sind, dienen. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Einrichtungen können viele Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden. Für die Unterkunft des Betriebspersonals sowie der Auszubildenden können bis zu 50 Wohneinheiten hier und im benachbarten Mischgebiet MI 1 angeboten werden. Die Wohnungsgröße liegt durchschnittlich bei rd. 30-40 m² je WE mit 2-geschossiger Bebauung. Unter Berücksichtigung der Wohnbauflächenermittlung im REK 2020 (siehe Anlage B, S. 2) mit 50 neuen Wohnungen kann Peenemünde insgesamt bis zu 100 Wohneinheiten schaffen.

Freiflächen

Die Freiflächen zwischen den südlich gelegenen Baufeldern und der Straße „Zum Hafen“ ergeben sich aus der tangential verlaufenden ehemaligen Hafenanschlussbahn. Diese Achse soll als Grünfläche weiterhin aufrechterhalten werden. Die Straße entlang der Promenade sowie die fußläufige Achse zwischen der Museumstraße und dem Hafen mit einer mittigen Platzfläche sollen mehr attraktive Aufenthaltsräume zum Verweilen anbieten. Daher ist hier eine anspruchsvolle Gestaltung von größerer Bedeutung. Die erforderlichen Stellplätze für den ruhenden Verkehr sollen im Randbereich angeordnet werden. Diese sollen mit hochwertiger Grüngestaltung dem Gesamtbild angepasst werden. Die Verkaufsräume sollen sich entlang der o.a. Wegeachsen konzentrieren. Der gesamte Verkaufsflächenbedarf wird mit max. 2.000 m² definiert. Die Dimensionierung und Größe der Verkaufsflächen ist dabei adäquat zur Nachfrage zu planen.

Das Plangebiet liegt in der Denkmallandschaft Peenemünde. Deshalb sollen die geplanten Baumaßnahmen auch unter dem Gesichtspunkt des Denkmalschutzes geprüft werden. Bei den ersten Gesprächen mit dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege im Rahmen des B-Planverfahrens am 12.03.2014 wurde darauf Wert gelegt, dass sich die neuen Hochbauten aufgrund der geschichtlichen Entwicklung an der Baustruktur der damaligen Marinedienststelle orientieren sollen. Weiterhin sollen die geplanten Bauobjekte, die sich in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen, in schlichter jedoch moderner Form konzipiert werden. Die denkmalpflegerische Zielstellung ist mit der Denkmalbehörden abgestimmt und in die Planung eingearbeitet worden.

Für die Entwicklung des B-Plangebietes hat das Planungsbüro Ingenieurplanung-Ost GmbH (IPO) eine verkehrstechnische Untersuchung durchgeführt. Hierbei ist abzuleiten, dass unter Berücksichtigung der geplanten Baumaßnahmen und Nutzungsarten ein zusätzliches Verkehrsaufkommen von ca. 5.063 Kfz-Fahrten/24h induziert wird. Unter Berücksichtigung der städtebaulichen Entwicklungen des Ortes (Haupthafen, Seglerhafen, Nordhafen, zusätzliche Bebauung an der Bahnhofstraße und am östlichen Ortsrand) wurde für das Jahr 2020 eine verkehrliche Belastung von rd. 5.100 Kfz-Fahrten/24h ermittelt.

Infolge der Planungsabsichten und den daraus resultierenden zusätzlich induzierten Straßenverkehrsmengen werden sich ggf. weitere negative Auswirkungen auf das bereits derzeit in den Saisonzeiten überlastete übergeordnete Straßennetz ergeben.

Der nach Dr. Bosserhoff über die abgeschätzte Ganglinie ermittelte Stellplatzbedarf im B-Plangebiet liegt bei ca. 484 Stellplätzen für alle Nutzungen außer Wohnen.

Für das städtebauliche Konzept und den Bebauungsplan wird mit einer Stellplatzanzahl von 484 Stellplätzen für alle Nutzungen außer der Wohnnutzung ausgegangen (nach dem Bosserhoff-Verfahren). Es wird davon ausgegangen, dass die Stellplätze gemeinschaftlich genutzt werden.

Hinzu kommen 50 Stellplätze für die max. 50 geplanten Wohneinheiten im MI 1 und MI 2. Es wird davon ausgegangen, dass jeder Wohneinheit ein Stellplatz zugeordnet wird und keine Mischnutzung erfolgt.

Das Plangebiet ist über zwei Verkehrswege mit Anbindung an die L 264 erschlossen. Die Hapterschließung erfolgt über die vorhandenen ausgebauten Zuführungsstraßen „Bahnhofstraße“ und „Hauptstraße“, die als Stichstraßen mit Anschluss an die Museumstraße und Straße Zum Hafen im Plangebiet enden. Die vorhandenen Knotenpunkte

sind in der Lage, die prognostizierten Verkehrsmengen mit einer ausgezeichneten Qualität abzuwickeln.

Für die künftige Verkehrssituation wurden die ersten Lösungsansätze in einem Verkehrskonzept erarbeitet (siehe Abb. 11). Dementsprechend soll der Durchgangsverkehr innerhalb des Gebietes vermieden werden. Hierfür sollen die untergeordneten Erschließungsstraßen im Plangebiet überwiegend im Einrichtungsverkehr befahren sein. Die Stellplätze sollen mit geringer Anzahl teilweise in den Innenhöfen der Einzelquartiere untergebracht und zum großen Teil in den Randbereichen errichtet werden. Für Hafen- und Museumsbesucher sind zusätzlich Bushaltestellen zur Aufnahme der Tagesgäste vorgesehen. Die Flusskreuzfahrtschiffe sind ebenfalls als touristische Attraktionen, die Fahrgäste anziehen, zu betrachten. Die Verkehrsflächen zwischen den Quartieren sollen mit einem hohen Gestaltungsanspruch entwickelt werden. Die reinen verkehrstechnischen Ansprüche werden auf die fahrgeometrischen Erfordernisse (Feuerwehr, Müllfahrzeuge usw.) begrenzt, zugunsten einer angemessenen Gestaltung der Nebenanlagen und Freiflächen. Zur besseren verkehrstechnischen Gestaltung soll der Knotenpunkt Museumstraße/Straße Zum Hafen als Kreisverkehr ausgebildet werden.

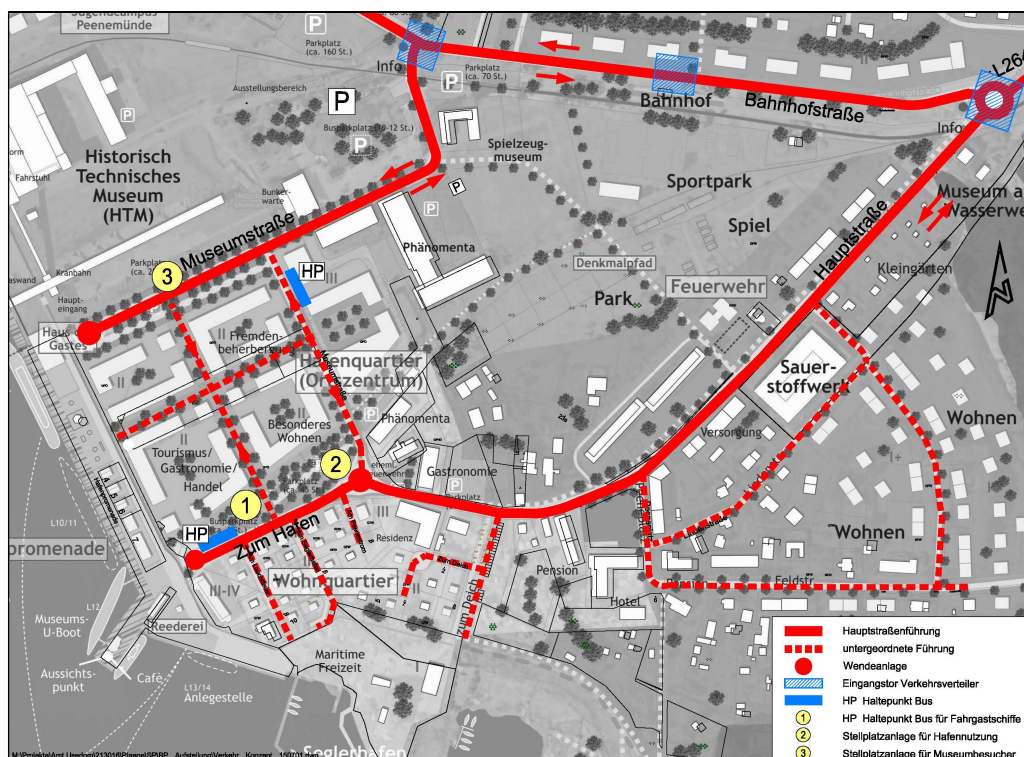


Abbildung 11: Verkehrskonzept (Vorentwurf)

Im Gegensatz zum Verkehrskonzept des Vorentwurfes ist im Entwurf vorgesehen, dass die Straße „Zum Hafen“ nur durch die Anlieger des B-Planes Nr.3 und den Busverkehr befahren werden soll, damit die Lärmpegelwerte geringgehalten werden und für die Anlieger des B-Planes Nr.3 keine zusätzlichen Beeinträchtigungen zustande kommen. Zwecks dessen wurden auch die Stellplatzflächen nördlich der Straße „Am Hafen“ in den Norden des Plangebietes verlagert. Die Planstraße mittig des Plangebietes, die von Nord nach Süd verläuft, endet im Süden in einer Wendemöglichkeit, sodass die Straße „Zum Hafen“ nur noch direkt an den Kreisverkehr angeschlossen ist.

Peenemünde ist über die parallel zur L 264 verkehrende Usedomer Bäderbahn an das moderne Bahnsystem der Insel Usedom (Strecke Zinnowitz-Peenemünde) angebunden. Das Plangebiet ist ca. 500 m vom Bahnhof entfernt.

6.3 Textliche Festsetzungen

Aufgabe des B-Plans ist es, die bauliche und sonstige Nutzung sowie die Sicherung der Erschließung vorzubereiten und zu leiten.

6.3.1 Art der baulichen Nutzung

Mischgebiet

Zur Schaffung von Nutzungsmischung von Wohnen, Gewerbe- und Dienstleistungen wird ein Mischgebiet (MI 1) ausgewiesen. Hier werden Gartenbaubetriebe, Tankstellen, Vergnügungsstätten, Einzelhandelseinrichtungen und Lebensmitteldiscounter ausgeschlossen, um das Nutzungsgefüge in diesem Teilbereich nicht zu stören. Andere Nutzungen in Form von Geschäfts- und Büroeinrichtungen, Schank- und Speisewirtschaften oder auch Beherbergungsbetriebe i.V.m. Wohnen sind zulässig. Kleinere Anlagen für Verwaltung, kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche oder sportliche Zweckbauten sind zulässig.

Das MI 2 wird gem. § 6 Abs.1 BauGB mit der Zweckbestimmung „Wohnungen für Auszubildende und Personal/Mischgebiet“ zugelassen. Es soll gem. § 9 Abs.1 Nr. 8 für die Bereitstellung von Wohngebäuden dienen, die für Personen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind. Bei dem benannten Personenkreis handelt es sich um Auszubildende und das Personal, das im örtlichen Beherbergungsgewerbe tätig ist. Ein besonderer Wohnbedarf ergibt sich daraus, dass zum einen für die Personengruppe „Auszubildende“ ökonomische Restriktionen gegeben sind, zum anderen sind für beide Personengruppen entsprechende Wohnangebote in Bezug auf die Wohnungsgröße und die Aufteilung der Räume erforderlich. Es sollen daher entsprechende Wohnangebote geschaffen werden. Die Wohnungsgröße soll durchschnittlich bei rund 30-40m² je WE mit 2-geschossiger Bebauung liegen.

Weiterhin soll im MI 2 auch die Schaffung von Gewerbebetrieben, die das Wohnen nicht wesentlich stören, möglich sein.

Entsprechend der Zweckbestimmungen sind daher gem. § 6 Abs. 2 BauGB (für den benannten Personenkreis) Geschäfts- und Bürogebäude und Einzelhandelsbetriebe (bis zu einer Größe von 500m² Gesamtverkaufsfläche) zulässig. Diese Nutzungen unterstützen den Nutzungszweck „Wohnungen für Auszubildende und Personal“ und lassen außerdem noch Spielraum für die eventuelle Ansiedlung von Einzelhandel zu. Nebengebäude als ergänzende Anlagen werden hier zugelassen.

Entsprechend sollen insgesamt, zusammen mit dem benachbarten Mischgebiet, bis zu 50 WE, entstehen.

Sondergebiete

Die Baubereiche werden als Sonstige Sondergebiete gem. § 11 BauNVO mit überbaubaren Baufeldern in SO 1 bis SO 4 festgesetzt. Diese sollen ausschließlich dem zentralen Ort mit Nähe zum Hafen dienen, da sich in Peenemünde kein erlebbares Zentrum befindet.

Das Sondergebiet 1 (SO 1) mit der Zweckbestimmung „Bildung, Kultur, Freizeit und Sport“ dient zur Schaffung eines Teilgebietes Bildung, Kultur, Freizeit und Sport. Gebäude und Anlagen für kulturelle, Bildungs-, sportliche und freizeitleiche Zwecke sind hier zulässig. Hier sind Gebäude und Anlagen zur Durchführung von Ausstellungen, Kongressen und Veranstaltungen, die im Zusammenhang oder in Ergänzung zum Betrieb des HTM und der Phänomenta stehen, zugelassen. Einrichtungen, wie Geschäfts-, Büro- sowie Verwaltungs- und Schulungsräume, einschließlich der erforderlichen Nebenanlagen, sind hier weiterhin zulässig. Unzulässig sind Einzelhandelsbetriebe sowie Vergnügungsstätten. Ausnahmsweise zulässig sind Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, um diesem eingeschränkten Kreis an Personal die Möglichkeit zu bieten, in unmittelbarer Nähe zum Betrieb zu wohnen.

Für eine temporäre Nutzung gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 1 BauGB soll das Gebiet zur Erforschung und Entwicklung von Projekten sowie zur Errichtung der Kleingewerbe und Freizeitgestaltung beansprucht werden. Die Zeit der Nutzung soll vorerst auf 4 Jahre beschränkt werden. Die Schaffung von Räumen darf durch die Aufstellung von modularen Baukörpern (z.B. Containern oder Holz- und Stahlelementen) realisiert werden, um eine leichte Bauweise mit wenig Bauaufwand zu ermöglichen. Büroräume dürfen bis zu jeweils 20 m²/GR errichtet werden. Ausnahmsweise können Konferenz- und Veranstaltungsräume von bis zu 200 m² in modularer Bauweise aufgestellt werden. Sanitäranlagen und Nebengebäude, die der Nutzung dienen, sind zulässig.

Die sonstigen Sondergebiete 2 und 3 (SO 2 und 3) werden als sonstige Sondergebiete mit den Zweckbestimmungen „Gebiete für die Fremdenbeherbergung/Ladengebiet“ festgesetzt. Für die touristische Nutzung sollen in den SO 2 und 3 teilweise Fremdenbeherbergungsunterkünfte (Hotels, Hostels, Pensionen und Appartements) angeboten werden. Hierzu sollen Freizeit- und Sporteinrichtungen, Läden, die der unmittelbaren Versorgung sowie Besuchern des Gebietes dienen, errichtet werden. Daher sind Anlagen für soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke hier zulässig. Um die Attraktivität und die Versorgung des Plangebietes bzw. des zentralen Ortes zu erhöhen, sind kleine Einzelhandelsbetriebe (max. 500 m² Verkaufsfläche), die der unmittelbaren Versorgung sowie Besuchern des Gebietes dienen, zulässig. Weitere Einrichtungen für die Schank- und Speisewirtschaft sind ebenfalls zulässig. Ferienhäuser sind nicht zulässig.

Das Sondergebiet 4 (SO 4) wird gem. § 11 Abs. 2 S. 1 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Gebiete für die Fremdenbeherbergung/Ladengebiet“ festgesetzt. Die gastronomischen Einrichtungen können daher im SO 4 untergebracht werden, daher sind Schank- und Speisewirtschaften in diesen Gebieten zulässig. Im SO 4 sind Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gastronomiegewerbe zugeordnet und diesem gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind, zulässig.

Kleine Einzelhandelsbetriebe (max. 500 m² Verkaufsfläche), die der unmittelbaren Versorgung sowie Besuchern des Gebietes dienen, sind grundsätzlich zulässig. Hotels, Pensionen und Hostels sind im SO 4 als Gebiet für die Fremdenbeherbergung allgemein zulässig. Ferienhäuser sind nicht zulässig.

6.3.2 Maß der baulichen Nutzung

Das zulässige Maß der baulichen Nutzung wird durch die Festsetzung von Grundflächenzahl (GRZ), Grundfläche (GR) und Geschossflächenzahl (GFZ) sowie der Anzahl der maximal zulässigen Vollgeschosse definiert.

Die Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung entsprechen dem planerischen Ziel, eine der zentralen und verkehrsgünstigen Lage angemessene bauliche Dichte zu ermöglichen. Zur temporären Nutzung im SO 1 werden die benötigten Grundflächen für die Umsetzung des Projektes festgelegt, um Flächenverbrauch im Gebiet maßgerecht zu steuern.

Die Zahl der Vollgeschosse ist aufgrund der bereits vorhandenen Baulichkeiten und der Anforderungen an die geplanten Neubauten und unter Berücksichtigung der Denkmallandschaft festgesetzt. Die Regelung zur Zahl der Vollgeschosse ist im B-Plan von der Lage der Gebäude im Plangebiet abhängig. In den Quartieren SO 2 bis SO 4 sowie in den Mischgebieten lässt der B-Plan zugunsten einer einheitlichen Höhenentwicklung und klaren Raumkante entlang der Erschließungsstraßen zwei Vollgeschosse zu. Im SO 1 des Plangebietes werden drei Vollgeschosse als Höchstmaß zugelassen. Für die temporäre Nutzung wird ein zweigeschossiger Modulbau zugelassen.

Eine Unterkellerung in den Gebieten SO 2, SO 3 und SO 4 ist unzulässig, da sich Baugrundstücke ansonsten ggf. aufgrund des bei Hochwasser einströmenden Wasser gem. § 13 LBauO M-V aufgrund der Baugrundbeschaffenheit nicht als Baugrundstück eignen. Die Unterkellerung wird als Schutzmaßnahme am Bauwerk gegen Hochwasser gem. § 9 Abs. 5 S. 1 festgesetzt.

Die Oberkante des Fertigfußbodens (OKFF) wird in den Gebieten SO 3 und SO 4 gem. § 9 Abs. 3 S. 1 BauGB auf mind. 3,50 m NHN festgesetzt. Diese Maßnahme unterstützt ebenfalls die gem. § 13 LBauO M-V Schaffung eines tauglichen Bodens für geplante Baugrundstücke.

Mit der Festlegung der Traufhöhen (TH) sowie der Firsthöhe im SO 1 soll eine angemessene Gebäudehöhe erreicht werden. Als Höhenbezugspunkt gilt die mittlere Höhe der Oberkante der öffentlichen Verkehrsfläche (Fahrbahnmitte), an die das Grundstück grenzt.

Die GRZ wird im Sinne einer der zentralen Lage des Plangebietes und der Siedlungsstruktur Peenemündes angemessenen Dichte in den Gebieten MI 1, MI 2, SO 3 und SO 4 auf 0,4 und im SO 1 und SO 2 auf 0,5 festgesetzt. In Anlehnung an die alten Baustrukturen soll durch die im B-Plan festgesetzte GRZ zudem wenig Fläche versiegelt werden. Das führt zu einer aufgelockerten Bebauung und Gestaltung bzw. zum Schutz des Landschaftsbildes.

Gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO darf die zulässige Grundfläche durch Stellplätze mit ihren Zufahrten, Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche um bis zum 50 vom Hundert überschritten werden.

Die Festsetzung der Geschossflächenzahl von 1,2 im SO 1, 1,0 im SO 2, SO 3 und SO 4 und 0,8 im MI 1 und MI 2 trägt in Zusammenhang mit der Anzahl der Vollgeschosse ebenfalls zur Steuerung der baulichen Dichte bei.

In nachstehender Tabelle sind die Flächenangaben der o.a. Plangebiete zu entnehmen:

Nutzung	Flächengröße in m²	Überbaubare Fläche in m²	Freiflächen in m²	BGF in m²
SO 1 Kultur-Bildung	8.430	4.215	4.215	12.645
SO 2 Tourismus	4.041	2.021	4.021	4.041
SO 3 Tourismus	4.257	1.073	2.554	3.406
SO 4 Tourismus/Gastronomie/Handel	7.909	3.164	4.745	6.327
MI 1	4.612	1.845	2.767	3.690
MI 2	1.889	756	1.133	1.250
Summe	31.138	18.683	12.455	31.620

6.3.3 *Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen*

Das neue Hafenzentrum Peenemünde soll durch eine überwiegend offene Bauweise geprägt werden. Gem. § 9 Absatz 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. §§ 22 und 23 BauNVO ist daher bis auf das SO 1 eine offene Bauweise festgesetzt. Im SO 1 soll aufgrund der künftigen Nutzung (Kultur und Bildung) die Möglichkeit zur Errichtung eines großen Gebäudekomplexes bestehen. Daher wird eine abweichende Bauweise festgesetzt. Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch die Festsetzung von Baugrenzen bzw. Baulinien definiert. Diese dürfen durch Anlagen wie Terrassen, Treppen, Dachüberstände bis max. 0,50 m, Balkonen und Loggien bis 1,5 m überschritten werden. Nebenanlagen und Stellplätze dürfen nur innerhalb der ausgewiesenen Baugrenzen in den SO 1 bis SO 4 sowie in den MI errichtet werden. Eine modulare Bauweise ist ausnahmsweise im SO 1 für einen bestimmten Zeitraum zulässig (siehe Kapitel 6.3.1 Art der baulichen Nutzung).

Für die künftige Bebauung wird ein Abstand von 6,50 bis 7,00m bis zur westlichen B-Plangrenze festgelegt. Dadurch soll der Bereich der Promenade mehr Raum erhalten. Außerdem kann hier stufenweise zwecks Hochwasserschutz eine Anrampung des Geländes erfolgen, sodass die Geländehöhe auf 3,2m festgesetzt wird.

In der Mitte grenzen die Baufelder direkt an die Verkehrsflächen an. Die Abstandsflächen für einzelne Bauvorhaben müssen hier entsprechend berücksichtigt werden, Verkehrsflächen können für die Abstandsflächen bis zu deren Mitte angerechnet werden. Die Baugrenzen Osten erhalten einen Abstand von bis zu 11m bis zur nächsten Straßenbegrenzungslinie, um einen größeren Freiraum zwischen Gebäude und Straße zu schaffen.

6.3.4 Nebenanlagen

Gem. § 14 Abs.1 BauNVO sind Nebenanlagen zur gewerblichen Kleintierhaltung unzulässig. Gem. § 14 Abs. 2 BauNVO sind die Versorgung der Baugebiete mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser, sowie zur Abteilung von Abwasser dienenden Nebenanlagen innerhalb der ausgewiesenen Verkehrs- und Grünflächen allgemein zulässig, soweit dies ohne Beeinträchtigung ihrer jeweiligen Zweckbestimmung möglich ist.

Nebenanlagen, außer die o.a. Nebenanlagen, dürfen nur innerhalb der Baufelder errichtet werden. Carports sind unzulässig.

6.3.5 Verkehrsflächen

Gem. § 9 Abs.1 Nr. 11 BauGB ist die Verkehrsfläche mit besonderer Zweckbestimmung als verkehrsberuhigte Mischfläche (Fahrzeuge, Fußgänger, Radfahrer) auszubauen.

An den erforderlichen Geländepunkten wird die OK (Fläche, die bis zu 10m vom westlichen Rand des Plangebietes entfernt ist; nach Festlegung vom STALU) auf 3,2m NHN festgesetzt. Zur Reduzierung der Seegangswirkung ist ein flaches Ansteigen des Geländes von westlicher Seite aus empfehlenswert (in der Planzeichnung als Rampe dargestellt). So kann sich das Gelände langsam von 2,40m NHN auf 3,20m NHN erhöhen.

Bei der Errichtung von Verkehrsflächen ist zu allen Zeitpunkten zu gewährleisten, dass keine Sichtbehinderungen durch geplante Bebauung, Bepflanzung, parkende Fahrzeuge oder Werbeanlagen entstehen. Notwendige Verkehrsbeschilderungen sind rechtzeitig in geeigneter Form mit den Behörden abzustimmen.

Vor dem Beginn von Arbeiten, die sich auf den Straßenverkehr auswirken, müssen die Unternehmer - die Bauunternehmer unter Vorlage eines Verkehrszeichenplans - von der unteren Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald verkehrsrechtliche Anordnungen (nach § 45 STVO, Abs. 1 bis 3) darüber einholen, wie ihre Arbeitsstellen abzusperren und zu kennzeichnen sind, ob und wie der Verkehr, auch bei teilweiser Straßensperrung, zu beschränken, zu leiten und zu regeln ist, ferner ob und wie sie gesperrte Straßen und Umleitungen zu kennzeichnen haben. Dem Antrag ist die entsprechende Aufgabe- bzw. Sondernutzungserlaubnis des zuständigen Straßenbaulastträgers beizufügen.

Bei Maßnahmen im öffentlichen Raum ist der Veranlasser verpflichtet, solche Technologien anzuwenden, dass für den Verkehrsablauf die günstigste Lösung erzielt wird.

Der Verkehrsablauf und die Sicherheit im Straßenverkehr besitzen gegenüber den Maßnahmen, die zur Einschränkung bzw. zeitweiligen Aufhebung der öffentlichen Nutzung von Straßen führen, den Vorrang. Diese Grundsätze sind bereits in der Phase der Vorbereitung der Baumaßnahme zu beachten. Alle Baumaßnahmen bzw. Beeinträchtigungen, die den Straßenkörper mit seinen Nebenanlagen betreffen, sind mit dem zuständigen Straßenbaulastträger abzustimmen.

6.3.6 Stellplätze und Garagen

Gem. § 12 Abs.1 sind Stellplätze als Nebenanlagen nur in den Baugebieten MI 1 und MI 2 und den dafür zugewiesenen Flächen (Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung „Parkplatz“) zulässig. Tiefgaragen sind im SO 1, im nördlichen Baufeld des MI 1 und im MI 2 zulässig, um weitere Stellplätze für Tagungsteilnehmer und Gewerbetreibende zu ermöglichen. Carports und Garagen sind unzulässig, da im Norden des Plangebietes eine Freifläche ohne Gebäude entstehen soll. Die Anzahl der Stellplätze muss dem Bedarf gerecht werden und muss dabei auf das notwendige Maß reduziert werden. Die Bereitstellung einer bedarfsgerechten minimalen Stell- und Parkplatzzahl soll

gewährleisten, dass das Plangebiet sowie insbesondere die Hafensperrmauer ihre städtebauliche Qualität nicht verliert. Denn Parkplätze werden, insbesondere wenn auf deren Gestaltung wenig Wert gelegt wird, optisch eher negativ wahrgenommen. Daher sind die Parkplätze u.a. durch Begrünung optisch ansprechend zu gestalten. Dabei ist gleichzeitig darauf zu achten, dass das Flächendenkmal Peenemünde geschützt wird und dementsprechend die Anzahl und Unterbringung von gestalterischen Elementen nicht die Bedeutung und Hervorhebung des Flächendenkmals schmälert.

Die Stellplätze für Kraftfahrzeuge sind so herzurichten, dass keine wassergefährdenden Stoffe (Treib- und Schmierstoffe) in den Untergrund versickern können. Festgestellte Verunreinigungen sind sofort zu beseitigen.

6.3.7 Geh-, Fahr- und Leitungsrecht

Im Plangebiet werden zwei Flächen mit einem Geh-, Fahr und Leitungsrecht versehen. Dabei handelt es sich im SO 1 um die Fläche für die Zufahrt zur Tiefgarage (GFL2) und im MI 1 und MI 2 um die Fläche für eine potenzielle Zufahrt zur Tiefgarage (GFL1). Die GFL-Fläche im SO 1 wird mit einem GFL zugunsten der Allgemeinheit festgesetzt. Damit wird allen Nutzern die Zufahrt zur Tiefgarage ermöglicht.

Das GFL im MI 1 und MI 2 wird zugunsten der Nutzer einer möglichen Tiefgarage festgelegt. Der Nutzerkreis beschränkt sich auf die Nutzer der Baugebiete MI 1 und MI 2, da der Stellplatzbedarf für das restliche Plangebiet über weitere Stellplatzflächen und die Tiefgarage im SO 1 gedeckt wird.

6.3.8 Flächen für den Hochwasserschutz

Gem. § 9 Abs. 1 Nr.16 BauGB werden im Plangebiet Flächen als Flächen für den Hochwasserschutz bzw. als Fläche für Hochwasseranlagen festgesetzt, welche dem zeichnerischen Teil zu entnehmen sind. Auf der im Osten gekennzeichneten Fläche soll das Teilvorhaben 1 und 2 zum Sturmflutvorschutz Nordusedom durchgeführt werden. Dementsprechend soll ein Teil der Straße „Zum Hafen“ durch eine Anrampung als zusätzliche Hochwasserschutzanlage fungieren. Die weitere Fläche dient neben der bei aktuellen Bemessungshochwasserständen erforderlichen Schutzmaßnahmenhöhenfestsetzung von 3,20 m auch als Vorsorgefläche für zukünftig prognostizierte steigende Hochwasserstände und die daraus erforderlich werdende Erhöhung der Hochwasserschutzanlagen.

Die Baugrenze und die Baulinie grenzt erst außerhalb dieser Vorsorgefläche an.

6.3.9 Grünordnung, Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung

Im Sinne der städtebaulichen Konzeption werden im Plangebiet zwei öffentliche Grünflächen mit Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und Bepflanzungen festgesetzt. Die Anpflanzungen sind mit den in der Pflanzliste festgesetzten Arten vorzunehmen. Des Weiteren werden Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen festgesetzt.

Vermeidungsmaßnahmen

Eingriffe in Natur und Landschaft sind so weit wie möglich zu vermeiden oder zu minimieren. Vermeidbare Beeinträchtigungen sind zu unterlassen. Es werden zwei Vermeidungsmaßnahmen festgesetzt, die eine zeitliche Beschränkung der Mahd zum Schutz von Reptilien und eine zeitliche Einschränkung der Baufeldfreimachung zum Schutz von Vögeln betreffen. Die Maßnahmen sind im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag und im Umweltbericht (siehe Teil II) genauer erläutert.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Der B-Plan führt zum Verlust von Grünstrukturen und Brachflächen. Um den Verlust von Grünstrukturen und Brachflächen auszugleichen werden im Rahmen des B-Planes und außerhalb des B-Planes Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen.

Diese werden im Umweltbericht (siehe Teil II) detailliert erläutert. Die erforderliche Kompensation wird teilweise im Plangebiet umgesetzt. Als Ausgleichmaßnahme (A) wird festgesetzt, dass insgesamt 100 Bäume mit einer Qualität von 3x verpflanzt (v), Stammumfang 16-18 cm gemäß Pflanzliste zu pflanzen sind.

Die Ersatzmaßnahme (E) hat außerhalb des B-Plan-Gebiets auf der südlichen Gemeindegebietsfläche von Peenemünde und am nördlichen Stadtrand von Karlshagen zu erfolgen. Hierbei soll die ca. 1 ha große Fläche der ehemaligen Hundestaffel der NVA wiederhergestellt bzw. aufgewertet werden. Von der Fläche mit einem Kompensationsäquivalent (KFÄ) von 2,3 KFÄ werden 0,65 KFÄ in Anspruch genommen. Das entspricht 28% der Gesamtfläche.

Von Bepflanzung freizuhaltende Flächen

Im Umkreis von 30m zu den Vermessungsmarken dürfen im Plangebiet keine Bepflanzungen durchgeführt werden. Bei dem betroffenen Bereich handelt es sich um den süd-westlichen Teil des SO 4 sowie die im Süden des Plangebiets festgesetzte Verkehrsfläche.

6.3.10 *Örtliche Bauvorschriften zur Gestaltung*

Die Gemeinden können durch Satzungen über die im Abs. 1 des § 86 LBauO M-V aufgeführten Inhalte örtliche Bauvorschriften erlassen. Durch örtliche Bauvorschriften wird eine gestalterische Ausprägung der Bebauung angestrebt. Folgende bauordnungsrechtliche Festsetzungen gem. § 86 LBauO M-V werden festgesetzt:

Fassadengestaltung

Die Außenwände der Gebäude sind mit Putzoberflächen oder in Ziegel-Sichtmauerwerk herzustellen. Dies dient einer orts- und regionaltypischen Fassadengestaltung. Anteilig sind Glas-, Holz- und Metallflächen zulässig. Diese Materialien können nur für bis zur 50 % der Fassadenfläche verwendet werden. Dadurch wird sichergestellt, dass in einem überwiegenden oder mindestens gleichwertigen Anteil die Hauptmaterialien (Putzoberfläche oder Ziegel-Sichtmauerwerk) verwendet wird.

Dachgestaltung

Als Dachformen sind Satteldächer, Flachdächer Pultdächer sowie Kugeldächer mit einer Dachneigung zwischen 0° und 30° festgesetzt. Pult- und Flachdächer sind in allen Gebieten zulässig. Im SO 1 sind zusätzlich Kugeldächer zulässig. Dies dient in Zusammenhang mit weiteren Festsetzungen wie unter anderem der abweichenden Bauweise der Ermöglichung eines Sonderbaus. Im SO 4 sind zusätzlich Satteldächer zulässig. Dies trägt zur Schaffung eines Übergangs von der entlang der Hafensperrmauer bestehenden Bebauung zum Plangebiet bei.

Untergeordnete Gebäudeteile und Nebengebäude wie Garagen können eine Neigung zwischen 0° und 10° Dachneigung aufweisen. Dachaufbauten sind von dieser Regelung ausgenommen. Dacheindeckungen für Sattel- und Pultdächer sind in naturroten, rotbraunen oder grauen Farbtönen zu gestalten. Dachbegrünung und Solaranlagen sind zulässig.

Werbeanlagen

Werbeanlagen dürfen nur an der Stätte der Leistung angebracht werden. Sie dürfen eine Fläche von 0,5 m² nicht überschreiten und sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Warenautomaten sind unzulässig. Flächenhafte Leuchtelemente und blinkende Lichtwerbungen sind unzulässig. Die Aufstellung je eines Hinweisschildes ist an den 2 Eingängen zum Plangebiet in einer Größe von max. 2,00 m² zulässig.

Beleuchtung

Bei der Bebauung des Gebietes bzw. im gesamten Plangebiet dürfen keine Lichter oder Beleuchtungsanlagen errichtet werden, welche die Schifffahrt stören oder irrtümlicherweise zur Verwechslung mit Schifffahrtszeichen führen könnten oder den Schiffführer durch Blendwirkungen oder durch Spiegelungen irreführen könnten. Bezüglich geplanter

Beleuchtungsanlagen oder Leuchtreklamen, die von der Wasserstraße aus sichtbar sind, sind frühzeitig dem Wasser- und Schiffsfahrtsamt Stralsund anzuzeigen.

Überschreitung der GRZ durch Stellplätze

Gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO darf die zulässige Grundfläche durch Stellplätze mit ihren Zufahrten, Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche um bis zum 50 vom Hundert überschritten werden. Oberirdische Stellplätze sind außer in den dafür ausgewiesenen Flächen nur im MI 1 und MI 2 zulässig. Für eine Überschreitung der GRZ in diesen Gebieten durch Flächen für Stellplätze wird festgesetzt, dass diese mit wasserdurchlässigen Materialien wie Rasengittersteinen, breitfugig verlegtem Rasenpflaster o. ä. zu befestigen. Der Anteil der nicht versiegelten Flächen (Fugenanteil) auf diesen Stellplatzanlagen muss mindestens 25 % betragen. Die Festsetzung gilt nicht für alle Stellplätze, sondern erst für die, mit denen die festgesetzte GRZ überschritten wird und dient der Beschränkung der zusätzlich versiegelten Flächen im Sinne des natürlichen Wasserkreislaufes.

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig gem. § 84 Abs.1 LBauO M-V handelt (u.a.), wer vorsätzlich oder fahrlässig einer nach § 86 Abs. 1 und 2 erlassenen Satzung zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 84 Abs. 3 LBauO M-V mit einer Geldbuße bis zu 500.000 Euro geahndet werden.

6.4 Ver- und Entsorgung

6.4.1 Leitungsbestand

Innerhalb und außerhalb des B-Plan-Gebiets liegen Ver- und Entsorgungsleitungen. Telekommunikationsleitungen der Deutschen Telekom verlaufen in der Straße „Zum Hafen“. Für die telekommunikationstechnische Erschließung wird im Zusammenhang mit dem oben genannten B-Plan nach Aussage der deutschen Telekom eine Erweiterung des Telekommunikationsnetzes erforderlich.

Strom-, Gas- und Trinkwasserleitungen liegen ebenso im Bereich der Straße „Zum Hafen“.

Zu den Stromleitungen zählen u.a. die Versorgungsanlagen der E.dis AG. Die explizite Lage ist der Planzeichnung zu entnehmen. Die bestehenden Versorgungsanlagen sind allerdings nur dem aktuellen Bedarf gerecht.

Sollte eine Umverlegung der Versorgungsanlagen der E.dis AG erforderlich sein, ist ein rechtzeitiger Antrag bei der E.dis AG zu stellen. Zu gegebenem Zeitpunkt ist der Leistungsbedarf bei der E.dis AG anzumelden.

Es befinden sich weiterhin Gasleitungen aus dem Bestand der Gasnetz Vorpommern GmbH im Plangebiet.

Abwasseranschlüsse sind im Bereich der Straße „Zum Hafen“ und der Promenade vorhanden.

Zur Versorgung des Plangebiets können die Versorgungsträger bei der Herstellung der Verkehrsflächen ihre Medien in ausreichender Dimension innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen verlegen.

Bei der Errichtung der elektrotechnischen Anlagen sowie der etwaigen Lagerung wassergefährdeter Stoffe ist das Bemessungshochwasser (BHW) von 3,00 m ü. NHN zu beachten.

6.4.2 *Strom- und Gasversorgung*

Um für das Plangebiet ggf. eine zusätzlich erforderliche Trafo-Station errichten zu können, wird mittig des Plangebietes gem. § 14 Abs. 2 BauGB eine entsprechende Fläche für Versorgungsanlagen mit der Zweckbestimmung Elektrizität festgesetzt. Die Bemaßung orientiert sich an der bestehenden Trafo-Station im Osten des Plangebiets.

Vor der Durchführung von konkreten Bauvorhaben ist eine Kabelanweisung bei der E.DIS AG anzumelden, damit die exakte Lage der Versorgungsanlagen ermittelt werden kann. Eine Überbauung von elektrischen Anlagen ist nicht zulässig.

Für den Einbau von Erdwärmesondenanlagen (Wärmepumpen) ist gesondert ein Antrag bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald zu stellen. Die Zustimmung der unteren Wasserbehörde ist vor Baubeginn einzuholen.

Das Merkblatt "Schutz von Versorgungsanlagen bei Bauarbeiten" ist bei den Planungen zu beachten.

6.4.3 *Regenentwässerung*

Aus der Untersuchung der Vorflutverhältnisse im Amtsbereich Usedom-Nord geht aus dem Maßnahmenplan hervor, dass derzeit bei der HTM Bunkerwarte (nördlich des Plangebietes) keinerlei Anlagen für die Entwässerung der Gebäude errichtet worden sind. Bei Starkniederschlagsereignissen wurden die Kellerräume der Gebäude daher teilweise geschwemmt. Die Unterkellerung der Gebäude ist in Teilbereichen des Plangebietes untersagt.

Die Ableitung des Oberflächenwassers im Plangebiet erfolgt zurzeit über offenen Abfluss bzw. teilweise Versickerung.

Die entsprechenden Maßnahmen zur geschlossenen Entwässerung sind im Rahmen der Erschließungsplanung zu berücksichtigen. Von den Dach- und Stellflächen anfallendes unbelastetes Regenwasser kann nach Empfehlung des SG Wasserwirtschaft des LK Vorpommern Greifswald schadlos gegen Anlieger auf dem Grundstück versickert werden. Die Sickerfähigkeit des Bodens ist durch den Vorhabensträger nachzuweisen. Die Stellplätze für Kraftfahrzeuge sind so herzurichten, dass keine wassergefährdenden Stoffe (Treib- und Schmierstoffe) in den Untergrund versickern können. Festgestellte Verunreinigungen sind sofort zu beseitigen.

Wenn die Versickerung des Oberflächenwassers nicht möglich ist, ist die Errichtung eines Regenwasserkanalnetzes mit einer neuen Einleitstelle in den Peenestrom als Gewässer I. Ordnung vorzusehen. Die Einleitung von Niederschlagswasser in ein Gewässer (Oberflächengewässer oder Grundwasser) bedarf gemäß § 8 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) der wasserrechtlichen Erlaubnis durch die untere Wasserbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald). Diese ist vor Baubeginn bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald (auf Antragsformular) zu beantragen. Dazu ist das Bauausführungsprojekt (Genehmigungsplanung) mit den detaillierten Angaben zur Einleitstelle auf Antragsformular mit Unterschrift des Bauherrn einzureichen. Vor der Einleitstelle ist eine Sedimentationsanlage mit t Leichtstoffrückhaltung (Tauchwand) vorzusehen. Bei Einleitung in ein Gewässer 1. Ordnung ist der Antrag beim StALU zu stellen.

Falls die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen zum Betrieb der Heizungsanlage (Öllagerung) vorgesehen ist, ist diese bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald gesondert anzuzeigen.

6.4.4 *Trinkwasser*

Das Vorhaben befindet sich in keiner rechtskräftigen Trinkwasserschutzzone. Die Grundwasservorräte sind als Trinkwasser nicht gewinnbar, da ein Zuströmen infiltrierter Ostseewässer nicht ausgeschlossen werden kann.

Die Trinkwasserversorgung ist mit dem zuständigen Zweckverband Wasser/ Abwasser bzw. Rechtsträger der Anlage abzustimmen.

6.4.5 Löschwasser und Anlagen

Für das Bebauungsplangebiet sind für die Ermittlung des erforderlichen Löschwasserbedarfs gemäß DVGW-W 405 folgende Randbedingungen ausschlaggebend: Es ist ein Sonder- und Mischgebiet mit 2-3 Vollgeschossen sowie einer GFZ von 0,8 bis 1,2. Daher ist bei harter Bedachung ein Bedarf von 96m³/h über 2 Stunden bereit zu stellen.

Die Bereitstellung von Löschwasser kann nicht direkt über das örtliche Trinkwasserversorgungsnetz erfolgen.

Die Löschwasserversorgung ist in der Ausführung mittels eines gesonderten Löschwasserbehälters vorgesehen. Die Behältergröße ist entsprechend DVGW-W 405 auf 96m³/h für 2h, d.h. ~200m³ Löschwasserbevorratung ausgelegt. An dem Behälter wird eine dauerhafte oberirdische Löschwasserentnahmestelle mittels Saugrohr DN125 mit Löschwasser-Sauganschluss DN100/ A-Festkupplung angeordnet.

Im Bereich der südlich gelegenen öffentlichen Grünfläche ist dazu eine Fläche für Versorgungsanlagen mit der Zweckbestimmung Löschwasserzisterne festgesetzt.

Für Gebäude, die mind. zwei Vollgeschosse haben, ist zwecks Löschwasserversorgung im Havariefall ein zweiter Rettungsweg zu planen. Bei Errichtungen von Pensionen oder anderen größeren Gebäuden ist Rücksprache mit der Feuerwehr zu halten, falls Feuerwehrstellflächen oder andere Brandschutzmaßnahmen erforderlich sind.

6.4.6 Abwasser

Im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes „Nord-West“ wurde die Entwicklung des Plangebietes berücksichtigt. Eine betriebsbereite Fertigstellung der Anlagen erfolgt nach Einschätzung des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung „Insel Usedom“ voraussichtlich in den Jahren 2021 / 2022. Nach Umsetzung des Konzeptes kann ein Anschluss des B-Plan-Gebietes Nr.12 beginnen.

Eine fachgerechte Abwasserbehandlung ist sicherzustellen.

Die Ableitung des Regenwassers hat getrennt vom Abwasser zu erfolgen.

Die Abwasserentsorgung ist mit dem zuständigen Zweckverband Wasser/ Abwasser bzw. Rechtsträger der Anlage abzustimmen.

Bei Einleitung von Schmutzwasser in Gewässer 2. Ordnung (auch außerhalb des Plangebiets) ist eine Einleitgenehmigung bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald zu stellen.

6.4.7 Abfallwirtschaft

Der Standort der Müll- und Wertstoffcontainer ist bürgerfreundlich und zweckmäßig geplant. Als Standort wurde die Stellplatzanlage im Norden des Plangebietes gewählt. Der konkrete Standort ist der Planzeichnung des B-Planes zu entnehmen.

Die Beseitigung des anfallenden Hausmülls erfolgt durch die örtliche Müllabfuhr. Eventuell anfallender Sonderabfall ist einer den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Entsorgung zuzuführen.

Die neue Satzung des Landkreises Vorpommern-Greifswald über die Abfallentsorgung (Abfallwirtschaftssatzung - AwS), in Kraft seit 1. Januar 2020, ist einzuhalten. Diese Satzung ist über das Umweltamt des Landkreises zu erhalten oder über die Internetseiten des Landkreises (<http://www.kreis-vg.de>) sowie der Ver- und Entsorgungsgesellschaft des Landkreises Vorpommern-Greifswald mbH (<http://www.vevg-karlsburg.de/>) verfügbar.

Ergänzend sind die Vorschriften der TR LAGA 20 von 111997, 11/2003 und 11/2004 für die Verwertung des Bodens und anderer mineralischer Abfälle einzuhalten.

Die bei den Bauarbeiten anfallenden Abfälle sind ordnungsgemäß entsprechend den Forderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. 1 S. 212), in der zuletzt gültigen Fassung, zu sortieren und anschließend einer Verwertung, Behandlung oder Entsorgung zuzuführen.

6.5 Immissionsschutz

6.5.1 1. Schallschutzgutachten

Im November 2017 wurde vom TÜV-Nord zum Vorentwurf des B-Planes ein Lärm- und Schallschutzgutachten erarbeitet. Das Ergebnis wird wie folgt erläutert:

Vorbemerkung

Im Rahmen des Vorentwurfes war für den ruhenden Verkehr angedacht, etwa 270 PKW-Stellplätze im Norden des Plangebietes zu integrieren, 50 weitere auf der südöstlichen Seite des Plangebietes (abzweigend von der Straße „Am Hafen“) und 11 Bus-Stellplätze im Süd-Westen des Plangebietes unterzubringen. Über die bestehende Straße „Am Hafen“ wurde eine Verbindung zu den 50 PKW-Stellplätzen geschaffen. Die Straße „Am Hafen“ diente somit der Erschließung der Gebäude des B-Planes Nr.3 sowie 50 weiterer Stellplätze im neuen Plangebiet.

Immissionen durch den Gewerbelärm

Für die gewerblichen Geräuschemissionen liegen die Beurteilungspegel im Plangebiet zwischen 33 und 40 dB sowie nachts zwischen 26 und 32 dB. Die gebietsspezifischen Orientierungswerte werden mit der neuen Planung tags um mindestens 21 und nachts um mindestens 16 dB unterschritten.

Immissionen durch Verkehrslärm

Die Berechnungen der Geräuschemissionen durch Verkehrslärm ergeben, dass die Beurteilungspegel innerhalb des Plangebietes an den Baugrenzen tags zwischen 50 und 57 dB und nachts zwischen 42 und 49 dB liegen. Die gebietsspezifischen Orientierungswerte werden durch die neue Planung tags um mindestens 8 dB und nachts um mindestens 6 dB unterschritten.

Durch das Planvorhaben wird ein erhöhtes Verkehrsaufkommen auf den umliegenden Straßen induziert. An den maßgeblichen Immissionsorten außerhalb des Plangebietes im südlich gelegenen Bebauungsplan Nr.3 werden Pegelerhöhungen von bis zu 7 dB erzeugt. Dadurch kommt es zu Überschreitungen der Orientierungswerte von maximal 6 dB im Tagzeitraum und 7 dB im Nachtzeitraum.

Maßnahmen

Vom TÜV Nord wurden zur Einhaltung der Orientierungswerte die Errichtung von Lärmschutzwänden und die Möglichkeit passiver Schallschutzmaßnahmen vorgeschlagen. Nach der Empfehlung des TÜV Nord sei in erster Linie der Schutz durch Lärmschirme (Wände oder Wälle) anzustreben, um die Lärmpegel an der Quelle Ihrer Entstehung zu reduzieren. Durch die Errichtung einer Schallschutzwand mit einer Höhe von neun Metern, die die Einfahrten ausspart, würden die Beurteilungspegel auf dem Niveau der Orientierungswerte liegen. Eine hohe Lärmschutzwand oder ein hoher Lärmschutzwall kommen für die weitere Planung jedoch nicht infrage. Durch eine quer durch das Plangebiet

verlaufende Lärmschutzanlage würde das Landschaftsbild des Bodendenkmals stark beeinträchtigt werden.

Davon abgesehen wird als weitere Lärmschutzmaßnahme die Festsetzung von passiven Lärmschutzmaßnahmen in Form der Festsetzung von Lärmpegelbereichen nach DIN 4109/6/7 zur Schalldämmung von Außenbauteilen vorgeschlagen, sowohl innerhalb, als auch außerhalb des Plangebietes.

Außerhalb des Plangebietes müssten hierfür die Gebäude entlang der Straße „Am Hafen“ und im B-Plan Nr.3 bei der Bauausführung mind. mit den schalltechnischen Anforderungen entsprechend des Lärmpegelbereiches II ausgestattet werden/ausgestattet sein. Laut des Gutachtens sind in den Lärmpegelbereichen I bis II (aus Gründen des Energieeinsparungsgesetzes) bei der aktuell erforderlichen Bauausführung in vielen Fällen keine besonderen schalltechnischen Anforderungen zu beachten. Die Gebäude sind größtenteils erst in neuester Zeit entstanden und weisen damit schon in vielen Fällen Schalldämm-Maße entsprechend dieser Lärmpegelbereiche aus.

Auf die Terrassen und die offenen Balkone haben die passiven Schallschutzmaßnahmen jedoch keinen Einfluss. Daher würden diese Bereiche durch die passiven Schallschutzmaßnahmen nicht geschützt werden. Bei den aktuellen Bestandsgebäuden sind die Außenwohnbereiche auf der straßenabgewandten Seite vorhanden. Diese wären von den erhöhten Lärmpegelwerten daher nicht betroffen.

6.5.2 2. Schallschutzgutachten

Im September 2018 wurde von Herrmann & Partner Ingenieurbüro ein 2. Schallschutzgutachten erarbeitet, welches die Neuplanung mit dem neuen Verkehrskonzept überprüft. Ziel ist es, dass die Lärmpegelwerte an weiteren Immissionspunkten nicht über den Orientierungswerten liegen und diese Werte entsprechend zu reduzieren, da die Durchführung aktiver und passiver Lärmschutzmaßnahmen im Plangebiet kaum durchsetzbar ist.

Vorbemerkung

Im Anschluss an das 1. Schallschutzgutachten wurde ein Verkehrskonzept ausgearbeitet, bei dem unter anderem die Stellplatzflächen im Süden des Plangebietes nach Norden hin an die anderen Stellplatzflächen verlagert wurden. Die Straße „Am Hafen“ wird somit nur noch durch die Anlieger der Gebäude im B-Plan-Gebiet Nr.3 und den Busverkehr befahren, sodass auf dieser Straße keine zusätzlich durch das neue Plangebiet induzierten Verkehre mehr entstehen. Durch die Wegnahme der Stellplatzflächen und die Reduktion des ruhenden Verkehrs der Straße „Am Hafen“ wurde die Reduzierung der künftigen Lärmpegelwerte angestrebt.

Immissionen durch den Gewerbelärm

Für die gewerblichen Geräuschemissionen lagen die Beurteilungspegel im Plangebiet bereits weit unterhalb der Orientierungswerte, sodass diese im 2. Schallschutzgutachten nicht erneut untersucht worden sind. Im Vergleich zwischen dem Entwurf und dem Vorentwurf ergaben sich nur unwesentliche Änderungen (wie z.B. die Änderung der Baufeldgrößen), sodass keine Änderungen der Lärmpegelwerte zu erwarten waren.

Immissionen durch den Verkehrslärm

Innerhalb des Plangebietes werden die schalltechnischen Orientierungswerte entsprechend des Beiblattes 1 der DIN 18005 mit der Neuplanung weiterhin eingehalten. Außerhalb des Plangebietes werden die Orientierungswerte nur noch an den Immissionspunkten BP3-IO02 und BP3-IO03 überschritten.

Maßnahmen

Die potenziellen Lärminderungsmaßnahmen wurden im 1. Schallschutzgutachten untersucht.

Abwägung

Die schalltechnischen Orientierungswerte stellen keine Grenzwerte dar, haben aber vorrangig Bedeutung für die Planung von Neubaugebieten mit schutzbedürftigen Nutzungen und für die Neuplanung von Flächen, von denen Schallemissionen ausgehen. Ihre Einhaltung oder Unterschreitung ist wünschenswert, um die mit der Eigenart des betreffenden Baugebietes oder der betreffenden Baufläche verbundenen Erwartung auf angemessenen Schutz vor Lärmbelastigungen zu erfüllen.

Innerhalb des Plangebietes werden die schalltechnischen Orientierungswerte entsprechend des Beiblattes 1 der DIN 18005 mit der Neuplanung eingehalten, sodass die wünschenswerten Zielvorstellungen erreicht werden können.

Mittels der geänderten Verkehrsführung im Plangebiet wurden die Pegelwerte an den Immissionspunkten außerhalb des Plangebietes, an denen die Pegelwerte die Grenzwerte überschritten, größtenteils reduziert. Am Immissionspunkt BP3-IO01 wird die Überschreitung der Grenzwerte von 7 auf nahezu 0 dB (von 47 auf 40 dB nachts) minimiert. Damit werden die Grenzwerte für die gesamten Gebäude im B-Plan Nr.3 entlang der Straße „Am Hafen“ eingehalten. An den Gebäuden der Immissionspunkte BP3-IO03 und BP3-IO02 konnten die Pegelwerte nicht weiter reduziert werden, auch wenn bei der neuen Verkehrsführung davon ausgegangen wird, dass nur noch 20% des Verkehrsflusses über die „Hauptstraße“ in das Plangebiet gelangen. Eine weitere Reduktion der Pegelwerte an diesen Punkten ist kaum möglich, da die Werte an diesen Immissionspunkten schon im Bestand und ohne die neue Planung erhöht sind.

Für die Gebäude an den betroffenen Immissionspunkten kann in den meisten Fällen davon ausgegangen werden, dass die erforderliche Bauausführung mit den schalltechnischen Anforderungen des Lärmpegelbereiches II ausgestattet ist, da die Gebäude überwiegend in jüngster Zeit errichtet worden sind. Durch die entsprechende schalltechnische Bauausführung können die Grenzwerte an vielen Wohngebäuden eingehalten werden. Die Außenwohnbereiche befinden sich überwiegend auf der von der Straße abgewandten Seite, wo die Immissionswerte nicht mehr überschritten werden.

Für den Fall, dass Gebäude teilweise nicht nach den gängigen Bauausführungen entsprechend des Lärmpegelbereiches II gebaut werden/wurden oder Außenwohnbereiche sich doch innerhalb der Bereiche befinden oder später dort gebaut werden, werden an diesen Stellen die Orientierungswerte überschritten.

An den Immissionspunkten, an denen die Orientierungswerte überschritten werden, wird die Zumutbarkeitsgrenze entsprechend der 16. BImSchV in diesen Einzelfällen jedoch nicht überschritten. Die Zumutbarkeitsgrenze entsprechend der 16. BImSchV gilt als eine weitere Schwelle für Planvorhaben, wenn der Planungsspielraum eingeschränkt ist. Bei den beiden überschrittenen Immissionspunkten wird sich daher an der Zumutbarkeitsgrenze der BImSchV orientiert. Der Planungsspielraum ist an diesen Stellen eingeschränkt. Die Bebauung innerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes Nr.3 existiert bereits und liegt nahe an der Hauptstraße. Bereits im jetzigen Zustand werden die Orientierungswerte überschritten, sodass die weitere Erschließung des Plangebietes über die Hauptstraße (mit nur 20% des Verkehrsflusses, der in das Plangebiet fließt) keine wesentlichen Änderungen im Vergleich zum Ist-Zustand mit sich bringt. Passive und aktive Schallschutzmaßnahmen wurden an dieser Stelle geprüft, sind aber aufgrund der aufgeführten Kriterien ergänzend schwer durchsetzbar.

6.5.3 Festsetzungen im Bebauungsplan

Passive Schallschutzmaßnahmen

Innerhalb des Plangebietes werden in der Planzeichnung (Teil A) die Lärmpegelbereiche I bis III als passive Lärmschutzmaßnahme zum Schutz vor schädlichen Geräuschimmissionen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB und nach DIN 4109/6/7 festgesetzt.

Der maßgebliche Außenlärmpegel im LPB beträgt im LPB I bis zu 55 dB, im LPB II zwischen 56 und 60 dB und im LPB III 60 bis 65 dB.

Dementsprechend sind die dem ständigen Aufenthalt von Personen dienenden Räume an allen Fassaden, Gebäudeseiten und Dachflächen mit passiven Schallschutzmaßnahmen

gem. DIN 4109-1:2016-07 “Schallschutz im Hochbau – Teil 1: Mindestanforderungen” entsprechend denen im Bebauungsplan festgesetzten Lärmpegelbereichen I bis III vorzusehen. Die erforderlichen gesamten bewerteten Bau-Schalldämm-Maße (R'w,ges) aller Außenbauteile (Außenwände, Fenster, Zuluftöffnungen) der jeweiligen Aufenthaltsräume betragen:

Lärmpegelbereich (LPB)	Maßgeblicher Außenlärmpegel Lr [db]	Raumart		
		Bettenräume in Krankenanstalten und Sanatorien	Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume und Ähnliches	Büroräume ^a und Ähnliches
		R'w,ges des Außenbauteils [dB]		
III	61 bis 65	40	35	30
II	56 bis 60	35	30	30
I	Bis 55	35	30	-

^a An Außenbauteile von Räumen, bei denen der eindringende Außenlärm aufgrund der in den Räumen ausgeübten Tätigkeiten nur einen untergeordneten Beitrag zum Innenpegel leistet, werden keine Anforderungen gestellt.

In den Baufeldern, in denen ein Lärmpegelbereich festgesetzt wird, sind die Außenbauteile (in Abhängigkeit der Raumart) so auszubilden, dass die Anforderungen an die Luftschalldämmung entsprechend der DIN 4109 gem. den festgesetzten Lärmpegelbereichen erfüllt werden.

Für die von der maßgeblichen Lärmquelle abgewandten Gebäudeseiten darf nach DIN 4109 der maßgebliche Außenlärmpegel ohne besonderen Nachweis

- Bei offener Bebauung um 5 dB
- Bei geschlossener Bebauung bzw. bei Innenhöfen um 10 dB gemindert werden.

Nachfolgende Planungen

Für die tatsächlichen Nutzungen im SO1 bis SO 4 liegen bisher keine konkreten Planungen vor. Daher muss im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens eine immissionsschutzrechtliche Verträglichkeit mit der Nachbarschaft nachgewiesen werden.

6.6 Artenschutzrechtliche Belange

Für den B-Plan Nr. 12 wurde ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erstellt (siehe Anlage). Dem gesetzlichen Artenschutz unterliegen die Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie sowie alle in Europa heimischen Vogelarten. Die für die Planung geltenden artenschutzrechtlichen Verbote betreffen den Individuenschutz, den Schutz der Populationen vor erheblichen Störungen sowie den Schutz von Fortpflanzungs- und Ruhestätten bzw. Pflanzenstandorten. Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag soll

- durch das Vorhaben verletzte artenschutzrechtliche Verbote (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG) und
- die davon betroffenen Arten aufzeigen,
- zur Verhinderung von Verbotsverletzungen
- Vermeidungsmaßnahmen
- oder vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festlegen und gegebenenfalls
- Möglichkeiten einer Ausnahme (§ 45 Abs. 7 BNatSchG) von den Verboten erörtern.

Als Grundlage der Relevanzprüfung wurde eine Erfassung von Brutvögeln und Reptilien 2015 durchgeführt. Die Bewertung der übrigen Artengruppen erfolgte über eine Potentialanalyse anhand der Lebensraumeignung. Im Rahmen der Relevanzprüfung wurde ermittelt, für welche Arten vorhabensbedingte Wirkungen nicht ausgeschlossen werden können. Die relevanten Arten wurden einer eingehenden Konfliktanalyse in Form eines Artenblattes unterzogen.

Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag kommt zu dem Ergebnis, dass mit Ausnahme von Brutvögeln keine Betroffenheiten vorliegen. Da mit der Überplanung des Gebietes ganze Reviere von Brutvögeln des Offen- und Halboffenlandes verloren gehen und keine Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung stehen, ist eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlich. Die naturschutzfachlichen Voraussetzungen zur Gewährung einer Ausnahme liegen vor. Kompensatorische Maßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustandes der Arten müssen nicht ergriffen werden.

6.7 FFH-Gebiete

Das Vorhabengebiet grenzt an die Gebiete gemeinschaftlicher Bedeutung Peeneunterlauf, den Peenestrom, das Achterwasser und das Kleines Haff (DE 2049-302), den Greifswalder Bodden, Teile des Strelasundes und an die Nordspitze Usedom (DE 1747-301) an.

Es war zu prüfen, ob durch das Projekt die o.g. Schutzgebiete in ihren für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen ggf. erheblich oder nachhaltig beeinträchtigt können. Es wurde gem. § 34 Abs.1 BNatSchG in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. 2009 S.2542) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08. Dezember 2022 (BGBl. I Nr. 49 vom 13.12.2022 S. 2240) und gem. § 21 Abs. 6 des Gesetzes des Landes M-V zur Ausführung des BNatSchG (Naturschutzausführungsgesetz – NatSchAG M-V) in der Fassung vom 23. Februar 2010 (GVObI. M-V 2010 S.66) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVObI. M-V Nr. 11 vom 16.07.2018, S. 221) eine Verträglichkeitsvorprüfung durchgeführt.

Erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele der GGB durch das Vorhaben sind nicht zu erwarten. Eine Beeinträchtigung der funktionalen Beziehungen zu anderen Natura-2000-Gebieten ist nicht gegeben. Kumulierende Wirkungen mit anderen Vorhaben, welche zu erheblichen Beeinträchtigungen auf das Schutzgebiet führen können, sind nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu prognostizieren.

Westlich des B-Plangebietes befinden sich die SPA-Gebiete „Peenestrom und Achterwasser“ (DE 1949-401) und „Greifswalder Bodden und südlicher Strelasund“ (DE 1747-402). Südöstlich, in einem Abstand von mehr als 2 km, befindet sich das DE 1848-401 „Waldgebiet bei Karlshagen“

Auf Grund des Eingriffes außerhalb der Schutzgebiete und der indirekten Auswirkungen auf das Umland wurde eine FFH-Voruntersuchung durchgeführt. Dabei wurde geprüft, ob durch die Entwicklung des Ortszentrums Peenemünde erheblich beeinträchtigt werden können.

Erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele der Vogelschutzgebiete durch das Vorhaben sind nicht zu erwarten. Eine Beeinträchtigung der funktionalen Beziehungen zu anderen Natura-2000-Gebieten ist nicht gegeben. Kumulierende Wirkungen mit anderen Vorhaben, welche zu erheblichen Beeinträchtigungen auf das Schutzgebiet führen können, sind nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu prognostizieren.

7 Flächenbilanz

Flächenart	Flächengröße (ha)	Flächengröße (%)
Mischgebiet	0,65	11
Sondergebiete	2,46	41,5
Verkehrsflächen	2,34	39,5
Grünflächen	0,40	6
Restliche Flächen (Versorgungsanlagen etc.)	0,09	2
Gesamt	5,94	100

II Umweltbericht

1. Beschreibung des Planvorhabens

1.1 Aufgabenstellung

Die Gemeinde Peenemünde beabsichtigt, auf der Fläche der ehemaligen Marinedienststelle Peenemünde (südwestlich des Gemeindegebietes), ein neues Ortszentrum zu entwickeln. Im Mittelpunkt der Überplanung soll die Konzipierung eines modernen Ortszentrums stehen. Dieses soll die künftigen Anforderungen an Wohnen, Tourismus mit den Schwerpunkten Kultur, maritime Erholung und touristischer Infrastruktur (z. B. Haus des Gastes, Eingang HTM), Einzelhandel und Dienstleistungen, Gastronomie und dem ruhenden Verkehr beinhalten. Das Planungsziel basiert auf dem FNP und dem REK 2020 der Gemeinde Peenemünde.

Der B-Plan Nr. 12 "Ortszentrum Peenemünde" soll das städtebauliche Entwicklungsziel für die o.g. Flächen sichern.

Der Geltungsbereich des B-Planes umfasst rd. 6 ha und beinhaltet die Flurstücke 7/33, 7/34, 7/36, 7/37, 7/39, 7/116, 21/1, 21/2, 22 und 24/1 der Flur 1, Gemarkung Peenemünde (siehe Anlage 1).

Das Vorhaben stellt für die Gemeinde einen wichtigen Schritt für die Entwicklung des Ortszentrums dar. Der brachliegende Bereich in unmittelbarer Nähe zum HTM wird durch differenzierte Nutzungen aufgewertet. Mit der beabsichtigten Aufstellung des B-Plans wird das Ziel verfolgt, unter der besonderen Beachtung und Erhaltung der angrenzenden städtebaulichen Struktur und der Lage am Hafen, Bauflächen auszuweisen. An diesem Standort wird angestrebt, die Ansiedlung von Kultur- und Bildungsstätten und den erforderlichen infrastrukturellen Einrichtungen für Tourismus und Beherbergungen zu entwickeln. Durch das Vorhaben soll für die Ortslage Peenemünde ein neues Zentrum geschaffen werden. Für die Gestaltung des B-Planbereiches wurden bereits im Vorfeld erste Planungsüberlegungen im Zuge der Erstellung des REK 2020 der Gemeinde Peenemünde vorgeschlagen.

Ausgehend von den städtebaulich genannten Lösungsansätzen bilden folgende wesentliche Planungsziele das Grundgerüst des beabsichtigten B-Plans:

- die Entwicklung eines attraktiven Standortes mit vielfältigen Nutzungen vor allem im Bereich des Tourismus und der Beherbergungen für verschiedene Nutzergruppen
- die Entstehung einer modernen und angemessenen Architektur mit hochwertigen, öffentlichen Freiflächen
- die Schaffung eines zentralen Bereiches für kulturelle Bildung
- die Entwicklung einer Mischnutzung in einem Teilbereich des Plangebietes
- die Anbindung des Gebiets an den Hafen mit Synergieeffekten
- die Einbeziehung des Areals in den Siedlungszusammenhang von Peememünde, um eine Aufwertung der Ortschaft zu erreichen.

Nach § 2 Abs.4 BauGB ist bei der Aufstellung eines Bauleitplanes eine Umweltprüfung durchzuführen (durch die Genehmigungsbehörde). Der Vorhabenträger hat dazu die erforderlichen genehmigungsfähigen Unterlagen (UB) vorzulegen. Im UB sind die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu

bewerten. Die genaueren Inhalte des UB s sowie dessen Gliederung ergeben sich aus der Anlage (zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB) zum BauGB.

Mit den Festlegungen innerhalb des B-Planes werden Eingriff in Natur und Landschaft vorbereitet. Der Eingriffsregelung nach Naturschutzgesetzgebung (NatSchAG M-V §12 in Verbindung mit §§ 13 bis 18 BNatSchG) ist Rechnung zu tragen. Diese wird in den Umweltbericht integriert.

Im Rahmen der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung ist zunächst der Bestand von Natur und Landschaft hinsichtlich der ökologischen Funktionen aktuell zu erfassen und zu bewerten.

Danach erfolgt eine Konfliktanalyse der zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft. Die möglichen Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen werden aufgeführt. Ggf. vorhandene Vorbelastungen werden hier berücksichtigt. Der UB berücksichtigt zudem die Festlegungen zur Grünordnung. Nach der Ermittlung des bauleitplanerisch vorbereiteten Kompensationsumfanges erfolgt die Darstellung der erforderlichen landschaftspflegerischen Gestaltungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

1.2 Angaben zum Standort

Das Planungsgebiet befindet sich im LK Vorpommern-Greifswald im Norden der Insel Usedom in der Gemeinde Peenemünde.

Die Gemeinde Peenemünde verfügt seit April 2005 über einen wirksamen FNP. Das B-Plangebiet wurde im FNP als Sondergebiet „Hotel, Gastronomie, touristische Entwicklung“ dargestellt.

Struktur und Nutzung

Der Planungsraum umfasst brachliegende Flächen, auf denen ehemals Hallen und andere Gebäude standen. Die Erschließung erfolgt über die Museumsstraße und die Straße „Zum Hafen“. Es finden sich außerdem meist mit Betonplatten befestigte Wirtschaftswege.

Das gesamte Gebiet weist noch starke anthropogene Prägungen auf, die sich sowohl durch Bebauung und Versiegelung als auch in den Bodenstrukturen durch starke Umlagerungen, Ablagerungen, Verdichtungen und ähnliche Belastungen zeigen. Gehölzbestand ist kaum vorhanden.

Die angrenzenden Flächen werden einerseits durch Siedlungswesen und Infrastruktur geprägt, andererseits schließt sich in geringer Entfernung das Hafenbecken an. Nördlich des Plangebietes befindet sich das HTM Peenemünde.

Vegetation

In den ehemals baulich genutzten Bereichen setzt sich die Vegetation weitgehend aus ruderalen Arten zusammen.

Südlich des Gebietes grenzen lineare Gehölzbestände an. Die brach liegenden Grünflächen weisen ruderalisierte Rasenflächen auf.

Der floristische Bestand setzt sich weitgehend aus Arten der Brachflächen der Siedlungsbereiche zusammen. Das bedeutet, dass sich ruderale Staudenfluren entwickelt haben. Es kommen keine geschützten oder wertvollen Arten vor.

1.3 Art und Umfang des Vorhabens, Angaben zum Bedarf an Grund und Boden sowie Festsetzungen des Bebauungsplanes

1.3.1 Art und Umfang des Vorhabens

Auf der benannten Fläche werden Sonderbaugebietsflächen und ein Mischgebiet ausgewiesen. In diesen Gebieten sollen u.a. Gebäude und Stellplätze errichtet werden. Die Zwischenbereiche werden als Freiflächen gestaltet. Südlich wird eine Grünfläche entwickelt. Die Erschließung erfolgt über die Straße „Zum Hafen“ sowie über die „Museumsstraße“ sowie innere Erschließungswege.

Angaben zum Bedarf an Grund und Boden

Der Geltungsbereich des B-Planes umfasst insgesamt ca. 6 ha. Die Bebauung erfolgt weitgehend auf ehemals versiegelten Flächen. Auch die vorhandene innere Erschließung mit vorhandenen Straßen- und Wegeflächen wird berücksichtigt, so dass die zusätzliche Versiegelung reduziert wird.

1.3.2 Festsetzungen des Bebauungsplanes

Der B-Plan regelt die bauliche und sonstige Nutzung der Flächen im Geltungsbereich und dient der Planungssicherheit.

Art der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs.1 Nr. 1 BauGB)

Die Art der baulichen Nutzung ist dem B-Plan zu entnehmen, wobei die Nutzungsart überwiegend als Sondergebiet für Hotel, Gaststätten und touristische Entwicklung erfolgt. Die GRZ, die Geschossigkeit und die Bauweise ergänzen diese Festsetzungen. Die Art der Nutzung entspricht den zulässigen Nutzungen, die der Erholung, der Wissenschaft, der Forschung und der Fremdenbeherbergung dienen. Die Unterbringung des ruhenden Verkehrs wird als öffentliche Verkehrsfläche mit Zweckbestimmung „öffentlicher Parkplatz/Parkdeck“ festgesetzt.

Mischgebiet

Zur Schaffung von Nutzungsmischung von Wohnen, Gewerbe- und Dienstleistungen wird ein Mischgebiet (MI 1) ausgewiesen. Hier werden Gartenbaubetriebe, Tankstellen Vergnügungsstätten, Einzelhandelseinrichtungen und Lebensmitteldiscounter ausgeschlossen, um das Nutzungsgefüge in diesem Teilbereich nicht zu stören. Andere Nutzungen in Form von Geschäfts- und Büroeinrichtungen, Schank- und Speisewirtschaften oder auch Beherbergungsbetriebe i.V.m. Wohnen sind zulässig. Kleinere Anlagen für Verwaltung, kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche oder sportliche Zweckbauten sind zulässig.

Das MI 2 wird gem. § 6 Abs.1 BauGB mit der Zweckbestimmung „Wohnungen für Auszubildende und Personal/Mischgebiet“ zugelassen. Es soll gem. § 9 Abs.1 Nr. 8 für die Bereitstellung von Wohngebäuden dienen, die für Personen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind. Bei dem benannten Personenkreis handelt es sich um Auszubildende und das Personal, das im örtlichen Beherbergungsgewerbe tätig ist. Ein besonderer Wohnbedarf ergibt sich daraus, dass zum einen für die Personengruppe „Auszubildende“ ökonomische Restriktionen gegeben sind, zum anderen sind für beide Personengruppen entsprechende Wohnangebote in Bezug auf die Wohnungsgröße und die Aufteilung der Räume erforderlich. Es sollen daher entsprechende Wohnangebote geschaffen werden. Die Wohnungsgröße soll durchschnittlich bei rund 30-40m² je WE mit 2-geschossiger Bebauung liegen.

Weiterhin soll im MI 2 auch die Schaffung von Gewerbebetrieben, die das Wohnen nicht wesentlich stören, möglich sein.

Entsprechend der Zweckbestimmungen sind daher gem. § 6 Abs. 2 BauGB (für den benannten Personenkreis) Geschäfts- und Bürogebäude und Einzelhandelsbetriebe (bis zu einer Größe von 500m² Gesamtverkaufsfläche) zulässig. Diese Nutzungen unterstützen den Nutzungszweck „Wohnungen für Auszubildende und Personal“ und lassen außerdem noch Spielraum für die eventuelle Ansiedlung von Einzelhandel zu. Nebengebäude als ergänzende Anlagen werden hier zugelassen.

Entsprechend sollen insgesamt, zusammen mit dem benachbarten Mischgebiet, bis zu 50 WE, entstehen.

Sondergebiete

Die Baubereiche werden als Sonstige Sondergebiete gem. § 11 BauNVO mit überbaubaren Baufeldern in SO 1 bis SO 4 festgesetzt. Diese sollen ausschließlich dem zentralen Ort mit Nähe zum Hafen dienen, da sich in Peenemünde kein erlebbares Zentrum befindet.

Das Sondergebiet 1 (SO 1) mit der Zweckbestimmung „Bildung, Kultur, Freizeit und Sport“ dient zur Schaffung eines Teilgebietes Bildung, Kultur, Freizeit und Sport. Gebäude und Anlagen für kulturelle, Bildungs-, sportliche und freizeitleiche Zwecke sind hier zulässig. Hier sind Gebäude und Anlagen zur Durchführung von Ausstellungen, Kongressen und Veranstaltungen, die im Zusammenhang oder in Ergänzung zum Betrieb des HTM und der Phänomenta stehen, zugelassen. Einrichtungen, wie Geschäfts-, Büro- sowie Verwaltungs- und Schulungsräume, einschließlich der erforderlichen Nebenanlagen, sind hier weiterhin zulässig. Unzulässig sind Einzelhandelsbetriebe sowie Vergnügungsstätten. Ausnahmsweise zulässig sind Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, um diesem eingeschränkten Kreis an Personal die Möglichkeit zu bieten, in unmittelbarer Nähe zum Betrieb zu wohnen.

Für eine temporäre Nutzung gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 1 BauGB soll das Gebiet zur Erforschung und Entwicklung von Projekten sowie zur Errichtung der Kleingewerbe und Freizeitgestaltung beansprucht werden. Die Zeit der Nutzung soll vorerst auf 4 Jahre beschränkt werden. Die Schaffung von Räumen darf durch die Aufstellung von modularen Baukörpern (z.B. Containern oder Holz- und Stahlelementen) realisiert werden, um eine leichte Bauweise mit wenig Bauaufwand zu ermöglichen. Büroräume dürfen bis zu jeweils 20 m²/GR errichtet werden. Ausnahmsweise können Konferenz- und Veranstaltungsräume von bis zu 200 m² in modularer Bauweise aufgestellt werden. Sanitäranlagen und Nebengebäude, die der Nutzung dienen, sind zulässig.

Die sonstigen Sondergebiete 2 und 3 (SO 2 und 3) werden als sonstige Sondergebiete mit den Zweckbestimmungen „Gebiete für die Fremdenbeherbergung/Ladengebiet“ festgesetzt. Für die touristische Nutzung sollen in den SO 2 und 3 teilweise Fremdenbeherbergungsunterkünfte (Hotels, Hostels, Pensionen und Appartements) angeboten werden. Hierzu sollen Freizeit- und Sporteinrichtungen, Läden, die der unmittelbaren Versorgung sowie Besuchern des Gebietes dienen, errichtet werden. Daher sind Anlagen für soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke hier zulässig. Um die Attraktivität und die Versorgung des Plangebietes bzw. des zentralen Ortes zu erhöhen, wird eine Verkaufsfläche für den Einzelhandel mit insgesamt bis zu 500 m² vorgeschlagen. Kleine Einzelhandelsbetriebe (max. 500 m² Verkaufsfläche), die der unmittelbaren Versorgung sowie Besuchern des Gebietes dienen, sind daher grundsätzlich zulässig. Weitere Einrichtungen für die Schank- und Speisewirtschaft sind ebenfalls zulässig. Ferienhäuser sind nicht zulässig.

Das SO 4 wird gem. § 11 Abs. 2 S.1 als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Gebiete für die Fremdenbeherbergung/Ladengebiet“ festgesetzt. Die gastronomischen Einrichtungen können daher im SO 4 untergebracht werden, daher sind Schank- und Speisewirtschaften in diesen Gebieten zulässig. Im SO 4 sind Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gastronomiegewerbe zugeordnet und diesem gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind, zulässig.

Kleine Einzelhandelsbetriebe (max. 500 m² Verkaufsfläche), die der unmittelbaren Versorgung sowie Besuchern des Gebietes dienen, sind grundsätzlich zulässig. Hotels, Pensionen und Hostels sind im SO 4 als Gebiete für die Fremdenbeherbergung gem. §11 Abs.2 S.1 allgemein zulässig. Ferienhäuser sind nicht zulässig.

Maß der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs.1 Nr. 1 BauGB)

Die Zahl der Vollgeschosse ist aufgrund der bereits vorhandenen Baulichkeiten und der Anforderungen an die geplanten Neubauten und unter Berücksichtigung der Denkmallandschaft festgesetzt. Für die Sondergebiete wird eine 2- bis 3-geschossige Bebaubarkeit festgelegt.

Mit der Festlegung der Traufhöhen (TH) soll eine angemessene GH erreicht werden. Als Höhenbezugspunkt gilt die mittlere Höhe der Oberkante der öffentlichen Verkehrsfläche (Fahrbahnmitte), an die das Grundstück grenzt.

In Anlehnung an die alten Baustrukturen soll durch die im B-Plan festgesetzte GRZ wenig Fläche versiegelt werden. Das führt zu einer aufgelockerten Bebauung und Gestaltung bzw. zum Schutz des Landschaftsbildes.

Bauweise (gem. § 9 Abs.1 Nr. 2 BauGB i.V.m. §§ 22 und 23 BauNVO)

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. §§ 22 und 23 BauNVO ist bis auf das SO 1 eine offene Bauweise und sind Baugrenzen in Anlehnung an die mögliche Bebauung festgesetzt.

Die abweichende Bauweise erlaubt Gebäudelängen über die 50 m Grenze der offenen Bauweise hinaus und ist mit seitlichem Grenzabstand zu errichten. Mit der Ausweisung der Baulinie soll die Erhaltung einer straßenbegleitenden Bebauung unterstützt werden. Die Gebäudekanten sind an dieser Bauflucht auszurichten.

Durch örtliche Bauvorschriften wird eine gestalterische Ausprägung der Bebauung angestrebt. Als Dachformen sind Satteldächer und Flachdächer sowie Pultdächer in einer Dachneigung zwischen 0° und 30° festgesetzt.

Grünflächen, Pflanzungen, Nutzungsregelungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft, Anpflanzungs- und Erhaltungsgebote (§ 9 Abs. 1 Nr.15, Nr. 20, Nr. 25 und Abs. 6 BauGB i.V. mit § 13 BNatSchG)

1. Ausweisung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

2. Fachziele des Umweltschutzes

Die Ziele und Grundsätze der Raumordnung und Landesplanung werden im Landesraumentwicklungsprogramm (LEP) (MABL M-V 2005) und im Regionalen Raumentwicklungsprogramm der Region Vorpommern (RREP 2010; REGIONALER PLANUNGSVERBAND VORPOMMERN) festgelegt. Als übergeordnete naturschutzfachliche Planungen liegen das Erste Gutachtliche Landschaftsprogramm Mecklenburg-Vorpommern (GLP) (Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern, 2003) und der Gutachtliche Landschaftsrahmenplan für die Region Vorpommern (GLRP) (LUNG 2009) vor.

In den Karten des **LEP** werden für das Plangebiet folgende Ausweisungen hinsichtlich vorrangiger oder besonderer Bedeutungen getroffen:

Der Planbereich liegt in einem großräumigen „Tourismuseentwicklungsraum“.

Das **RREP** ordnet das Plangebiet einem Bereich als Tourismuseentwicklungsraum zu. Gleichzeitig liegt das Gebiet in einem Vorbehaltsgebiet Küstenschutz.

Dem **GLP** sind folgende relevante Aussagen für den Bereich des Untersuchungsraumes zu entnehmen:

Der Planbereich liegt in einem Raum mit aktuell starker Inanspruchnahme von Natur- und Landschaft durch die Erholungsnutzungen.

Für den Planbereich werden keine Aussagen zu Maßnahmen und Erfordernissen gemacht.

Schutzgebiete

Im Vorhabengebiet liegen keine internationalen Schutzgebiete. Südlich des Hafengebietes liegen jedoch folgende Natura 2000 Gebiete in unmittelbarer Nähe zum Vorhabensbereich (Entfernung ca. 50-150 m):

- Peeneunterlauf, Peenestrom, Achterwasser und Kleines Haff (DE 2049-302), GEG-Gebiet
- Greifswalder Bodden, Teile des Strelasundes und Nordspitze Usedom (DE 1747-301), GEG-Gebiet.
- Europäisches Vogelschutzgebiet, Peenestrom und Achterwasser (DE 1949-401), SPA-Gebiet

Gemäß Vogelschutzgebietslandesverordnung M-V sind überwiegend Seevögel maßgebliche Bestandteile des Schutzgebietes. In weiterer Entfernung befinden sich die SPA-Gebiete DE 1747-402 „Greifswalder Bodden und südlicher Strelasund“ und DE 1848-401 „Waldgebiet bei Karlshagen“.

Zur Prüfung der Auswirkungen auf die NATURA 2000-Gebiete wurden Verträglichkeitsvorprüfungen vorgenommen. Dazu wurden gesonderte Unterlagen erstellt. Die Ergebnisse der Verträglichkeitsvorprüfungen werden in den UB integriert.

Das B-Plangebiet liegt im Naturpark Insel Usedom. Außerhalb der Ortslage Peenemünde befindet sich das Landschaftsschutzgebiet (LSG) Insel Usedom mit Festlandgürtel.

Es ist davon auszugehen, dass durch die Festlegungen des B-Planes Eingriffe in Natur und Landschaft vorbereitet werden. Der Verursacher des Eingriffs ist gem. § 15 BNatSchG verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes zu unterlassen sowie unvermeidbare Eingriffe durch Kompensationsmaßnahmen zu kompensieren.

3. Bestandsbewertung, Wirkungsprognose, Umweltrelevante Maßnahmen und Monitoring

Im Folgenden wird der Bestand, d.h. die natürliche sowie anthropogene Ausstattung der Flächen innerhalb des B-Plangebietes und des Wirkraumes, betrachtet und bewertet.

3.1 Tiere und Pflanzen sowie biologische Vielfalt (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)

3.1.1 Bestand und Bewertung

Naturräumliche Gliederung

Der Untersuchungsraum befindet sich in der Landschaftszone „Ostseeküstenland“. Innerhalb dieser Landschaftszone ist es der Großlandschaft "Usedomer Hügel- und Boddenland" zuzuordnen.

Potentiell natürliche Vegetation

Die heutige potentielle natürliche Vegetation ist die denkbare Vegetation, die unter den heutigen Standortverhältnissen ohne menschliche Eingriffe als höchstentwickelte Pflanzengesellschaft anzutreffen wäre.

Für den B-Planbereich würde sich die potentielle Vegetation je nach Standort zu vegetationsfreien Küstenbereichen, Flattergras-Buchenwald einschließlich der

Ausprägungen als Hainrispengras-Buchenwald und Waldschwingel-Buchenwald oder Traubenkirschen-Erlen-Eschenwald auf nassen organischen Standorten entwickeln.

Biotoptypen:

Zur Beurteilung der vorhandenen Biotoptypen erfolgte eine Biotoptypenkartierung.

Die Beschreibung der Biotoptypen erfolgte nach der Anleitung für die Kartierung von Biotoptypen und FFH-Lebensraumtypen in Mecklenburg-Vorpommern (Schriftenreihe des LUNG 2010/Heft 2).

Folgende Biotoptypen sind innerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes vorhanden:

Code	Biotoptyp	Wertstufe
2.7.1 BBA	Älterer Einzelbaum	3
2.7.2 BBJ	Jüngerer Einzelbaum	1
2.6.6 BRN	Nicht verkehrsbegleitende Baumreihe	3
13.2.1 PHX	Siedlungsgebüsch aus heimischen Gehölzarten	1
13.2.3 PHZ	Siedlungshecke aus heimischen Gehölzarten	1
13.3.2 PER	Artenarmer Zierrasen	1
13.3.3 PEB	Beet / Rabatte	0
13.3.4 PEU	Nicht- oder teilversiegelte Freifläche, teilweise mit Spontanvegetation	1
14.7.2 OVF	Versiegelter Rad- und Fußweg	0
14.7.3 OVU	Wirtschaftsweg, nicht oder teilversiegelt	0
14.7.5 OVL	Straße	0
14.7.8 OVP	Parkplatz, versiegelte Fläche	0
14.10.5 OSS	Sonstige Ver- und Entsorgungsanlage	0
14.11.3 OBV	Brache der Verkehrs- und Industrieflächen (ehemalige Militärflächen)	0

* Weitere Reduzierung der Wertstufe von 0,5 auf 0 in Abstimmung mit Frau Schreiber, UNB (regulär Wertstufe 1)

Fauna

Aus dem Kartenportal des LUNG wird für den betrachteten Rasterbereich ein positiver Nachweis des Fischotters ausgewiesen.

Weiterhin wurden im Gebiet 2 Brutplätze des Kranichs (2008-2016) sowie zwei Horste des Seeadlers (207-2014; 2015 nicht besetzt) aufgezeichnet. Hinsichtlich des Seeadlers ist lt. Aussage der UNB davon auszugehen, dass in dem Quadranten aktuell (2022) ebenfalls Seeadlerbrutplätze besetzt sind.

Als aus faunistischer Sicht hochwertig angesehen sind vor allem die nahen Küstengewässer, welche mit einem hohen Arten- und Lebensraumpotential ausgewiesen werden. Dies wird auch durch die Ausweisungen der Natura 2000 Gebiete im Bereich der Wasserflächen des nahegelegenen Peenestroms bestätigt. Es handelt sich dabei um das FFH-Gebiet DE 2049-302 „Peeneunterlauf, Peenestrom, Achterwasser und Kleines Haff“ sowie das EU-Vogelschutzgebiet DE 1949-401 „Peenestrom und Achterwasser“, deren Geltungsbereiche bis ca. 150 m an den Vorhabenbereich heranreichen.

Gemäß der Ausweisung der landesweiten Analyse und Bewertung der Lebensraumpotentiale des Kartenportals des LUNG werden auch die Wasserflächen des Hafenbeckens als Gewässerrastgebiete der Stufe 3 ausgewiesen. Die Ausweisung beschreibt stark frequentierte Nahrungs- und Rastgebiete in Rastgebieten der Klasse B (hier in der Regel mit den Schlafplätzen verbunden) und wird mit hoch bis sehr hoch bewertet. Diese Bewertung ergibt sich auch aus der Bewertung der relativen Dichte des Vogelzuges im Bereich des Mündungsbereiches des Peenestroms. Diese wird mit der Zone A (hohe bis sehr hohe Dichte) ausgewiesen. Gemäß dem GLRP wird die Bedeutung der Gewässerbereiche als Lebensraum auch durch die Zielstellung der Sicherung der

Lebensraumqualität der Küstengewässer in Hinblick auf die vorhandenen Schutzgebiete verdeutlicht, was auch den Bereich des Hafenbeckens Peenemünde betrifft.

Schutzgegenstand und Schutzziele dieser EU-Schutzgebiete sind beim FFH-Gebiet die Lebensräume des Anhangs 1 und die Arten des Anhangs II der FFH-RL, beim EU-Vogelschutzgebiet gemäß der VSchRL die Vogelarten des Anhangs 1 und die Zugvögel nach Art. 4 Abs. 2. Im Zuge der Vorprüfung der Auswirkungen auf diese NATURA 2000-Gebiete (FFH-VVP) erfolgte über den Geltungsbereich des B-Planes hinaus eine Betrachtung der durch den B-Plan bauplanungsrechtlich vorbereiteten Auswirkungen auf Fauna des Betrachtungsbereiches. Die Ergebnisse der Verträglichkeitsvorprüfungen wurden in den UB integriert.

spezielle artenschutzrechtliche Prüfung

Für die Betrachtung der faunistischen Belange innerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes wurde eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) durchgeführt.

Bei Baumaßnahmen im Zuge der Umsetzung des B-Plans sowie durch die baulichen Anlagen selbst bzw. deren Nutzung besteht grundsätzlich die Möglichkeit, dass gesetzlich geschützte Tier- und Pflanzenarten direkt oder indirekt beeinträchtigt werden. Ein B-Plan verliert seine Planrechtfertigung, wenn seiner Umsetzung dauerhaft zwingende Vollzugshindernisse, die sich aus den artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 BNatSchG ergeben können, entgegenstehen. Daher ist zu untersuchen, ob sich aus der Aufstellung des B-Plans artenschutzrechtliche Konflikte nach § 44 BNatSchG ergeben können.

Ergebnisse der artenschutzrechtlichen Prüfung

Die artenschutzrechtliche Untersuchung hat zum Ziel, Konfliktpunkte zwischen dem Planvorhaben und dem gesetzlichen Artenschutz zu ermitteln und darzustellen, welche geeignet sind, artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG auszulösen. Zur Bewältigung dieser Aufgabe wurde für das Vorhaben B-Plan Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erstellt. Darin wurde geprüft, ob durch das Vorhaben Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verletzt werden.

Dem gesetzlichen Artenschutz unterliegen die Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie sowie alle in Europa heimischen Vogelarten. Die für die Planung geltenden artenschutzrechtlichen Verbote betreffen den Individuenschutz, den Schutz der Populationen vor erheblichen Störungen sowie den Schutz von Fortpflanzungs- und Ruhestätten bzw. Pflanzenstandorten. Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag soll

- durch das Vorhaben verletzte artenschutzrechtliche Verbote (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG) und
- die davon betroffenen Arten aufzeigen,
- zur Verhinderung von Verbotstatbeständen Vermeidungsmaßnahmen oder
- vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festlegen und gegebenenfalls
- Möglichkeiten einer Ausnahme (§ 45 Abs. 7 BNatSchG) von den Verboten erörtern.

Als Grundlage der Relevanzprüfung wurde eine Erfassung von Brutvögeln und Reptilien 2015 durchgeführt; die Erfassung der Reptilien läuft verfahrensbegleitend noch bis Anfang September. Die Bewertung der übrigen Artengruppen erfolgte über eine Potentialanalyse anhand der Lebensraumeignung. Im Rahmen der Relevanzprüfung wurde ermittelt, für welche Arten vorhabensbedingte Wirkungen nicht ausgeschlossen werden können. Die relevanten Arten wurden einer eingehenden Konfliktanalyse in Form eines Artenblattes unterzogen.

Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag kommt zu dem Ergebnis, dass mit Ausnahme von Brutvögeln keine Betroffenheiten vorliegen.

Da mit der Überplanung des Gebietes ganze Reviere von Brutvögeln des Offen- und Halboffenlandes verloren gehen und keine Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung stehen, ist eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlich.

Die naturschutzfachlichen Voraussetzungen zur Gewährung einer Ausnahme liegen vor. Kompensatorische Maßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustandes der Arten müssen nicht ergriffen werden.

Die aus der landschaftspflegerischen Begleitplanung bestimmten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen werden dabei als Bestandteil des Vorhabens betrachtet.

Im Vorhabengebiet liegen keine internationalen Schutzgebiete. Südlich des Hafengebietes liegen jedoch folgende Natura 2000 Gebiete in unmittelbarer Nähe zum Vorhabensbereich (Entfernung ca. 50-150 m):

- Peeneunterlauf, Peenestrom, Achterwasser und Kleines Haff (DE 2049-302), FFH-Gebiet
- Greifswalder Bodden, Teile des Strelasundes und Nordspitze Usedom (DE 1747-301).
- Europäisches Vogelschutzgebiet, Peenestrom und Achterwasser (DE 1949-401), SPA-Gebiet
- Europäisches Vogelschutzgebiet „Greifswalder Bodden und südlicher Strelasund“ (DE 1747-402)
Gemäß Vogelschutzgebietslandesverordnung MV sind überwiegend Seevögel maßgebliche Bestandteile der SPA-Gebiete.

Ergebnisse der FFH-Verträglichkeitsvorprüfung

Für das Vorhaben der Entwicklung eines neuen Ortszentrums in Peenemünde wurde die Möglichkeit erheblicher Beeinträchtigungen auf die GGB DE 1747-301 „Greifswalder Bodden, Teile des Strelasundes und Nordspitze Usedom“ und DE 2049-302 „Peeneunterlauf, Peenestrom, Achterwasser und Kleines Haff“ sowie die EU-Vogelschutzgebiete DE 1747-402 „Greifswalder Bodden und südlicher Strelasund“ und DE 1949-401 „Peenestrom und Achterwasser“ sowie DE geprüft.

Durch das Vorhaben kommt es vor allem zu betriebsbedingten Beeinträchtigungen vor allem für die im Bereich des Peenestroms gelegenen Flächen der Schutzgebiete. Die Beeinträchtigungen ergeben sich einerseits durch die optische Störung durch Bewegung von Baumaschinen, Verkehr und Personen, andererseits durch die Lärmemission durch Verkehr und Menschen (insbesondere durch touristische Nutzung). Erhebliche Beeinträchtigungen auf das Schutzgebiet sind jedoch aufgrund der gegebenen Vorbelastung sowie der Abschirmungswirkung von Gehölzen und Bebauung nicht zu erwarten. Weiterhin konzentrieren sich die betriebsbedingten Störungen durch den saisonalen Tourismus weitestgehend auf die Sommermonate.

Anlagebedingte Beeinträchtigungen durch das Vorhaben sind ebenfalls nicht zu erwarten. Für die gebietsrelevanten Tierarten bzw. hinsichtlich der für diese relevanten Lebensraumelemente ergeben sich keine schutzgebietsrelevanten anlagebedingten Auswirkungen, so dass im Hinblick auf die Schutz- und Erhaltungsziele der Natura 2000-Gebiete keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten sind.

Bezogen auf die Größe der betroffenen Schutzgebietsflächen sowie den potentiellen Wirkungsbereich des Vorhabens besitzen die Vorhabenswirkungen nur eine geringe räumliche Ausdehnung. Zudem ist davon auszugehen, dass sich die vorhandenen Nutzungsverhältnisse nach Umsetzung des Vorhabens nicht grundsätzlich verändern werden. Im Vergleich zu den vorhandenen Vorbelastungen bewirken die durch das Ortszentrum initiierten Vorhabenswirkungen nur eine unwesentliche Veränderung für die Schutzgebiete.

Erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele der GGB und Vogelschutzgebiete durch das Vorhaben sind somit nicht zu erwarten. Eine Beeinträchtigung der funktionalen Beziehungen zu anderen Natura-2000-Gebieten ist nicht gegeben. Kumulierende Wirkungen mit anderen Vorhaben, welche zu erheblichen Beeinträchtigungen auf das Schutzgebiet führen können, sind nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu prognostizieren.

Da eine erhebliche Beeinträchtigung der gebietsspezifischen Tierarten und der für diese erforderlichen Lebensraumelemente sowie der Erhaltungs- und Entwicklungsziele des

Vogelschutzgebietes ausgeschlossen sind, ist die Durchführung einer FFH-Verträglichkeitsprüfung nicht erforderlich.

3.1.2 Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)

Bei der Entwicklung des Gebietes ohne das Vorhaben kann die Sukzession und der Gehölzaufwuchs zunehmen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass aufgrund der Nähe der stark frequentierten Bereiche des Hafens eine regelmäßige Pflege und Müll-Beräumung der Flächen erfolgen wird.

Flora

Bei Nichtdurchführung der Planung bleibt die vorhandene Biotopausstattung grundsätzlich bestehen. Durch eine zunehmende Entwicklung einer Strauchzone wird sich die Krautzone reduzieren.

Fauna

Bei Nichtdurchführung der Planung würde es zunächst zu keiner wesentlichen Änderung der Artenzusammensetzung kommen. Ggf. wird sich mit der Zeit die floristische Struktur der Artenzusammensetzung in Richtung Gehölz-Besiedlung ändern, was sich auch auf den faunistischen Artenbestand auswirken würde. Eine faunistische Aufwertung der Flächen als Lebensraum erscheint jedoch unwahrscheinlich.

3.1.3 Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)

Biotope

Mit den Festlegungen innerhalb des B-Planes werden Eingriffe in Natur und Landschaft i.S.d. § 12 NatSchAG vorbereitet. Nach § 13 BNatSchG ist der Verursacher des Eingriffs dazu verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. In Hinblick dessen werden folgend die möglichen Beeinträchtigungen aufgeführt, welche durch das Vorhaben bewirkt werden können. Die erforderlichen Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen werden im Kapitel 3.1.4 dargelegt.

Durch das Vorhaben kann es baubedingt zur vorübergehenden Beeinträchtigung von Biotopen aufgrund von Lärm und optischen Störreizen sowie Schadstoffeinträgen kommen. Weiterhin führen Material- und Lagerflächen zum Funktionsverlust von Biotopen. Die Versiegelung von Flächen führt zum dauerhaften Verlust von Biotopen. Durch die Inanspruchnahme ohne Versiegelung kommt es zu einem dauerhaften Funktionsverlust der betroffenen Biotope. Betriebsbedingt ist mit der mittelbaren Beeinträchtigung angrenzender Biotope infolge von Lärm, optischen Störreizen sowie Nähr- und Schadstoffeinträgen zu rechnen.

Nach § 13 BNatSchG hat der Eingriffsverursacher alle unvermeidbaren Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Ausgleichsmaßnahmen) so auszugleichen, dass keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen zurückbleiben. Ist dies nicht möglich, sind die beeinträchtigten Strukturen, Funktionen und Prozesse von Natur und Landschaft möglichst gleichwertig oder ähnlich zu ersetzen (Ersatzmaßnahmen).

Im Folgenden werden die durch das Vorhaben bewirkten Beeinträchtigungen konkret ermittelt und eine Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung vorgenommen. Im Ergebnis werden in Kapitel 3.1.4 die erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen beschrieben.

Die Bewertung wurde mit Hilfe der „Hinweise zur Eingriffsregelung Mecklenburg-Vorpommern“ (LUNG 1999) durchgeführt. Dabei wurden als Kriterien die Regenerationsfähigkeit, die Gefährdung/Seltenheit sowie die typische Artenausstattung herangezogen.

Bei den vom Vorhaben betroffenen und somit zu bewertenden Biotopen gem. Kap. 3.1.1 handelt es sich hauptsächlich um anthropogen geschaffene und beeinträchtigte Biotope, deren Regenerationszeiten unter 25 Jahren liegen, deren Gefährdung/Seltenheit als nicht gefährdet zu bewerten ist und deren typische Artenausstattung Anteile bis max. 50 % aufweisen. Demnach besitzen die vorhandenen und von der Maßnahme direkt betroffenen Biotope eine geringe Naturschutzfachliche Bedeutung (vgl. Kap. 3.1.1).

Bestimmung des Kompensationserfordernisses aufgrund betroffener Biotoptypen

Für die Bilanzierung werden die Konfliktflächen aufgeführt, die durch das Planvorhaben durch Versiegelung oder durch Inanspruchnahme ohne Versiegelung überplant werden. Flächen, die durch Vorhaben nicht verändert werden fließen nicht in die Bilanzierung ein. Jedem vom Eingriff betroffenen Biotop wurde ein Kompensationserfordernis zugeordnet, welches dazu dient, die betroffenen Werte und Funktionen des Naturhaushalts wieder herzustellen.

Für die verbleibenden angrenzenden Biotope sind keine erheblichen Beeinträchtigungen durch die Änderung zu erwarten. Da keine Wirkzonen außerhalb des B-Plans entstehen, entfällt die Bilanzierung der Biotopbeeinträchtigung durch mittelbare Eingriffswirkungen.

Bei der Bilanzierung der Flächen wird gemäß den Festlegungen des B-Planes von der maximal möglichen potentiellen Gesamtversiegelungsfläche ausgegangen.

KV Verlust von Biotopstrukturen durch Versiegelung

Vor dem Abriss der Gebäude und bestehender Verkehrsflächen des Marinestützpunktes im Jahre 2012 war auf dem Gelände eine Gesamtfläche von rund 24.200 m² versiegelt. Seitdem hat sich auf dieser Fläche eine natürliche Vegetation eingestellt, die flächenanteilig hauptsächlich dem Biotop der „Brache der Verkehrs- und Industrieflächen“ zugehört.

Mit der neuen Planung für das Ortszentrum Peenemünde soll eine Gesamtfläche von rund 28.500m² versiegelt werden. Davon liegen rund 17.500m² innerhalb der Baugrenzen. Außerhalb dieser werden außerdem rund 5.000m² mit Grünanlagen versehen. Bei der Berechnung des Kompensationserfordernisses werden ausschließlich die auch schon vor dem Abriss unversiegelten Flächen betrachtet, d.h. die ehemals versiegelten Flächen abgezogen.

Durch die Neu-Errichtung von Gebäuden und Stellplätzen sowie von Verkehrsflächen kommt es zu einem Verlust sämtlicher ökologischer Funktionen der dort vorhandenen Biotope. Die Biotope besitzen jedoch aufgrund der vor dem Abriss stark anthropogen beeinflussten und genutzten Flächen und des kurzen Entwicklungszeitraumes eine geringe Wertigkeit.

Die maximal mögliche Versiegelung im Bereich der vorgesehenen Baugebietsflächen umfasst den Anteil der Grundfläche, der durch die Grundflächenzahl vorgegeben ist:

- SO 1 mit 0,5
- SO 2 mit 0,5
- SO 3 mit 0,4
- SO 4 mit 0,4
- MI 1 mit 0,4
- MI 2 mit 0,4

Es sind folgende Biotope betroffen:

Biotoptyp	Flächenverbrauch (m ²)	Wertstufe	Kompensationserfordernis + Zuschlag Versiegelung x Korrekturfaktor Freiraumbeeinträchtigungsgrad x Wirkungsfaktor	Flächenäquivalent für Kompensation (m ²)
13.2.1 PHX Siedlungsgebüsch aus heimischen Gehölzarten	142	1	$(1+0,5) \times 0,75 \times 1$	160
13.2.3 PHZ Siedlungshecke aus heimischen Gehölzarten	870	1	$(1+0,5) \times 0,75 \times 1$	979
13.3.2 PER Artenarmer Zierrasen	823	1	$(1+0,5) \times 0,75 \times 1$	926
13.3.3 PEB Beet / Rabatte Nicht- oder teilversiegelte Freifläche, t.w. mit Spontanvegetation	162	0	$(0+0,5) \times 0,75 \times 1$:
14.7.3 OVU Wirtschaftsweg, nicht oder teilversiegelt	341	0	$(0+0,5) \times 0,75 \times 1$	128
14.11.3 OBV Brache der Verkehrs- und Industrieflächen außerhalb Baufeld	5.492	0	$(0+0,5) \times 0,75 \times 1$	2.060
14.11.3 OBV Brache der Verkehrs- und Industrieflächen innerhalb Baufeld (60%)	4.504	0	$(0+0,5) \times 0,75 \times 1$	1.689
Gesamt:			Gesamt:	6.003

Erläuterung zum Kompensationserfordernis:

Das Kompensationserfordernis wird mit dem Mindestsatz angesetzt, da keine Höherwertigkeit der Biotoptypen vorliegt. Der Zuschlag der Versiegelung mit 0,5 ergibt sich aus der geplanten Flächenbefestigung. Der Anteil der Flächenbefestigung der ausgewiesenen Baufelder ergibt sich aus der GFZ und liegt bei 0,4 bis 0,5. Überschreitungen der GRZ sind nicht zugelassen. Der Korrekturfaktor Freiraumbeeinträchtigungsgrad wird mit 0,75 angesetzt, da es sich um einen Bereich handelt dessen vorhandenen Vorbelastungen im Durchschnitt < 50 m entfernt sind.

Die Wertigkeit für das Biotop Brache der Verkehrs- und Industrieflächen wird mit 0 angesetzt da das Gebiet durch die ehemalige Nutzung als Marinestützpunkt anthropogen stark vorbelastet ist und große Flächen des Biotops vor dem Abriss der Gebäude und Straßen im Jahre 2012 versiegelt waren (Abstimmung mit UNB, Frau Schreiber vom 03.08.2015).

KV2 Verlust von Biotopstrukturen durch Teilversiegelung

Durch die Überplanung mit teilversiegelten Flächen für Parkplätze kommt es zum lokal begrenzten Verlust der bestehenden ökologischen Funktionen folgender betroffener Biotope:

Es sind folgende Biotope betroffen:

Biotoptyp	Flächenverbrauch (m ²)	Wertstufe	Kompensationserfordernis + Zuschlag Versiegelung x Korrekturfaktor Freiraumbeeinträchtigungsgrad x Wirkungsfaktor	Flächenäquivalent für Kompensation (m ²)
13.3.2 PER Artenarmer Zierrasen	871	1	(1+0,2) x 0,75 x 1	784
14.11.3 OBV Brache der Verkehrs- und Industrieflächen	2.578	0	(0+0,2) x 0,75 x 1	387
Gesamt:			Gesamt:	1.171

Erläuterung zum Kompensationserfordernis:

Das Kompensationserfordernis wird mit dem Mindestsatz angesetzt, da keine Höherwertigkeit der Biotoptypen vorliegt. Der Zuschlag der Versiegelung mit 0,2 ergibt sich aus der geplanten wasserdurchlässigen Flächenbefestigung für die Stellplätze. Der Korrekturfaktor Freiraumbeeinträchtigungsgrad wird mit 0,75 angesetzt, da es sich um einen Bereich handelt dessen vorhandenen Vorbelastungen im Durchschnitt < 50 m entfernt sind.

K 1 Verlust von Biotopfunktionen durch Inanspruchnahme ohne Versiegelung

Durch die Überplanung mit Flächen für Grünanlagen kommt es zum lokal begrenzten Verlust der bestehenden ökologischen Funktionen folgender betroffener Biotope:

Biotoptyp	Flächenverbrauch (m ²)	Wertstufe	Kompensationserfordernis x Korrekturfaktor Freiraumbeeinträchtigungsgrad x Wirkungsfaktor	Flächenäquivalent für Kompensation (m ²)
13.2.1 PHX Siedlungsgebüsch aus heimischen Gehölzarten	65	1	1 x 0,75 x 1	49
13.2.3 PHZ Siedlungshecke aus heimischen Gehölzarten	47	1	1 x 0,75 x 1	35
Gesamt:			Gesamt:	84

Erläuterung zum Kompensationserfordernis:

Das Kompensationserfordernis wird mit dem Mindestsatz angesetzt, da keine Höherwertigkeit der Biotoptypen vorliegt.

Hier werden alle Flächen mit einer Wertigkeit über 0,5 angesetzt, die nicht versiegelt werden und die durch die Überplanung eine Funktions- oder Wertminderung erfahren. Der Korrekturfaktor Freiraumbeeinträchtigungsgrad wird mit 0,75 angesetzt, da es sich um einen Bereich handelt dessen vorhandenen Vorbelastungen im Durchschnitt < 50 m entfernt sind.

Zusammenstellung des Kompensationsflächenbedarfs

Biotopbeseitigung mit Flächenversiegelung (Totalverlust)	6.003
Biotopbeseitigung mit Teilversiegelung (Teilverlust)	1.171
Biotopbeseitigung mit Funktionsverlust, ohne Versiegelung	84
Summe:	7.258

Der Kompensationsflächenbedarf umfasst rund 7.258 FÄ (m²) und entspricht einer Fläche von 0,73 ha.

K 2 Verlust von Einzelbäumen

Durch die Überplanung mit Flächen für bauliche Nutzungen kann es maximal zum Verlust von 22 Einzelbäumen kommen, die kompensiert werden müssen.

Drei weitere zu fällende Bäume haben einen Stammumfang von <50cm oder sind ein Obstbaum (Kirsche) und müssen daher nicht kompensiert werden.

Biotoptyp	Stückzahl	Stamm- Umfang	Ersatzpflanzung	Kompensation Stück
2.7.1 BBA Älterer Einzelbaum	13	2x <150 10x 150-250 1x >250	1:1 1:2 1:3	2 20 3
2.7.2 BBJ Jüngerer Einzelbaum	1	1x <150	1:1	1
2.6.6 BRN Nicht verkehrs begleitende Baumreihe	7	1x <150cm 6x 150-250cm	1:1 1:2	1 12
Gesamt:	22		Gesamt:	39

Der Verlust von Einzelbäumen ist gemäß dem Baumschutzkompensationserlass vom 15. Oktober 2007 zu kompensieren.

Gemäß dem Baumschutzkompensationserlass ist für Bäume mit einem Stammumfang von mehr als 50 cm (gemessen in 1,30 m über Erdboden) eine Kompensation vorzunehmen. Für die Entfernung eines solchen Baumes ist eine Ersatzpflanzung durchzuführen und mindestens 3 Jahre lang zu pflegen.

Der Baumschutzkompensationserlass gilt grundsätzlich für durch Rechtsvorschriften geschützte Bäume. Obstbäume fallen nicht unter den Schutzstatus gemäß § 18 NatSchAG M-V.

Zum Ausgleich der Fällungen sind eine Ersatzpflanzung von 39 standorttypischen Laubgehölzen, als Hochstamm mit einem Kronenansatz von zwei Metern und einem Stammumfang von 16-18cm, 3-mal verpflanzt, Befestigung mit Dreibock, vorzugsweise auf dem Grundstück des Marinestützpunktes Peenemünde vorzunehmen.

3.1.4 Umweltrelevante Maßnahmen

Nach § 15 BNatSchG sind unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Ausgleichsmaßnahmen) so auszugleichen, dass keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen zurückbleiben. Ist dies nicht möglich, sind die beeinträchtigten Strukturen, Funktionen und Prozesse von Natur und Landschaft möglichst gleichwertig oder ähnlich zu ersetzen (Ersatzmaßnahmen).

Zur Vermeidung bzw. Minimierung nachteiliger Auswirkungen auf die Umwelt wurden bereits im Rahmen des B-Plans folgende Maßnahmen berücksichtigt bzw. festgelegt:

- Begrenzung der Zahl der Vollgeschosse in Anpassung an die vorhandene Bebauung für die Teilbaugebiete auf 2-3 Vollgeschosse
- Festsetzung einer GRZ von 0,4 bis 0,5 für die Teilbaugebiete
- Maximale Baufeldausgrenzungen unter Berücksichtigung des Randbereiches
- Festsetzungen bezüglich der Gestaltung der unversiegelten Bereiche (Festsetzung der Anlage von Grünflächen)

Um baubedingte Biotopverluste zu mindern, sind für die bauzeitliche Flächeninanspruchnahme möglichst Flächen zu nutzen, die anlagebedingt ohnehin versiegelt bzw. überbaut werden. Des Weiteren wird aus artenschutzrechtlichen Gründen eine Bauzeiteneinschränkung für die Baufeldfreimachung vorgesehen.

Für die nicht zu kompensierenden Beeinträchtigungen werden externe Maßnahmen ausgewiesen.

Artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen

Durch folgende artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen können Beeinträchtigungen minimiert werden:

V1: Zur Vermeidung einer zukünftigen Besiedlung der Vorhabenfläche zum B-Plan Nr. 12 durch Reptilien sind die Offenflächen regelmäßig kurz zu mähen. Zur Vermeidung von Tötungen oder Verletzungen von Brutvögeln oder deren Entwicklungsformen muss die erste Mahd im Jahr bis zum 21. März bzw. nach dem 21. September erfolgen und dann regelmäßig wiederholt werden. Vor der ersten Mahd muss eine Begehung eines Artexperten für Reptilien erfolgen, um Betroffenheiten des §44 Abs. 1 BNatSchG ausschließen zu können. Das Protokoll ist der Unteren Naturschutzbehörde vorzulegen. Entlang der Hecke an der Westgrenze des Vorhabengebietes ist bis zur Umsetzung des B-Plans Nr. 12 ein ca. 15 m breiter Streifen aus Staudenfluren als Nahrungsfläche und Rückzugsraum für Vögel zu belassen.

Avifauna

Betroffenheiten von Brutvögeln sind während der Bauphase möglich, da durch die baubedingten Flächenbeanspruchungen potentielle Teillebensräume überbaut werden bzw. ihre avifaunistisch-ökologische Funktion verlieren. Bau- und betriebsbedingte optische und akustische Störwirkungen können Veränderungen im Raumnutzungsverhalten von Brutvögeln bewirken, was zu einem Vergrämungseffekt führt. Dies wiederum kann zu nachhaltigen Störungen im Brutgeschehen bzw. im Energiehaushalt der Vögel führen, was sich negativ auf den Reproduktionserfolg auswirken kann.

V2: Zur Vermeidung von Verletzungen oder Tötungen von Vögeln und ihrer Entwicklungsformen darf die Baufeldfreimachung (Rodung von Gehölzen, Beseitigung der Ruderalflur) im Plangebiet zur Umsetzung des B-Plans Nr. 12 "Ortszentrum Peenemünde" nur außerhalb der Brutzeit von Vögeln, d. h. zwischen dem 21. September und 21. März erfolgen. Ist eine frühere Baufeldfreimachung unabwendbar, ist die Fläche vor Beginn der Arbeiten durch eine fachlich geeignete Person auf anwesende Brutvögel zu kontrollieren. Das Ergebnis ist der unteren Naturschutzbehörde mitzuteilen. Wird ein Brutgeschehen festgestellt, sind die Arbeiten bis zum Ausfliegen der Jungvögel aufzuschieben. Verläuft die Kontrolle negativ, hat die Baufeldfreimachung spätestens eine Woche nach dem Kontrollgang zu erfolgen, um eine Ansiedlung von Brutvögeln zu vermeiden.

Ausgleichsmaßnahme

Für den B-Plan Nr. 12 sind **innerhalb** des betroffenen Raumes folgende Ausgleichsmaßnahmen geplant, die nachfolgend genauer aufgeführt werden:

A Pflanzung von Bäumen

Der Verlust von Einzelbäumen ist gemäß dem Baumschutzkompensationserlass vom 15. Oktober 2007 zu kompensieren.

Gemäß Anlage 1 „Kompensationsumfang bei der Beseitigung von Bäumen“ des Erlasses werden folgende Ausgleichsverhältnisse angesetzt:

- Einzelbaum mit Stammumfang von 50 cm bis 150 cm 1:1
- Einzelbaum mit Stammumfang von 150 cm bis 250 cm 1:2
- Einzelbaum mit Stammumfang über 250 cm 1:3

Der Ausgleich für den Entfall von Bäumen wird durch die Ausgleichspflanzung geleistet.

Es werden insgesamt 100 Hochstämme mit folgender Qualität gepflanzt: H 3xv. mDb 16-18

Die Pflanzungen haben durch entsprechend geschultes Fachpersonal zu erfolgen.

Die Bäume werden mit Schilfrohrmatten versehen und mit Dreiböcken gesichert, die Baumscheiben werden gemulcht. Die Pflege über 3 Jahre umfasst das regelmäßige Wässern, das Freihalten der Baumscheibe von Wildkräutern und einen Erziehungsschnitt im 3. Standjahr.

Im B-Plangebiet werden insgesamt 100 Stck. Bäume gepflanzt. 91 Bäume werden über die Festsetzung „Anpflanzen“ von Bäumen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 Abs. 6 BauGB unmittelbar mit Standort gesichert, 9 weitere Bäume sind innerhalb der Flächen für die Umgrenzung zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und Bepflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a) und Abs. 6 BauGB zu pflanzen.

Die Pflanzung ersetzt die im Zuge des Bauvorhabens entfallenden Einzelbäume und gleicht den Eingriff in das Landschafts- und Ortsbild aus.

Der Entfall von Einzelbäumen wird durch die Pflanzung von 39 Bäumen kompensiert.

Die Pflanzung erfolgt als Anlage von Alleebäumen und Bäumen in Baumreihen. Diese erreichen die Wertstufe 2. 61 Stck. Bäume gehen als Flächenäquivalent mit 25 m² pro Baum in die Berechnung ein.

Kompensationsmaßnahmen	Fläche (m ²)	Wertstufe	Kompensationswertzahl	Leistungs-faktor	Flächen-äquivalent (m ²)
A Pflanzung von Bäumen	61 x 25 m ²	1	1,5	0,5	1.144

Bilanzierung Gesamtkompensationsbedarf

In der Bilanzierung werden die Flächenäquivalente von Bedarf und Kompensationsmaßnahmen gegenübergestellt.

Gesamtbilanz	
Flächenäquivalent Bedarf	Flächenäquivalent Planung
7.258 m ²	1.144 m ²

Stellt man den Kompensationsbedarf dem Flächenäquivalent aus der Planung gegenüber, wird deutlich, dass der erforderliche Ausgleich nur zu einem Teil innerhalb des betroffenen Raumes umgesetzt werden kann und ein rechnerisches Defizit von rund 6.114 m² verbleibt. Somit ist zusätzlich eine Kompensation auf externer Fläche notwendig.

Ersatzmaßnahme

Für den B-Plan Nr. 12 ist **außerhalb** des betroffenen Raumes folgende Kompensationsmaßnahme geplant:

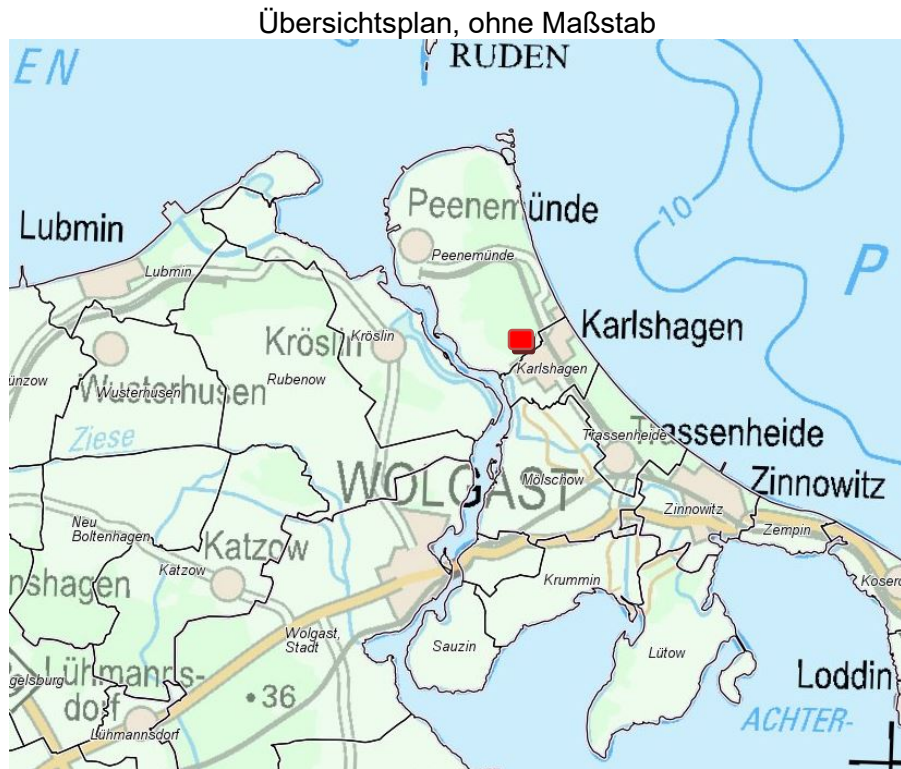
E Wiederherstellung Offenland, ehemalige Hundestaffel bei Karlshagen

Zur Kompensation der Verlustbiotope sind folgende Ersatzmaßnahmen geplant:

Die ca. 1 ha große Fläche der ehemaligen Hundestaffel der NVA im südlichen Gemeindegebiet von Peenemünde und am nördlichen Stadtrand von Karlshagen soll wiederhergestellt bzw. aufgewertet werden.

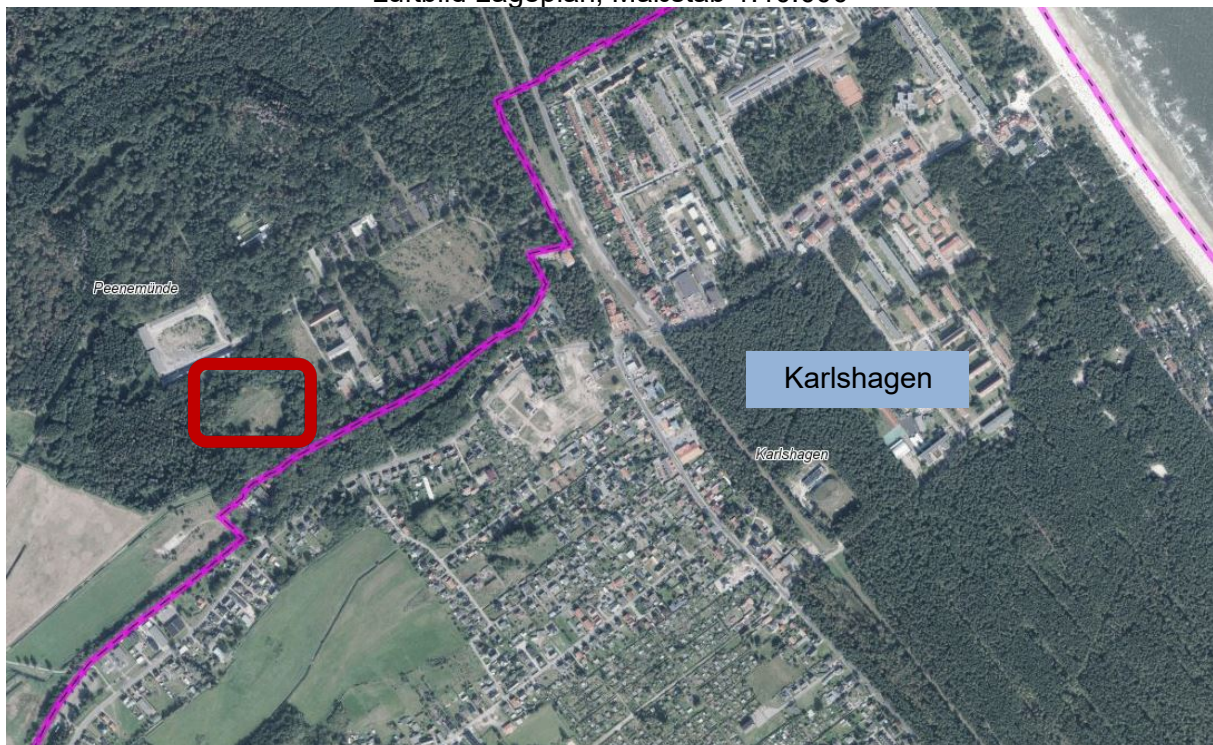
Ziel der Maßnahme ist der Erhalt des Offenlandcharakters der Fläche auf einer Größe von 0,7 ha.

Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Biotopqualitäten sind zudem Müll-Beräumung und der Abbruch des vorhandenen Gebäudes (ehemaliger Schafstall) sowie die Anlage einer Hecke. Im Abstand von 5 Jahren soll eine Entkusselung durchgeführt werden.



Quelle: GeoPortal.MV, erstellt am 07.07.2015

Luftbild Lageplan, Maßstab 1:10.000



Quelle: GeoPortal.MV, erstellt am 07.07.2015

In der folgenden Tabelle werden die aufwertenden Maßnahmen bilanziert:

Kompensationsmaßnahmen	Fläche (m ²)	Wertstufe	Kompensationswertzahl	Leistungsfaktor	Flächenäquivalent (m ²)
selbständige Vegetationsentwicklung	7.000	1	1,5	1	10.500
Gesamt:					10.500

Da die Maßnahme der selbständigen Vegetationsentwicklung eine Wertigkeit von 1 besitzt und mit einer Kompensationszahl von 1,5 aufgrund der naturnahen Lage im Waldgebiet angesetzt wird, steht einem Flächenbedarf von 0,61 ein Kompensationsäquivalent von 1,05 ha entgegen. Der Kompensationsbedarf kann somit komplett ausgeglichen werden. Der Überschuss von 0,44 ha steht für weitere Maßnahmen zur Verfügung.

3.2 Fläche (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)

Die Fläche des Geltungsbereiches war bisher bereits versiegelt. Die Bebauung wurde im Vorfeld einer neuen Nutzung beräumt. Vorbelastungen liegen durch Reste vorangegangener Bebauungen (ehemaliger Militärstandort), die vorhandenen baulichen Anlagen sowie bestehende Erschließungsmaßnahmen vor.

Ein geringer Anteil war unbefestigt. Die aktuelle Flächennutzung stellt sich als teilweise unbefestigte Parkplatzfläche dar.

3.2.1 Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)

Bei Nichtdurchführung der Planung ergeben sich keine wesentlichen Unterschiede zum derzeitigen Zustand.

3.2.2 Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)

Durch das Vorhaben kommt es im Geltungsbereich durch den Bau von Gebäuden, Nebenanlagen und Straßen zur Wiederversiegelung des Bodens. Der Anteil der Neuversiegelung orientiert sich dabei an der umgebenden Bebauung. Da durch die geplante Bebauung eine Wiederbelebung einer ehemals bebauten Fläche erreicht wird, entsteht keine Zersiedelung des Schutzgutes. Der entstehende Flächenverlust wird im Rahmen der Eingriffsregelung mit dem Biotopverlust mitbilanziert und multifunktionell ausgeglichen. Durch die Wiederbebauung der Fläche wird der Flächenverbrauch an anderer Stelle begrenzt und unversiegelte Flächen erhalten.

Baubedingte Auswirkungen

Baubedingt kommt es zur vorübergehenden Inanspruchnahme von Flächen durch Baueinrichtungsflächen und Baustraßen. Dabei wird keine Fläche verbraucht, sondern temporär im Sinne der Zielnutzung umgenutzt.

Anlagenbedingte Auswirkungen

Bedingt durch das Vorhaben kommt es zur Wiederversiegelung im Bereich der ausgewiesenen Bau-, Verkehrs- und Nebenanlagenflächen. Dadurch ergeben sich in Teilbereichen dauerhafte Flächenverluste. Der Flächenverbrauch wird über den Verlust von Biotoptypen mitbilanziert.

Durch die Festlegung von Baubereichen und einer sinnvollen Zuordnung von Verkehrsflächen wird der Verlust von Fläche begrenzt.

Betriebsbedingte Auswirkungen

Betriebsbedingt wird es voraussichtlich zu keinem wesentlichen Verbrauch von Fläche kommen. Betriebsbedingte Neuversiegelungen können durch die spätere Anlage von Nebenanlagen auftreten, sind jedoch durch die textlichen Festsetzungen des B-Plans begrenzt und dürfen die GRZ zzgl. der zulässigen Überschreitung nicht übersteigen.

3.2.3 Umweltrelevante Maßnahmen

Durch Festsetzung der GRZ und einer flächensparenden Planung wird der Flächenverbrauch auf das absolut notwendige Maß vermindert.

3.2.4 Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)

Durch die anlagebedingten Versiegelungen kommt es zum Flächenverbrauch, der aber durch geeignete Maßnahmen zur Aufwertung von Flächen bzw. multifunktional ausgeglichen werden können. Ein additiver Kompensationsbedarf für die abiotischen Sonderfunktionen der Fläche ist nicht gegeben.

Die Inanspruchnahme von Fläche ist im Zuge der Ermittlung des Eingriffs in die Biotoptypen über die Versiegelung zu bilanzieren und über geeignete Maßnahmen auszugleichen. Ein Monitoring ist nicht vorzusehen.

3.3 Boden/Relief (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)

Im Plangebiet sind mineralische Böden anzutreffen. Gemäß den Ausweisungen des Kartenportals des LUNG (Übersichtskarte Bodengeologie Maßstab 1:500.000) setzen sich die obersten Bodenschichten innerhalb des Betrachtungsgebietes im natürlichen Zustand überwiegend aus fluviatilen und limnischen Sedimenten und Niedermoortorfen, z.T. über Mudde zusammen. Als natürlich vorhandene Böden werden feinanteilmarme, grundwasserbeeinflusste spätglaziale Tal- und Beckensande als Sand-Gley/Podsol- Gley (Rostgley) mit Grundwassereinfluss ausgewiesen. Im Übergang in die nördlichen Flächen wird Niedermoor/- Erdniedermoor (Erdfen)/- Mulmniedermoor (Mulm) mit Grundwassereinfluss (nach Degradierung auch Stauwassereinfluss) ausgewiesen. Die Karte der mittelmaßstäbigen landwirtschaftlichen Standortkartierung (MMK) weist für den Vorhabenbereich als natürliche Standorteinheiten Sand-Gley mit -Humusgley und einen Grundwasserflurabstand von 10-6 dm aus. Als Bodenfunktionsbereich wird für den Betrachtungsbereich ebenfalls sandunterlagerter Niedermoortorf ausgewiesen.

Aufgrund der früheren baulichen Nutzung der Flächen in Verbindung mit dem Rückbau des größten Teils der oberirdischen baulichen Anlagen, ist heute in den oberen Bodenschichten eher von anthropogen veränderten Siedlungsböden auszugehen.

Das ökologische und landwirtschaftliche Potential der vorhandenen Böden ist aus dem o. g. Grund als gering zu bewerten. Die Puffer- und Filterfunktion des Bodens ist ebenfalls gering ausgeprägt.

Gemäß der Karte der Rohstoffverbreitung ist der Vorhabenbereich im Sand-Höffigkeitsgebiet Trassenheide-Karlshagen (Flächen-ID: 1848-1-3-Sa) gelegen. Eine Sicherungswürdigkeit wird jedoch nicht für das Gebiet ausgewiesen.

Vorbelastungen des Bodens liegen durch Reste vorangegangener Bebauungen (ehemaliger Militärstandort), die vorhandenen baulichen Anlagen sowie bestehende Erschließungsmaßnahmen vor.

Das Plangebiet ist nicht als Altlastverdachtsfläche oder kampfmittelbelasteter Bereich bekannt.

Nach derzeitigem Kenntnisstand liegt der Geltungsbereich des B-Plans im Teil des Bodendenkmals „Gemarkung Peenemünde“. Zudem ist das Plangebiet Teil des Denkmals „Gelände der Heeresversuchsanstalt und der Erprobungsstelle der Luftwaffe“.

3.3.1 Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)

Bei Nichtdurchführung der Planung werden im Vergleich zum derzeitigen Zustand keine weiteren Flächen überbaut. Die Flächen werden weiterhin als brachliegende Siedlungsfläche gelten. Durch die fehlende Nutzung würde sich auf den brachliegenden Bereichen, die nicht überbaut sind in sehr geringem Umfang eine Bodenentwicklung vollziehen.

3.3.2 Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)

Baubedingte Auswirkungen

Baubedingt kann es zu Beeinträchtigungen von Böden und deren Funktionen durch Strukturveränderungen (Verdichtung, Zerstörung des Bodengefüges) durch die Baustelleneinrichtung (Schaffung von Material- und Lagerflächen) und Befahren mit schwerem Baugerät kommen. Diese Beeinträchtigungen können vorübergehend (Einschränkung Bodenfunktion durch Bedeckung auf Lagerflächen), aber auch dauerhafte Auswirkungen haben (Verdichtung). Des Weiteren kann es durch den Betrieb der Baugeräte zu Schadstoffeinträgen z.B. bei Unfällen und Havarien kommen. Die Schadstoffeinträge und Staubimmissionen durch den normalen Baubetrieb werden jedoch als geringfügig und nachrangig bewertet.

Anlagenbedingte Auswirkungen

Bedingt durch das Vorhaben kommt es zum Teil zu Neuversiegelungen im Bereich der ausgewiesenen Bau- und Verkehrsflächen. Dadurch ergeben sich vollständige Boden- und Funktionsverluste. Die Inanspruchnahme von Böden ist im Zuge der Ermittlung des Eingriffs in die Biotoptypen bilanziert und über geeignete Maßnahmen auszugleichen.

Auch die Errichtung von Grünanlagen/Freiflächen führt zu Bodenbeeinträchtigungen durch Abgrabungen und Aufschüttungen.

Aufgrund der Flächenanteile, die durch Geländemodellierung, Abgrabungen und Aufschüttungen betroffen sind, ist der räumliche Aspekt der Beeinträchtigung räumlich begrenzt.

Betriebsbedingte Auswirkungen

Betriebsbedingte Beeinträchtigungen von Böden können durch verkehrsbedingte Schadstoffimmissionen, Unfälle oder Havarien entstehen. Dieses Risiko besteht teilweise bereits aufgrund der Nutzung der vorhandenen Erschließung. Es sind keine erheblichen Auswirkungen zu erwarten.

3.3.3 Umweltrelevante Maßnahmen

Während der Bau- und Betriebsphase sind folgende Minderungsmaßnahmen umzusetzen:

- Minimierung der Baustelleneinrichtungsflächen, getrennte Lagerung von Ober- und Unterboden,
- Verwendung von biologisch abbaubaren Schmierstoffen, Ergreifung von Sicherungsmaßnahmen zur Unfallverhütung.

3.3.4 Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)

Durch die anlagebedingten Auswirkungen kommt es zu Verlusten an bereits anthropogen vorbelasteten Böden deren Funktionsverluste aber durch geeignete Maßnahmen zur Wiederherstellung von Bodenfunktionen bzw. multifunktional ausgeglichen werden können. Ein additiver Kompensationsbedarf für die abiotischen Sonderfunktionen des Bodens ist nicht gegeben.

Die Inanspruchnahme von Böden ist im Zuge der Ermittlung des Eingriffs in die Biotoptypen bilanziert und über geeignete Maßnahmen auszugleichen. Ein Monitoring ist nicht vorzusehen.

3.4 Wasser (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)

3.4.1 Bestand und Bewertung

Das Plangebiet grenzt aber an das Einzugsgebiet des Schöpfwerkes Peenemünde Schanze. Es ist nicht auszuschließen das sich einzelne Grundstück im Einzugsgebiet des Schöpfwerkes befinden. Das Einzugsgebiet des Schöpfwerkes umfasst die Grundstücke des Niederschlagseinzugsgebietes. Die Kosten für die Unterhaltung und den Betrieb des Schöpfwerkes werden auf die Grundstücke des Einzugsgebietes umgelegt.

Sofern eine Kreuzung von Gewässern II. Ordnung (offene und verrohrte Gräben) erfolgt, ist dies gemäß §36 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in Verbindung mit §§ 82 und 118 Landeswassergesetz M-V (LWaG) beim Umweltamt des Landkreises Vorpommern-Greifswald, untere Wasserbehörde, anzuzeigen. Dazu ist das Bauausführungsprojekt (Ausführungsplanung) mit den detaillierten Angaben zur Gewässerkreuzung einzureichen. Die Kreuzungskordinaten sind im System ETRS 89 / UTM Zone 33 N anzugeben.

Grundwasser

Der Grundwasserflurabstand im Plangebiet beträgt unter 2,00 m. Die MMK weist einen Flurabstand von 10-6 dm aus. Das Salzwasser steht in einer Schichtenhöhe von 0 an. Das Grundwasser ist nicht nutzbar, da es eine oberflächennahe Versalzung aufweist.

Aufgrund der vorhandenen Bodenverhältnisse ist das Grundwasser gegenüber flächenhaft eindringenden Schadstoffen nur gering geschützt.

Innerhalb des Plangebietes befinden sich keine Trinkwasserschutzzonen. Die Grundwasservorräte sind als Trinkwasser nicht gewinnbar, da ein Zuströmen infiltrierter Ostseewässer nicht ausgeschlossen werden kann.

Oberflächengewässer

Im Plangebiet gibt es keine unterhaltungspflichtigen offenen oder verrohrten Gewässer zweiter Ordnung bzw. Deiche zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen und somit keine natürlichen Oberflächengewässer.

Der Planungsbereich liegt gemäß der Ausweisung des Kartenportals des LUNG im Einzugsgebiet 9697193.

Küstengewässer

Das Plangebiet unterliegt mittelbar dem Einfluss der Ostsee und des Peenestroms. Beim Eintreten besonders extremer Bedingungen besteht auch für den Küstenabschnitt am Untersuchungsraum die Gefahr, in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Das Bemessungshochwasser beträgt für die Außenküste Usedom und für den Peenestrom bei Peenemünde 3,00 m ü. NHN.

Gemäß der Ausweisung des Kartenportals des LUNG ist im nordöstlichen Bereich des Hafenbeckens Peenemünde eine Einleitstelle für Niederschlagswasser ausgewiesen (Wasserbuchblattnummer: 2891). Es handelt sich um die Ein- bzw. Ableitung des anfallenden Niederschlagswasser von den Dach-, Straßen- und Parkflächen des "Touristischen Info.- und Dienstleistungszentrum Peenemünde".

3.4.2 Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)

Bei Nichtdurchführung der Planung wird die Fläche weiter verbuschen oder bei regelmäßiger Pflege aufgrund der touristischen Nutzung des Umfeldes als Brachfläche erhalten werden. Es bleiben die bestehenden Verhältnisse in Bezug auf die Grundwasserverhältnisse bestehen.

3.4.3 Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)

Baubedingte Auswirkungen

Baubedingt kann es zu Beeinträchtigungen des Grundwassers durch potenzielle Schadstoffeinträge, Unfälle und Havarien kommen. Beim Bauen in Bereichen mit hoch anstehendem Grundwasser ist in der Regel eine Wasserhaltung erforderlich. Die Böden im Untersuchungsraum weisen aufgrund ihrer siedlungsbedingten Vorbelastung nur eine mittlere Empfindlichkeit gegenüber zeitlich begrenzten Wasserhaltungen auf. Daher kann die Auswirkung einer bauzeitlichen Wasserhaltung als gering eingeschätzt werden.

Vorübergehend kommt es durch Baustelleneinrichtungen (Zufahrten, Errichtung von Lagerflächen) zum Verlust von Grundwasserneubildungsfläche. Die mittlere Grundwasserneubildung wird gemäß dem Kartenportal des LUNG mit 102,0 mm/a angegeben. Da die Schutzgüter Wasser und Boden eng miteinander in Wechselwirkung treten, wirken sich Veränderungen der Bodeneigenschaften, wie Lagerungsdichte, auch auf die Versickerungsfähigkeit bzw. Grundwasserneubildung aus.

Anlagenbedingte Auswirkungen

Anlagenbedingte Beeinträchtigungen des Wasserhaushaltes ergeben sich im Bereich der versiegelten Flächen. Infolge der Versiegelung kommt es hier zu einer Verringerung der Grundwasserneubildung. Über die Art der Entwässerung werden konkrete Festlegungen am konkreten Vorhaben erfolgen.

Betriebsbedingte Auswirkungen

Betriebsbedingte Auswirkungen z. B. durch erhöhten Verkehr und damit verbundene potenzielle Schadstoffeinträge durch Unfälle oder Havarien werden als vernachlässigbar eingeschätzt.

Es ist festzustellen, dass das geplante Vorhaben kaum Einfluss auf den Wasserhaushalt des Gebietes hat. Bei dem vorgesehenen Versiegelungsanteil im Geltungsbereich des B-Planes und den vorhandenen hydrogeologischen Verhältnissen ist keine übermäßige bzw. dauerhafte Absenkung des Grundwasserspiegels zu erwarten. Das Wasser von nicht versiegelten Flächen wird weiterhin in den Untergrund versickern.

Die Umwandlung bestehender Biotopstrukturen in Siedlungsgrün verändert die Grundwasserneubildung nicht wesentlich, so dass keine relevanten Einflüsse auf die Verdunstung (reale Evapotranspiration) zu erwarten sind.

Die Kompensation für die Auswirkungen durch die Flächenversiegelungen erfolgt gemäß der Eingriffsregelung multifunktional. Es ergibt sich kein Kompensationsbedarf für abiotische Sonderfunktionen des Wassers.

3.4.4 Umweltrelevante Maßnahmen

Zur Verminderung der baubedingten Beeinträchtigungen durch Schadstoffeinträge während der Bau- und Betriebsphase sind folgende Minderungsmaßnahmen umzusetzen:

- Minimierung der Baustelleneinrichtungsflächen
- Verwendung von biologisch abbaubaren Schmierstoffen, Sicherungsmaßnahmen zur Unfallverhütung

3.4.5 Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)

Erhebliche Auswirkungen sind nicht zu erwarten, ein Monitoring ist somit nicht vorzusehen.

3.5 Klima und Luft (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)

3.5.1 Bestand und Bewertung

Der Untersuchungsraum gehört zum Östlichen Küstenklima (Küstenklima Südrügens und des Greifswalder Boddens). Die Ostsee und die Boddengewässer prägen das Klima in einem etwa 20 km breiten Küstenstreifen ozeanisch. Eine im Vergleich zum kontinentaleren Landesinneren geringere Temperaturamplitude, höhere Luftfeuchte und erhöhte Windgeschwindigkeiten sind Kennzeichen dieses Klimas. Dieser Effekt wird im Bereich des

Untersuchungsraumes (vorpommersches Küstenklima) durch den West-Ost-Klimawandel überlagert (kontinentaler geprägtes Küstenklima; Ostseitenklima).

Als Kaltluftentstehungsgebiet haben die Flächen auf Grund der geringen Kaltluftproduktionsrate eine mittlere Bedeutung.

Als Frischluftentstehungsgebiet ist das B-Plangebiet für die angrenzenden Siedlungsflächen nicht relevant, da das lokale Klima durch die Land-Seewindzirkulation überprägt ist. Die fehlende Bebauung ermöglicht derzeit einen direkten Luftaustausch der angrenzenden Bereiche mit den Luftmassen über dem Peenestrom.

Die Bedeutung der Vegetationsflächen für die lufthygienische Ausgleichsfunktion ist daher gering.

Vorbelastungen durch Schadstoffe gehen in geringem Maße von den angrenzenden Straßen aus.

Am Hafen Peenemünde wird t.w. der Umschlag von Abfällen der Deponieklasse 1 für die Deponie (Spülfeld) Peenemünde abgewickelt. Über die Jahre wurden mehrfach Abfälle der Deponieklasse 1 per Schiff angeliefert und im Haupthafen Peenemünde umgeschlagen. Dabei handelt es sich um Baggergut und Aschen. Solange die Verfüllung und Rekultivierung der Deponie nicht abgeschlossen ist, muss immer mit Umschlag im Haupthafen Peenemünde gerechnet werden, nach jetziger Planung bis mindestens bis 2025.

3.5.2 Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)

Bei Nichtdurchführung der Planung würde das bestehende Klimagefüge beibehalten. Ohne Nutzung oder Pflege würden sich allmählich Gehölzstrukturen entwickeln, durch die sich ein waldähnliches Klima entstellen würde. Die Überprägung durch das Küstenklima bleibt bestehen.

Eine Beeinträchtigung mit Stäuben durch Umschlagstätigkeiten am Hafen wird bei fachgerechtem Vorgehen ausgeschlossen.

3.5.3 Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)

Baubedingte Auswirkungen

Während der Bauphase kann es durch Baufahrzeuge und Bauabläufe zu erhöhten Emissionen kommen.

Im Hinblick auf die Luftgüte sind keine wesentlichen Immissionsbelastungen zu erwarten.

Anlagenbedingte Auswirkungen

Das Vorhaben verursacht lediglich Wirkungen im lokal- bzw. kleinklimatischen Maßstab. Da bereits Überbauung und Versiegelung des Bodens vorhanden sind, entstehen nur geringe Wirkungen auf die klimawirksamen Eigenschaften der Erdoberfläche. Es sind Wirkungen insbesondere für die mikroklimatischen Verhältnisse zu verzeichnen. Die Umstrukturierung der Flächen führt in ebenfalls geringem Maße zur Reduzierung der klimameliorativen Eigenschaften der Vegetation. Dieses betrifft die Kaltluft- und Frischluftproduktion. Da sich ein spezifisches Lokal- und Mikroklima allerdings nur bei autochthonen Witterungsverhältnissen ausbildet, die insbesondere in den Küstenräumen nur für kurze Zeiträume auftreten (autochthone Wetterlagen ca. 5-7% /Jahr), ist ein Einfluss durch das Vorhaben auf bioklimatisch wirksame Verhältnisse nicht zu erwarten.

Im Hinblick auf die Luftgüte sind ebenfalls keine wesentlichen Immissionsbelastungen zu erwarten.

Betriebsbedingte Auswirkungen

Betriebsbedingte Auswirkungen können z. B. durch erhöhten Verkehr und damit verbundene potenzielle Schadstoffeinträge entstehen. Eine Beeinträchtigung der Luftqualität durch Luftschadstoffe wie Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid und Schwebstaub ist aufgrund der Land-Seewindzirkulation nicht zu erwarten. Beeinträchtigungen durch Unfälle oder Havarien werden als vernachlässigbar eingeschätzt.

Eine Beeinträchtigung mit Stäuben durch Umschlagstätigkeiten am Hafen wird bei fachgerechtem Vorgehen ausgeschlossen.

3.5.4 Umweltrelevante Maßnahmen

Es sind keine gesonderten Maßnahmen erforderlich, da keine klimarelevanten Wert- und Funktionselemente durch das Vorhaben beeinträchtigt werden.

3.5.5 Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)

Erhebliche Auswirkungen sind nicht zu erwarten. Ein Monitoring ist nicht vorzusehen.

3.6 Landschaft (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)

Das Plangebiet liegt im Landschaftsbildraum „Peenestrom nördlich von Wolgast“ (Nr. Landschaftsbildraum: III 7 – 8). Das Landschaftsbild ist allgemein als sehr hoch bewertet. Der hohe Wert beruht auf dem Zusammenspiel von verschiedenen Strukturen und dem Blick über den Peenestrom.

Bei dem betrachteten Bereich handelt es sich um im Zusammenhang liegende Siedlungsbereiche.

Das vorhandene Landschaftsbild wird einerseits geprägt durch die historische Siedlungsstruktur des ehemaligen Militärstützpunktes mit seinen Gebäuden, andererseits durch den angrenzenden Hafensbereich und die anschließenden Siedlungsflächen.

Die Fläche selbst stellt sich als brachliegender Siedlungsbereich mit Ruderalflächen und ehemaligen Verkehrswegen dar.

Das B-Plangebiet liegt vollständig innerhalb des Flächendenkmals Heeresversuchsanstalt und Erprobungsstelle der Luftwaffe Peenemünde. Das B-Plangebiet befindet sich im direkten Umfeld des HTM mit seinen kulturgeschichtlichen Gebäuden.

Darüber hinaus haben auch die angrenzenden Wohnhäuser und die Verkehrsinfrastruktur Einfluss auf die optische und akustische Wahrnehmung.

Die betrachteten Flächen weisen derzeit keinen Erlebniswert auf.

3.6.1 Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)

Bei Nichtdurchführung der Planung wird es zu keiner Änderung der bestehenden Strukturen kommen. Die weitere Entwicklung ist nicht absehbar.

3.6.2 Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)

Der B-Plan führt mit der Realisierung von Bauvorhaben zur Wiederherstellung von Siedlungsstrukturen. Dadurch kommt es zwar zu einer Veränderung des Landschafts- bzw. Ortsbildes im Verhältnis zum derzeitigen Zustand, jedoch werden die derzeit brachliegenden Flächen wieder wie früher mit siedlungstypischen Strukturen versehen. Bei der zukünftigen baulichen Umsetzung ist jedoch darauf zu achten, dass sich die Bebauung in das bestehende städtebauliche Konzept eingliedert und insbesondere den Ansprüchen des Flächendenkmals gerecht wird. Der vorliegende B-Plan gibt dafür bauleitplanerisch die wichtigsten Eckpunkte vor, welche in der späteren architektonischen Umsetzung zu berücksichtigen sind.

Im Gegensatz zu den vorhandenen Verhältnissen wird die Erlebbarkeit des Siedlungsbereiches hinsichtlich des Ortsbildes erhöht. Die Gesamtfläche wird optisch wieder in den Siedlungs- und Hafensbereich integriert so dass auch hinsichtlich des Landschaftsbildes eine einheitliche, siedlungstypische Struktur entsteht.

Baubedingte Auswirkungen

Baulärm, baubedingter Verkehrslärm sowie Bewegungen von Baumaschinen bedingen insbesondere eine visuelle Unruhe sowie Lärm- und in deutlich geringerem Maße Geruchsbelastungen. Die Erlebbarkeit der Landschaft und Wahrnehmungszusammenhänge werden temporär beeinträchtigt.

Anlagenbedingte Auswirkungen

Die Errichtung des Vorhabens führt nicht zum Verlust relevanter landschaftsbildwirksamer Strukturen. Die Bebauungsstrukturen werden an die angrenzenden Bebauungsstrukturen angepasst. Das Gesamtbild als Siedlungsraum wird verstärkt.

Betriebsbedingte Auswirkungen und Folgewirkungen

Betriebsbedingt kommt es durch die Wiederbelebung des Bereiches in geringem Maße zur visuellen Unruhe durch Fahrzeugbewegung. Durch die Anlage von Stellflächen wird der ruhende Verkehr geordnet.

Auswirkungen auf Landschaftliche Freiräume

Landschaftliche Freiräume sind durch das Vorhaben nicht betroffen. Es handelt sich bereits um ehemalige Siedlungsflächen innerhalb einer Ortslage. Die Bebauungsflächen sind bereits durch Infrastruktur erschlossen. Erhebliche Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sind nicht zu erwarten.

3.6.3 Umweltrelevante Maßnahmen

Zur Gewährleistung einer landschaftsgerechten Einbindung wurden folgende Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen berücksichtigt:

- Anpflanzung von Gehölzen; Schaffung von Grünflächen
- Ersatzmaßnahmen zur Wiederherstellung ehemalige Hundestaffel bei Karlshagen

3.6.4 Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)

Durch das Planvorhaben ergeben sich bei Einhaltung der bauleitplanerischen Festsetzungen keine Eingriffe in das Ortsbild. Erhebliche oder nachhaltige Eingriffe in besondere Wert- und Funktionselemente des Landschaftsbildes sind nicht zu erwarten. Ein Monitoring ist nicht erforderlich.

3.7 Biologische Vielfalt (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)

3.7.1 Bestand und Bewertung

Bei den Betrachtungen der biologischen Vielfalt werden drei Ebenen unterschieden:

- genetische Vielfalt,
- Ökosystemvielfalt und
- Artenvielfalt.

Genetische Vielfalt ist die Vielfalt Tieren und Pflanzen innerhalb der Art (intraspezifische Biodiversität). Durch das Vorhaben kommt es zu keinen wesentlich nachteiligen Auswirkungen auf die genetische Vielfalt.

Die Ökosystemvielfalt ist die Vielfalt der Ökosysteme und Landnutzungsarten im Untersuchungsraum. Die Erfassung der unterschiedlichen Ökosysteme erfolgt über die Biotopkartierung/Biotopabgleich, da Biotoptypen bzw. Biotopkomplexe die kleinsten Erfassungseinheiten von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere darstellen, in denen jeweils einheitliche standörtliche Bedingungen herrschen, so dass die Biotoptypen auch als kleinste Einheiten der Ökosystemebene aufgefasst werden können.

Die Artenvielfalt (interspezifische Biodiversität) beinhaltet die Artenzahl von Flora und Fauna innerhalb des zu betrachtenden Untersuchungsraumes. Die Bewertung der Artenvielfalt erfolgt über die Bewertung der Bedeutung der jeweiligen Lebensräume, insbesondere für gefährdete Arten. Dabei geht das Kriterium der Artenvielfalt in die Bewertung der Biotoptypen in Form des Kriteriums „Typische Artenausstattung“ ein.

Der Schwerpunkt der aktuell wichtigen Bereiche für Arten und Lebensgemeinschaften liegt auf den Gehölzstrukturen und den Offenlandflächen. Die Strukturen der extensiv genutzten Ruderalfläche fördern den Wert als Brut- und Nahrungsraum für Vögel. Unter

Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Vermeidungsmaßnahmen sind Verletzungen oder Tötungen von Brutvögeln und deren Entwicklungsformen nicht zu erwarten.

3.7.2 Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)

Bei Nichtdurchführung der Planung wird es zu keiner wesentlichen Änderung der biologischen Vielfalt kommen.

3.7.3 Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)

Durch das Vorhaben kommt es zu keinen negativen Auswirkungen auf die Biodiversität, da weder eine genetische Vielfalt, Artenvielfalt noch eine Ökosystemvielfalt vorliegen. Das Vorhaben führt zwar zum Totalverlust der Ruderalfläche, es hat jedoch keinen Totalverlust von Ökosystemen oder Landnutzungsarten zur Folge. Auch eine zerstörerische oder nicht nachhaltige Landnutzung wird durch das Vorhaben nicht hervorgerufen. Die Fläche wird in die Siedlungsstrukturen zurückgeführt.

3.7.4 Umweltrelevante Maßnahmen

Über die Maßnahmen zum Artenschutz (s.o.) sind gesonderte Maßnahmen zur Wiederherstellung oder Förderung der biologischen Vielfalt nicht erforderlich.

3.7.5 Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)

Es sind keine erheblichen Auswirkungen zu erwarten. Ein Monitoring ist nicht vorzusehen.

3.8 Menschen (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7c BauGB)

3.8.1 Bestand und Bewertung

Das Plangebiet umfasst ehemals bebaute Flächen im Hafengebiet in Peenemünde. Es stellt sich als brachliegende Fläche ohne Gebäude und mit Erschließungs-Infrastruktur dar. Eine Wirkung für die regionale oder lokale Erholungsnutzung liegt nicht vor. Im Norden grenzt das Plangebiet direkt an das Gelände des HTM an. Unmittelbar südöstlich des Plangebietes und der Straße „Am Hafen“ befinden sich Siedlungsflächen. Im Westen befindet sich das Hafenbecken.

Akustischen Belastungen werden in verhältnismäßig geringem Umfang durch Individualverkehr und von der Schifffahrt hervorgerufen.

Gemäß des FNPs der Gemeinde Peenemünde ist das Vorhabengebiet als Sondergebiet „Hotel, Gastronomie, touristische Entwicklung“ ausgewiesen.

3.8.2 Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)

Bei Nichtdurchführung der Planung bliebe der Standort ohne wesentliche Bedeutung für die Hotel- oder gastronomische Funktion sowie für die touristische Entwicklung.

3.8.3 Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)

Baubedingte Auswirkungen

Das erhöhte Verkehrsaufkommen von Baufahrzeugen während der Bauphase ergibt eine leicht erhöhte temporäre Lärm- und Schadstoffbeeinträchtigung. Eine baubedingte Beeinträchtigung der Wohn- oder Wohnumfeldfunktion ist aufgrund der Abstände zu Wohnbebauung nicht gegeben.

Baubedingte Störungen der Erholungsfunktionen, die sich insbesondere in Form von Baulärm, baubedingtem Verkehrslärm und Unruhewirkung sowie in geringerem Maße in Form von Schadstoffeinträgen, Geruchsbelästigungen, Erschütterungen und erschwerte Zugänglichkeit ergeben, können im Umfeld des B-Plangebietes in geringem, aber vertretbarem Maße auftreten.

Anlagebedingte Auswirkungen

Nachhaltig beeinträchtigende anlagebedingte Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch sind nicht zu erwarten.

Betriebsbedingte Auswirkungen / Folgewirkungen

Lärm- und Schadstoffemissionen werden v. a. durch Kfz-Bewegungen verursacht. Die Erhöhung des Verkehrsaufkommens ruft voraussichtlich keine erhebliche Beeinträchtigung hervor. Der Verkehr wird gezielt auf Parkplätze geleitet, so dass der „Suchverkehr“ innerhalb und außerhalb des Gebietes so gering wie möglich gehalten wird.

Ein Schallschutzgutachten ist dem Entwurf beigelegt.

3.8.4 Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)

Beeinträchtigungen der Wohn- oder Erholungsfunktionen fallen nicht unter die Eingriffsregelung. Aufgrund der künftigen Nutzung des Plangebietes ist davon auszugehen, dass Erhebliche negative Auswirkungen hinsichtlich des Immissionsschutzes auf das Schutzgut Mensch nicht zu erwarten sind. Ein Monitoring ist nicht vorzusehen.

3.9 Kultur- und sonstige Sachgüter (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7d BauGB)**3.9.1 Bestand und Bewertung**

Als Sachgüter ist die vorhandene Infrastruktur zu nennen. Sie unterliegt keiner besonderen Wertigkeit.

3.8.2 Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)

Bei Nichtdurchführung der Planung ist von einer allmählichen Sukzession der Fläche in Abhängigkeit der Pflegeintensität auszugehen.

3.9.3 Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)

Durch die geplante Bebauung werden die grundsätzlichen Strukturen des Gebietes wieder hergestellt. Eine Beeinträchtigung von Kultur- und Sachgütern ist bei Einhaltung der bauleitplanerischen Festlegungen nicht zu erwarten.

3.9.4 Umweltrelevante Maßnahmen

Für Bodendenkmale, auch solche, die bei Erdarbeiten zufällig neu entdeckt werden, gelten die Bestimmungen des § 11 DSchG M-V. Bei Neufunden ist die UNB unverzüglich zu benachrichtigen und Fund sowie Fundstelle sind bis zum Eintreffen eines Mitarbeiters oder Beauftragten des Landesamtes für Bodendenkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten.

3.9.5 Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)

Erhebliche Auswirkungen sind nicht zu erwarten. Durch die o.g. Maßnahmen ist auch bei einer Neuentdeckung derzeit unbekannter Bodendenkmäler die Bergung und Dokumentation der Denkmale sichergestellt. Weitere Maßnahmen sind nicht erforderlich.

3.10 Wechselwirkungen (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB)**3.10.1 Bestand und Bewertung**

Im Wesentlichen sind im konkreten Fall folgende Wechselwirkungen zu berücksichtigen:

Schutzgut	Wechselwirkungen mit anderen Schutzgütern
Menschen	Schutzgüter Pflanzen, Boden, Wasser, Klima/Luft und Landschaft bilden die Lebensgrundlage des Menschen (die Wohn- / Wohnumfeldfunktion und die Erholungsfunktion sind nicht in ökosystemare Zusammenhänge eingebunden)
Pflanzen	Bestandteil/Strukturelement des Landschaftsbildes Abhängigkeit der Vegetation von den abiotischen Standorteigenschaften

	<p>(Bodenform, Relief, Geländeklima, Grundwasser-Flurabstand) (Pflanzen als Schadstoffakzeptor im Hinblick auf die Wirkpfade Pflanzen-Mensch, Pflanzen-Tier) anthropogene Vorbelastungen von Pflanzen/ Biotopstrukturen (Überbauung, Standortveränderungen)</p>
Tiere	<p>Abhängigkeit der Tierwelt von der biotischen und abiotischen Lebensraumausstattung (Vegetation/ Biotopstruktur, Biotopvernetzung. Lebensraumgröße, Boden, Geländeklima / Bestandsklima, Wasserhaushalt) Spezifische Tierarten / Tierartengruppen als Indikatoren für die Lebensraumfunktion von Biotoptypen/ -komplexen anthropogene Vorbelastungen von Tieren und Tierlebensräumen (Störung, Verdrängung)</p>
Fläche	<p>Abhängigkeit des Schutzgutes Fläche mit dem Landschaftsbild mit den Landschaftsfaktoren Vegetation/Nutzung sowie mit den anthropogenen Vorbelastungen des Landschaftsbildes (Überformung) Abhängigkeit des Flächenverbrauchs zum Schutzgut Boden Einfluss des Flächenverbrauchs auf die Schutzgüter Wasser, Klima, Flora und Fauna, sowie auf die Nutzung und Erholungsnutzung durch den Menschen</p>
Boden	<p>Boden als Lebensraum für Tiere und Menschen, als Standort für Biotope u. Pflanzengesellschaften sowie in seiner Bedeutung für den Landschaftswasserhaushalt (Grundwasserneubildung, Retentionsfunktion, Grundwasserschutz, Grundwasserdynamik) Abhängigkeit der ökologischen Bodeneigenschaften von den geologischen, geomorphologischen, wasserhaushaltlichen, vegetationskundlichen und klimatischen Verhältnissen Boden als Schadstoffseneke und Schadstofftransportmedium im Hinblick auf die Wirkpfade Boden-Pflanzen, Boden-Wasser, Boden-Mensch anthropogene Vorbelastungen des Bodens (Bearbeitung, Stoffeinträge, Verdichtung, Versiegelung) Boden als historische Struktur / Bodendenkmal</p>
Wasser	<p>Abhängigkeit der Grundwasserergiebigkeit von den hydrogeologischen Verhältnissen und der Grundwasserneubildung Abhängigkeit der Grundwasserneubildung von klimatischen, bodenkundlichen und vegetationskundlichen, nutzungsbezogenen Faktoren Abhängigkeit der Grundwasserschutzfunktion von der Grundwasserneubildung und der Speicher- und Reglerfunktion des Bodens oberflächennahes Grundwasser als Standortfaktor für Biotope und Tierlebensgemeinschaften oberflächennahes Grundwasser in seiner Bedeutung als Faktor der Bodenentwicklung Grundwasser als Schadstofftransportmedium im Hinblick auf die Wirkpfade Grundwasser-, Mensch anthropogene Vorbelastungen des Grundwassers (Nutzung, Stoffeintrag)</p>
Klima / Luft	<p>Geländeklima in seiner klimaökologischen Bedeutung für den Menschen sowie als Standortfaktor für Vegetation und Tierwelt Abhängigkeit des Geländeklimas und der klimatischen Ausgleichsfunktion (Kaltluftabfluss u.a.) von Relief, Vegetation, Nutzung und größeren Wasserflächen anthropogene Vorbelastungen des Klimas lufthygienische Situation für den Menschen Bedeutung von Vegetationsflächen für die lufthygienische Ausgleichsfunktion Luft als Schadstofftransportmedium im Hinblick auf die Wirkpfade Luft-Pflanzen, Luft-, Mensch</p>

	anthropogene, lufthygienische Vorbelastungen
Landschaft	Abhängigkeit des Landschaftsbildes von den Landschaftsfaktoren Relief, Vegetation/Nutzung anthropogene Vorbelastungen des Landschaftsbildes (Überformung)

3.10.2 Status-Quo-Prognose (Nichtdurchführung der Planung)

Bei Nichtdurchführung der Planung treten grundsätzlich keine erheblichen Beeinträchtigungen infolge der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern durch Addition oder Potenzieren der Wirkungen auf.

3.10.3 Auswirkungsprognose (Durchführung der Planung)

Die für das Vorhaben relevanten Wechselwirkungszusammenhänge und funktionalen Beziehungen innerhalb von Schutzgütern und zwischen Schutzgütern sind im Rahmen der schutzgutbezogenen Auswirkungsprognose berücksichtigt. Aller Voraussicht nach treten darüber hinaus keine erheblichen Beeinträchtigungen infolge der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern durch Addition oder Potenzieren der Wirkungen auf.

3.10.4 Umweltrelevante Maßnahmen

Es sind keine gesonderten Maßnahmen erforderlich.

3.10.5 Erhebliche Auswirkungen und deren Überwachung (Monitoring)

Erhebliche Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

4. Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes

Mit der Umsetzung der Planung wird sich die Struktur der vom Eingriff betroffenen Flächen verändern. Dies betrifft vor allem die vorhandenen Biotope sowie die faunistischen Funktionen die das Areal gegenwärtig hat. Aus Sicht des Orts- und Landschaftsbildes werden wieder ähnliche Strukturen entstehen, wie sie einstmals vorhanden waren.

Durch den B-Plan Nr. 12 wird eine zu einem mittleren Anteil versiegelte Fläche ausgewiesen. Da die Bebauung auf ehemals versiegelten Flächen stattfindet, kann der Versiegelungsgrad gemindert werden.

5. Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Wirkungen

Das Bundesnaturschutzgesetz § 13 schreibt vor, dass Eingriffe vermieden, vermindert und ausgeglichen werden müssen. Sollte ein Ausgleich nicht möglich sein, sind Ersatzmaßnahmen zur Wiederherstellung der Funktionen für Natur und Landschaft durchzuführen.

Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen

Zur Vermeidung bzw. Minimierung nachteiliger Auswirkungen auf die Umwelt sind folgende Maßnahmen bereits im Rahmen der Vorhabenplanung integriert:

- Begrenzung der Zahl der Vollgeschosse für Sonderbaugebiete
- Festsetzung GRZ für Sonderbaugebiete (ohne Überschreitung der GRZ)
- Festsetzungen bezüglich der Gestaltung der unversiegelten Bereiche (Festsetzung der Anlage von Grünflächen mit Pflanzenbindung gem. Pflanzliste)
- Festsetzungen bezüglich der Neupflanzung von Bäumen

Um baubedingte Biotopverluste zu mindern, sind während der Baudurchführung möglichst Flächen zu nutzen, die anlagebedingt ohnehin versiegelt bzw. überbaut werden. Baustelleneinrichtungen, Lagerplätze u. ä. sollen nicht im Wurzelbereich von Gehölzbeständen eingerichtet werden.

Für zu erhaltende Einzelbäume und Gehölzbestände sind bauzeitlich Schutzmaßnahmen vorzusehen.

Aus artenschutzrechtlichen Gründen werden folgende Vermeidungsmaßnahmen festgesetzt:

V1: Zur Vermeidung einer zukünftigen Besiedlung der Vorhabenfläche zum B-Plan Nr. 12 durch Reptilien sind die Offenflächen regelmäßig kurz zu mähen. Zur Vermeidung von Tötungen oder Verletzungen von Brutvögeln oder deren Entwicklungsformen muss die erste Mahd im Jahr bis zum 21. März bzw. nach dem 21. September erfolgen und dann regelmäßig wiederholt werden. Vor der ersten Mahd muss eine Begehung eines Artexperten für Reptilien erfolgen, um Betroffenheiten des §44 Abs. 1 BNatSchG ausschließen zu können. Das Protokoll ist der Unteren Naturschutzbehörde vorzulegen. Entlang der Hecke an der Westgrenze des Vorhabengebietes ist bis zur Umsetzung des B-Plans Nr. 12 ein ca. 15 m breiter Streifen aus Staudenfluren als Nahrungsfläche und Rückzugsraum für Vögel zu belassen.

V2: Zur Vermeidung von Verletzungen oder Tötungen von Vögeln und ihrer Entwicklungsformen darf die Baufeldfreimachung (Rodung von Gehölzen, Beseitigung der Ruderalflur) im Plangebiet zur Umsetzung des B-Plans Nr. 12 "Ortszentrum Peenemünde" nur außerhalb der Brutzeit von Vögeln, d. h. zwischen dem 21. September und 21. März erfolgen. Ist eine frühere Baufeldfreimachung unabwendbar, ist die Fläche vor Beginn der Arbeiten durch eine fachlich geeignete Person auf anwesende Brutvögel zu kontrollieren. Das Ergebnis ist der unteren Naturschutzbehörde mitzuteilen. Wird ein Brutgeschehen festgestellt, sind die Arbeiten bis zum Ausfliegen der Jungvögel aufzuschieben. Verläuft die Kontrolle negativ, hat die Baufeldfreimachung spätestens eine Woche nach dem Kontrollgang zu erfolgen, um eine Ansiedlung von Brutvögeln zu vermeiden.

Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen

Die Eingriffe durch das Vorhaben bewirken einen Kompensationsflächenbedarf von rund 1,03 ha.

A Ausgleichsmaßnahme

Baumpflanzung

Die Kompensation von 22 entfallenden Einzelbäumen wird durch die Ausgleichspflanzung von 39 Stück Hochstämmen innerhalb des B-Plan Gebietes vorgesehen.

Des Weiteren werden 61 Hochstämmen als Alleebäume, bzw. Baumreihen gepflanzt, die ebenfalls in die Bilanzierung eingehen.

E Ersatzmaßnahme

selbständige Vegetationsentwicklung, Ausgleichsfläche ehemalige Hundestaffel

Zur Kompensation des Verlustes bzw. der Beeinträchtigung von betroffenen Biotoptypen soll eine ca. 1ha große Offenlandfläche wiederhergestellt werden.

Bei dieser Fläche handelt es sich um die ehemalige Hundestaffel der NVA im südlichen Gemeindegebiet von Peenemünde und am nördlichen Stadtrand von Karlshagen. Das Gebiet ist über die Peenestraße/Schützenstraße östlich der Landstraße L264 zu erreichen.

Ziel der Maßnahme ist der Erhalt des Offenlandcharakters der Fläche durch gelenkte Sukzession.

Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Biotopqualitäten sind zudem Müllberäumung und ggf. Abbruch des vorhandenen Gebäudes (ehemaliger Schafstall) sowie die Anlage einer Hecke. Es werden keine zusätzlichen Bebauungen errichtet, da der Offenlandcharakter hergestellt werden soll. Zusätzliche Bauten dürften auch aufgrund der nahe anliegenden

Geothermiebohrung „Gt Karlshagen 2/88“ im Rahmen der Ersatzmaßnahme nicht errichtet werden. Im Abstand von 5 Jahren soll eine Entkesselung durchgeführt werden.

Mit der Maßnahme der selbständigen Vegetationsentwicklung ist der Flächenbedarf von 0,61 ha ausgeglichen. Der Überschuss von 0,44 ha steht für weitere Maßnahmen zur Verfügung.

6. Darstellung der wichtigsten geprüften Alternativen aus Umweltsicht

Aufgrund der vorhandenen baulichen Strukturen sowie der vorhandenen Erschließungsstraßen bietet es sich an, die Bebauung funktionsbezogen teilweise an die vorhandenen Strukturen anzugliedern.

7. Darstellung der Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben

Es traten keine Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben auf. Durch das 2-stufige Verfahren mit der Auslegung des Vorentwurfes können frühzeitig alle relevanten Belange berücksichtigt werden.

Zusammenfassung

Mit dem B-Plan Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die künftige Entwicklung des Gebietes geschaffen. Der Schutz und die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange gehörten ebenso zur planerischen Zielsetzung.

Bei der Planung wurden die Belange der übergeordneten Fachplanungen sowie des Naturschutzes berücksichtigt.

Das Planungsvorhaben bewirkt Eingriffe in Natur und Landschaft, welche durch Maßnahmen der Vermeidung, Minderung sowie durch Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden.

Es kommt zu Beeinträchtigungen, welche einem Kompensationsbedarf von 7.258 FÄ (m²) entsprechen. Der Ausgleichsbedarf besteht dabei im Hinblick auf den Verlust von Biotopfunktionen. Ein additiver Kompensationsbedarf wurde nicht ermittelt.

Die Kompensation wird durch Baumpflanzungen und eine externe Ersatzmaßnahme (Schaffung von Offenlandflächen) erbracht.

8 Hochwasser- und Küstenschutz

Das Plangebiet befindet sich im Küstenschutzstreifen (§ 29 Abs. 1 NatSchAG M-V) des Peenestromes.

Für die im Zusammenhang bebauten Gebiete des Nordteils der Insel Usedom besteht zurzeit kein den heutigen Anforderungen gerecht werdendes Küsten- bzw. Hochwasserschutzsystem. Die folgenden Maßnahmen dienen dazu, den Küsten- und Hochwasserschutz im Plangebiet zu unterstützen:

Die Geländehöhen in den Bereichen der Baufelder SO 2, SO 3 und SO 4 sowie MI 1 und MI 2 variieren etwa zwischen 2,15m und 2,75m NHN und liegen somit zwischen 15cm und 75cm unter dem Wasserstand beim Ruhewasserspiegel des Bemessungshochwasserstandes von 3.00 m ü. NHN. Dementsprechend müssen adäquate Schutzmaßnahmen ergriffen werden. In den genannten Bereichen wird daher u.A. auf eine Unterkellerung verzichtet (s. auch Kapitel 6.3.2 Maß der baulichen Nutzung).

Außerdem wird an den erforderlichen Geländepunkten, an denen die Geländehöhe 3,2m NHN unterschreitet, die Oberkante des Fertigfußbodens OKFF gem. § 9 Abs. 3 S. 1 BauGB auf 3,5m NHN festgesetzt. Für das SO 3 und 4 gilt dies zwingend, für die restliche Fläche des B-Plan-Gebietes wird dies ggf. empfohlen, damit auf lange Sicht der Hochwasser- und Küstenschutz im Plangebiet gewährleistet werden kann. Diese Maßnahme unterstützt die gem. §13 LBauO M-V Schaffung eines tauglichen Bodens für geplante Baugrundstücke.

Weiterhin wird an den erforderlichen Geländepunkten die OK (Fläche, die bis zu 10m vom westlichen Rand des Plangebietes entfernt ist; nach Festlegung vom STALU) auf 3,2m NHN festgesetzt. Zur Reduzierung der Seegangswirkung ist ein flaches Ansteigen des Geländes empfehlenswert. So kann sich das Gelände langsam von 2,40m NHN auf 3,20m NHN erhöhen.

Gem. § 9 Abs.1 Nr. 16 BauGB werden im Plangebiet Flächen als Flächen für den Hochwasserschutz bzw. als Fläche für Hochwasseranlagen gem. § 9 Abs.1 Nr.16 BauGB festgesetzt. Auf der im Süd-Westen gekennzeichneten Fläche ist das Teilvorhaben 1 und 2 zum Sturmflutvorschutz Nordusedom durchgeführt worden. Dementsprechend wurde ein Teil der Straße „Zum Hafen“ durch eine Anrampung als zusätzliche Hochwasserschutzanlage ausgebaut.

III Hinweise

1 Hochwasser- und Küstenschutz

Das Plangebiet befindet sich im Küstenschutzstreifen (§ 29 Abs. 1 NatSchAG M-V) des Peenestromes.

Für die im Zusammenhang bebauten Gebiete des Nordteils der Insel Usedom besteht zurzeit kein den heutigen Anforderungen gerecht werdendes Küsten- bzw. Hochwasserschutzsystem. Die folgenden Maßnahmen dienen dazu, den Küsten- und Hochwasserschutz im Plangebiet zu unterstützen:

Bei baulichen Anlagen ist eine Standsicherheit gegenüber Wasserständen bis 3,0 m NHN und Seegangsbelastungen zu gewährleisten.

Bei der Errichtung der elektrotechnischen Anlagen sowie der etwaigen Lagerung wassergefährdeter Stoffe ist das BHW von 3,0m NHN zu beachten (s. hierzu auch Kapitel 6.4.1 Leitungsbestand).

2 Altlasten

Im Planungsgebiet sind keine Altlasten bekannt. Im Planungsgebiet befinden sich Reste vorangegangener Bauungen (ehemaliger Militärstandort). Aufgrund der ehemaligen Nutzung des Standortes sind Kontaminationen des Bodens nicht auszuschließen.

Für den Fall von weiteren Funden im Plangebiet sind die entsprechenden Bestimmungen zu beachten und die zuständigen Behörden gem. §14 Abs.4 Nr. 2 und 3 LBodSchG M-V zu benachrichtigen. Gegebenenfalls sind die Arbeiten dann zu unterbrechen.

Vor Baubeginn sind vom Bauherrn ggf. zusätzliche Informationen über eine mögliche Kampfmittelbelastung des Baufeldes einzuholen. Erkundungen über die mögliche Kampfmittelbelastung (Kampfmittelbelastungsauskunft) sind gebührenpflichtig beim Munitionsbergungsamt des LPBK M-V einzuholen. Ein entsprechendes Auskunftersuchen wird rechtzeitig vor Bauausführung empfohlen.

3 Kampfmittel

Das Plangebiet des B-Planes Nr.12 liegt in einem kampfmittelbelasteten Gebiet. Hier besteht ggf. Handlungsbedarf. Bei den Kampfmitteln handelt es sich um Bomben mit bis zu einem Gewicht von 500 Kg, um Granaten mit einem Durchmesser von 2 bis 10,5cm und um Raketenteile.

Es ist nicht auszuschließen, dass auch in Gebieten, die nicht als kampfmittelbelastet ausgewiesen sind, Einzelfunde auftreten können. Daher sind Tiefbauarbeiten mit entsprechender Vorsicht durchzuführen. Sollten bei den Arbeiten kampfmittelverdächtige Gegenstände gefunden werden, sind die Arbeiten an der Fundstelle aus Sicherheitsgründen sofort einzustellen, der Fundort ist zu räumen und abzusperren. Über den Notruf der Polizei oder über die nächste Polizeidienststelle ist der Munitionsbergungsdienst M-V zu informieren. Weiterhin ist der Fundort der örtlichen Ordnungsbehörde mitzuteilen.

4 Denkmalschutz, Archäologie

4.1 Bodendenkmal

Im Plangebiet befindet sich gem. § 2 Abs. 1 und 5 DSchG M-V ein geschütztes Bodendenkmal. Für das B-Plan-Vorhaben ist daher eine Genehmigung gem. § 7 DSchG M-V erforderlich.

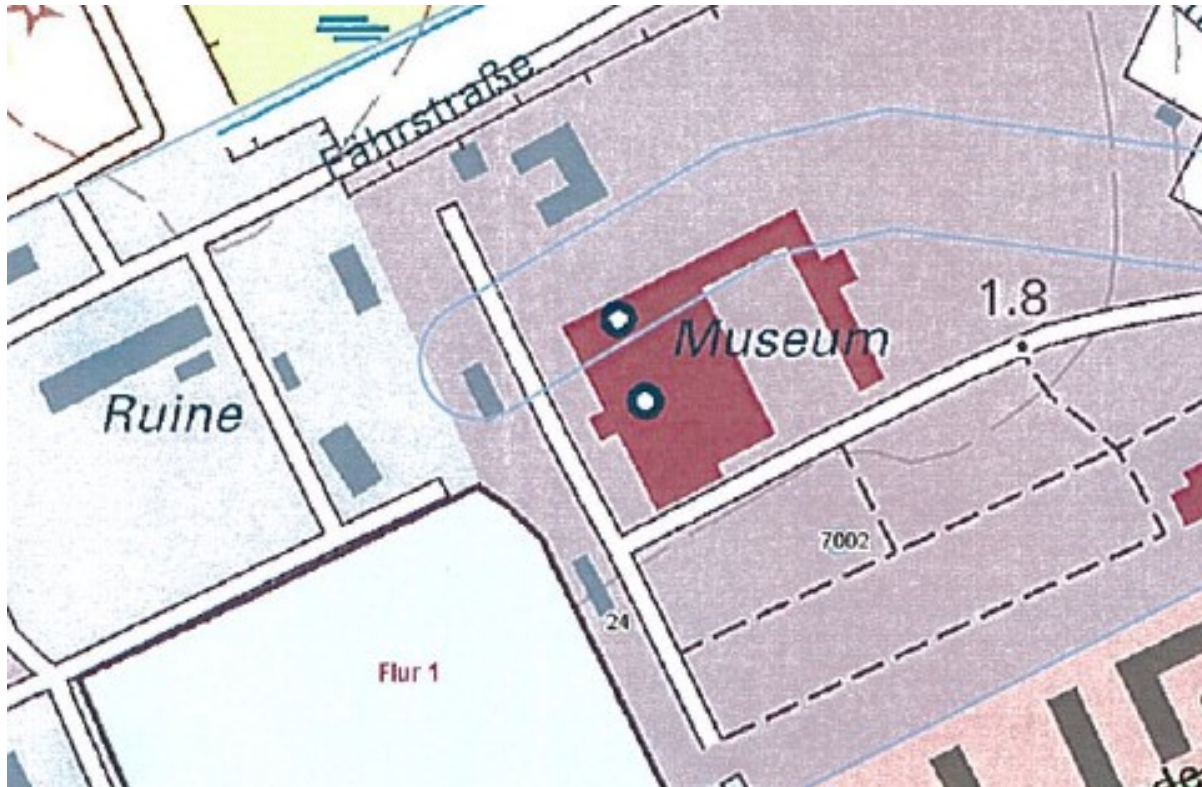


Abbildung 82: Bodendenkmale im Plangebiet (Quelle: Landesamt für Kultur und Denkmalpflege -Archäologie und Denkmalpflege-)

Vor Beginn jeglicher Erdarbeiten muss die fachgerechte Bergung und Dokumentation der mit der Farbe Blau gekennzeichneten Bodendenkmale sichergestellt werden. Die Genehmigung gem. § 7 Abs. 1 DSchG M-V ist bei der Landrätin des LK V-G als untere Denkmalschutzbehörde zu beantragen. Die Kosten für diese Maßnahmen trägt der Verursacher des Eingriffs § 6 Abs. 5 DSchG M-V. Über die in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Bergung und Dokumentation des Bodendenkmals ist das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege rechtzeitig vor Beginn der Erdarbeiten zu unterrichten.

Die archäologische Begleitung des Vorhabens ist mit dem Landesamt für Kultur- und Denkmalpflege vor Baubeginn vertraglich zu vereinbaren.

Die denkmalrechtliche Genehmigung ist vom Bauherrn oder einem vom Bauherrn dafür Bevollmächtigten zu beantragen. Der Bevollmächtigte hat in seinem Antrag darzulegen für wen er die Genehmigung beantragt und die gem. § 14 VwVfG M-V dafür erforderliche schriftliche Bevollmächtigung dem Antrag beizufügen. Soweit eine andere Genehmigung für o. g. Vorhaben gesetzlich vorgeschrieben ist, ersetzt diese Genehmigung gem. § 7 Abs. 6 DSchG M-V die denkmalrechtliche Genehmigung. In diesem Fall hat die Genehmigungsbehörde die Belange des Denkmalschutzes entsprechend dem DSchG M-V zu berücksichtigen und darf die Genehmigung nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege erteilen.

4.2 Flächendenkmal

Nach Information der unteren Denkmalschutzbehörde und des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege -Archäologie und Denkmalpflege- liegt das Plangebiet innerhalb der als Einzeldenkmal anerkannten Gesamtanlage „Gelände der ehemaligen Heeresversuchsanstalt und der Erprobungsstelle der Luftwaffe“, die in die Denkmalliste des Landkreises OVP unter der Nr. 1421 eingetragen ist. Es ist gem. § 2 Abs.1 und 2 DSchG M-V ein geschütztes Denkmal und gem. § 6 Abs.1 DSchG M-V zu erhalten und pfleglich zu behandeln. Alle Veränderungen an einem Denkmal und in seiner Umgebung bedürfen gem. § 7 Abs. 1 DSchG M-V der Genehmigung durch die untere Denkmalschutzbehörde.



Abbildung 9: Flächendenkmal Peenemünde (Quelle: Geoportal MV)

Die Gesamtanlage gehört zu den historischen Stätten von internationalem Rang und ist ein Denkmal mit nationaler Bedeutung. Die Errichtung des Militär- und Industriekomplexes im 2. Drittel des 20. Jahrhunderts hat den Peenemünder Hafen umfassend geprägt und zur vollständigen Umgestaltung der Ortschaft Peenemünde geführt, die ihren Charakter als Fischerdorf verlor. Die militärische Nutzung des Gebiets wurde nach dem Ende der Herrschaft der Nationalsozialisten bis zur politischen Wende kontinuierlich fortgeführt, in etwa zwischen 1945 - 1952 von der Roten Armee der ehemaligen Sowjetunion und anschließend von der kasernierten Volkspolizei auf See und der NVA. Das Vorhabengebiet betrifft die ehemalige Marinedienststelle der NVA, die westlich eines Hauptgebäudes auf einem T-förmigen Grundriss in Längsausrichtung des Haupthafens rechts- und links einer Mittelachse eine riegelartige Bebauung aufwies. Nordwestlich und südwestlich des Vorhabengebiets befinden sich das ortsbildprägende, monumentale Kraftwerkgebäude mit den zugehörigen Nebenanlagen und der Haupthafen.

Im Plangebiet ist weitestgehend auf die Errichtung von Einfriedungen, Hecken und Mauern zu verzichten, damit das Flächendenkmal Peenemünde gem. § 6 Abs. 1 DSchG M-V erhalten bleibt.

Die denkmalrechtliche Genehmigung ist vom Bauherrn oder einem vom Bauherrn dafür Bevollmächtigten zu beantragen. Der Bevollmächtigte hat in seinem Antrag darzulegen für wen er die Genehmigung beantragt und die gem. § 14 VwVfG M-V dafür erforderliche schriftliche Bevollmächtigung dem Antrag beizufügen. Soweit eine andere Genehmigung für o. g. Vorhaben gesetzlich vorgeschrieben ist, ersetzt diese Genehmigung gem. § 7 Abs. 6 DSchG M-V die denkmalrechtliche Genehmigung. In diesem Fall hat die Genehmigungsbehörde die Belange des Denkmalschutzes entsprechend dem DSchG M-V zu berücksichtigen und darf die Genehmigung nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege erteilen.

Eine Beratung zur Bergung und Dokumentation von Bodendenkmalen kann durch die zuständige untere Denkmalschutzbehörde bzw. das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege erfolgen. Die Inanspruchnahme einer Steuervergünstigung für beantragte Baumaßnahmen nach §§ 7i, 10f, 10g, 11b Einkommenssteuergesetz (EStG) setzt voraus, dass die Maßnahmen vor Beginn ihrer Ausführung mit der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald als zuständige Bescheinigungsbehörde abgestimmt worden sind. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die denkmalrechtliche Genehmigung bzw. Baugenehmigung nicht die Abstimmung mit der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald im steuerrechtlichen Bescheinigungsverfahren ersetzt.

5 Bodenschutz

Unbelasteter Bodenaushub ist am Anfallort wieder einzubauen. Ist dies nicht möglich, so ist die untere Bodenschutzbehörde (Standort Anklam) über den Verbleib des Bodens zu informieren.

Treten während der Baumaßnahme Überschussböden auf oder ist es notwendig Fremdböden auf- oder einzubringen, so haben entsprechend § 7 BBodSchG die Pflichtigen Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen zu treffen.

Die Forderungen der §§ 9 bis 12 der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. 1. S. 1554), sind zu beachten.

6 Bohrungen

Der B-Plan befindet sich innerhalb mehrerer Bergbauberechtigungen. Der Eigentümer der Bergbauberechtigungen haben sich im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung unbedenklich zum Vorhaben geäußert, sodass hier kein zusätzliches Planerfordernis besteht

7 Festpunkte der amtlichen geodätischen Grundlagennetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Im B-Plan-Gebiet sowie im unmittelbaren Umfeld des Geltungsbereichs befinden sich gesetzlich geschützte Festpunkte der amtlichen geodätischen Grundlagennetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern. In der Örtlichkeit sind Festpunkte durch entsprechende Vermessungsmarken gekennzeichnet.

Vermessungsmarken nach § 26 des Gesetzes über das amtliche Geoinformations- und Vermessungswesen (Geoinformations- und Vermessungsgesetz – GeoVermG M-V) vom 16. Dezember 2010 (GVBl. M-V S. 713) gesetzlich geschützt:

- Vermessungsmarken dürfen nicht unbefugt eingebracht, in ihrer Lage verändert oder entfernt werden.
- Zur Sicherung der mit dem Boden verbundenen Vermessungsmarken der Lage-, Höhen- und Schwerpunktfeldes darf eine kreisförmige Schutzfläche von zwei Metern Durchmesser weder überbaut noch abgetragen oder auf sonstige Weise verändert werden. Um die mit dem Boden verbundenen Vermessungsmarken auch zukünftig für satellitengestützte Messverfahren (z.B. GPS) nutzen zu können, sollten im Umkreis von 30 m um die Vermessungsmarken Anpflanzungen von Bäumen oder hohen Sträuchern vermieden werden.
- Der feste Stand, die Erkennbarkeit und die Verwendbarkeit der Vermessungsmarken dürfen nicht gefährdet werden, es sei denn, notwendige Maßnahmen rechtfertigen eine Gefährdung der Vermessungsmarken.
- Wer notwendige Maßnahmen treffen will, durch die geodätische Festpunkte gefährdet werden können, hat dies unverzüglich dem Amt für Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen mitzuteilen.

Ein Zuwiderhandeln gegen die genannten gesetzlichen Bestimmungen ist eine Ordnungswidrigkeit und kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

Bei Bauvorhaben in der Nähe der Festpunkte sind die Regelungen zur Bedeutung und Erhaltung der Festpunkte zu beachten und sofern notwendig das Landesamt für innere Verwaltung MV – Amt für Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen – zu kontaktieren.



Abbildung 12: Festpunkte

8 Abbruch und Sanierung

Bei künftig geplanten Abbruch- bzw. Sanierungsarbeiten von bzw. an Gebäuden ist gem. § 6 Gefahrstoffverordnung durch den Auftraggeber eine Ermittlung der vermuteten Gefahrstoffe (Künstliche Mineralfasern, asbesthaltige Materialien, teerhaltige Produkte u. ä.) und eine Abschätzung der von diesen im Sinne der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes möglicherweise ausgehenden Gefährdung vorzunehmen oder durchführen zu lassen. Die Ergebnisse dieser Ermittlung sind gem. § 15 Abs. 5 Gefahrstoffverordnung zu dokumentieren und allen Auftragnehmern, die eventuell auf der Baustelle tätig sein werden, zur Verfügung zu stellen.

Vor Abbruch- und Sanierungsarbeiten sind die gefahrstoffhaltigen Materialien ordnungsgemäß zu entfernen. Des Weiteren sind für Tätigkeiten mit gefahrstoffhaltigen Materialien personelle und technische Voraussetzungen gem. Gefahrstoffverordnung i.V. mit den Technischen Regeln für Gefahrstoffe (TRGS) notwendig. Diese Arbeiten sind rechtzeitig vor Beginn beim LAGuS M-V (asbesthaltige Materialien) bzw. bei Abbruch von PAK-haltigen und KMF-haltigen Materialien der Bau BG anzuzeigen und dem LAGuS M-V als Kopie zuzusenden.

9 Gestalterische Maßnahme

Die Gemeinde Peenemünde verfügt über eine gemeinsame Erklärung zur städtebaulichen und architektonischen Gestaltung. Diese ist bei der Realisierung der Vorhaben zu beachten und ggf. mit dem Bauamt der Gemeindeverwaltung abzustimmen.

10 Arbeitsschutz – Bauarbeiten und Baustellen

Während der künftigen Vorbereitungs- und Ausführungsphase des Bauvorhabens sind vom Bauherrn die Anforderungen aus der Baustellenverordnung einzuhalten bzw. umzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere für den Fall, dass an diesem Vorhaben mehrere Arbeitgeber gleichzeitig oder nacheinander tätig werden, ein geeigneter Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator zu bestellen sowie durch diesen eine Unterlage für spätere Arbeiten an der baulichen Anlage zusammenzustellen.

Eine damit erforderlichenfalls verbundene Vorankündigung der Baumaßnahmen ist spätestens 14 Tage vor Baubeginn an das Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern, Abteilung Arbeitsschutz und technische Sicherheit, Dezernat Stralsund zu übersenden. (Baustellenverordnung - BaustellV) vom 10. Juni 1998 (BGBl. 1, S. 1283) zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 19. Dezember 2022 (BGBl. 2023 I Nr. 1).

11 Kreuzung von Gewässern, Grundwasserabsenkung

Sofern eine Kreuzung von Gewässern II. Ordnung (offene und verrohrte Gräben) erfolgt, ist dies gemäß § 36 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in Verbindung mit §§ 82 und 118 Landeswassergesetz M-V (LWaG) beim Umweltamt des Landkreises Vorpommern-Greifswald, untere Wasserbehörde, anzuzeigen (Ansprechpartner: Herr Wiening, 03834 / 8760 3256). Dazu ist das Bauausführungsprojekt (Ausführungsplanung) mit den detaillierten Angaben zur Gewässerkreuzung einzureichen. Die Kreuzungskordinaten sind im System ETRS 89 / UTM Zone 33 N anzugeben. Die Stellungnahme des zuständigen Wasser- und Bodenverbandes ist den Antragsunterlagen beizufügen.

Falls eine Grundwasserabsenkung erfolgen soll, ist dafür rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald eine wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen. Angaben zu Entnahmemenge, Beginn der Absenkung, Zeitraum, geplante Absenktiefe, Einleitstelle des geförderten Grundwassers sowie ein Lageplan sind anzugeben bzw. vorzulegen. Bei Einleitung des bei der Grundwasserabsenkung geförderten Grundwassers in ein Gewässer 1. Ordnung (z.B. Ostsee, Achterwasser) ist zusätzlich ein Antrag bei der unteren Wasserbehörde des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt (StALU) Vorpommern einzureichen. Ab 2.000 Kubikmeter Grundwasserentnahme ist Wasserentnahmeentgelt zu zahlen.

12 Naturerbe Fläche

Sollten im weiteren Verlauf des Planverfahrens bisher nicht bekannte nachteilige Auswirkungen auf die DBU Naturerbe Fläche auftreten, ist die DBU zu informieren.

13 Zoll

Das Plangebiet ist von folgenden zollrechtlichen Belangen teilweise betroffen:

Gemäß § 15 Abs 1 Zollverwaltungsgesetz – ZoIVG – dürfen Bauten innerhalb einer Entfernung von 100 Metern, in Orten mit geschlossener Bauweise von 50 Metern, vom deutschen Teil der Zollgrenze der Gemeinschaft nur mit Zustimmung des Hauptzollamts errichtet oder geändert werden. Die Entfernung bestimmt sich an der Küste von der Strandlinie an. Der Zustand von Grundstücken darf innerhalb dieses Geländestreifens nur mit Zustimmung des Hauptzollamts verändert werden, wenn die Veränderung über die übliche Bewirtschaftung hinausgeht. Die Zustimmung kann versagt werden, wenn die Sicherheit der Zollbelange gefährdet würde. Sind Bauarbeiten oder Veränderungen ohne Zustimmung des Hauptzollamts ausgeführt worden, so kann das Hauptzollamt verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird. Das vorsätzliche oder fahrlässige Errichten

oder Ändern einer baulichen Anlage ohne Zustimmung des Hauptzollamts kann als Ordnungswidrigkeit geahndet werden (§ 31 Abs. 2 Nr. 3 ZollVG).

Die Zustimmung wird im Rahmen eines eigenständigen Verfahrens durch das Sachgebiet Aufgabenerhebung erteilt. Die entsprechende Zustimmung kann jedoch nicht pauschal, sondern erst vor Beginn eines konkreten Bauvorhabens unter Vorlage der individuellen Planungen erteilt werden.

IV Anhang

Für die Pflanzgebote sind heimische, standortgerechte Bäume und Sträucher, entsprechend nachfolgender Pflanzliste zu verwenden:

Pflanzliste:

Hochstämme (Auswahl)	
Acer campestre	Feld-Ahorn
Acer platanoides	Spitz-Ahorn
Acer pseudoplatanus	Berg-Ahorn
Aesculus hippocastanum	Ross-Kastanie
Betula pendula	Hänge-Birke
Carpinus betulus	Hainbuche
Crataegus laevigata	Rotdorn
Corylus colurna	Baumhasel
Fagus sylvatica	Rotbuche
Juglans regia	Walnuss
Liquidambar styraciflua	Amberbaum
Malus sylvestris	Wildapfel
Malus in Sorten	Obst; Apfel
Prunus in Sorten	Kirsche, Pflaume
Pyrus communis	Birne
Pyrus chanticleer	Zierbirne
Quercus robur	Stiel-Eiche
Quercus petraea	Trauben-Eiche
Sorbus aria	Mehlbeere
Sorbus aucuparia	Eberesche
Sorbus intermedia	Schwedische Mehlbeere

Pflanzenqualität

Hochstämme, H. 3xv.; mDb; 16-18 (Hochstamm, 3 x verpflanzt; mit Drahtballen; Stammumfang in 1 m Höhe 16-18 cm)

V Quellen

Rechtsnormen/Vorschriften

- Satzung des Landkreises Vorpommern-Greifswald über die Abfallentsorgung (Abfallwirtschaftssatzung - AwS), in Kraft seit 1. Januar 2020 Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 2191,2253), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 04. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6 vom 11.01.2023).
- Baunutzungsverordnung - BauNVO i.d.F der Neubekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S.3786), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6 vom 11.01.2023).
- Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. 1. S. 1554) BNatSchG – Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009. BGBl. I S. 2542.
- FFH-RL – Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie). EG-ABI. L 206 vom 22.7.1992, S. 7. Fassung vom 1.1.2007.
- LBodSchG M-V – Landesbodenschutzgesetzes vom 04. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 759), Zuletzt geändert durch Art. 1 G zur Anpassung des Landesrechts im Bereich des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt an die VO (EU) 2016/679 und zur Änd. des AusführungsG zum FlurbereinigungsG vom 5.7.2018 (GVOBl. M-V S. 219)
- LWaG M-V – Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern – in der Fassung vom 30.11.1992. Zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Juni 2021 (GVOBl. M-V S. 866)
- NatSchAG – Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz - NatSchAG M-V) vom 23. Februar 2010), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 2023 (GVOBl. M-V S. 546)
- Merkblatt: Schutz von Versorgungsanlagen bei Bauarbeiten
- VSch-RL – Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Vogelschutz-Richtlinie). EG-ABI. L 103 vom 25.4.1979, S. 1. Fassung vom 23.12.2008.
- VSGLVO M-V – Vogelschutzgebietslandesverordnung – Landesverordnung über die Europäischen Vogelschutzgebiete in Mecklenburg – Vorpommern, Gestz- und Verordnungsblatt für M-V; 12.07.2011, Fassung vom 09.08.2016
- WHG M-V – Wasserhaushaltsgesetz – Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts – in der Fassung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 5)

Fachliche Quellen

BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (1998): Das europäische Schutzgebietssystem NATURA 2000 - BfN-Handbuch zur Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutz-Richtlinie. Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz Heft 53, Bonn-Bad Godesberg

GEOLOGISCHES LANDESAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (1995): Geologische Karte von Mecklenburg-Vorpommern Übersichtskarte M 1: 500.000 - Böden

GEOLOGISCHES LANDESAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (1995): Geologische Karte von Mecklenburg-Vorpommern Übersichtskarte M 1: 500.000 - Grundwasserfließgeschehen

LUNG – LANDESAMT FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND GEOLOGIE M-V (Hrsg.), 2004. Zielarten der landesweiten naturschutzfachlichen Planung – Faunistische Artenabfrage. Materialien zur Umwelt 3: 1-613

LUNG – LANDESAMT FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND GEOLOGIE M-V (Hrsg.), 2006. LINFOS – Kartenportal Umwelt Mecklenburg-Vorpommern. <http://www.umweltkarten.mv-regierung.de/script/>

LANDESAMT FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND GEOLOGIE MECKLENBURG-VORPOMMERN 2013, Heft 2: Anleitung für Kartierung von Biotoptypen und FFH-Lebensräumen

LBP-Leitfaden 2002, Leitfaden zur Erstellung und Prüfung Landschaftspflegerischer Begleitpläne zu Straßenbauvorhaben in Mecklenburg-Vorpommern. Froelich & Sporbeck 2002, erstellt im Auftrag des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr Mecklenburg-Vorpommern, Bochum/Schwerin, September 2002

LUNG Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern (1999) Hinweise zur Eingriffsregelung; Schriftenreihe des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie 1999 / Heft 3

Merkblatt für die Schaffung von Kreisverkehren

Quellen der Abbildungen:

Abb. 3: Hafbereich REK 2020

Abb. 4: Hafbereich REK-Fortschreibung

Abb. 5: ehem. Marinedienststelle vor Abbruchmaßnahme

Abb. 9: Hafquartier - Leitidee

Planungsgruppe 4 GmbH

CESA

HTM

CESA

Peenemünde, den

Der Bürgermeister



Gemeinde Peenemünde



Ingenieurplanung - Ost GmbH
Ingenieure und Landschaftsplaner

Bebauungsplan Nr. 12
"Ortszentrum Peenemünde"

Anlage I zum
Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag

- Faunistische Erfassungen -

Greifswald, September 2015

INGENIEURPLANUNG - OST GmbH
Ingenieure und Landschaftsplaner
Poggenweg 28
17489 Greifswald

Tel. : 03834/5955-0
Fax : 03834/5955-55
E-Mail: ipo@ingenieurplanung-ost.de

Inhalt

1	Anlass und Aufgabenstellung	2
2	Untersuchungsgebiet	2
3	Methodik	4
3.1	<i>Brutvögel</i>	4
3.2	<i>Reptilien</i>	4
4	Ergebnisse	5
4.1	<i>Brutvögel</i>	5
4.2	<i>Reptilien</i>	7
5	Auswertung	7
5.1	<i>Brutvögel</i>	7
5.2	<i>Reptilien</i>	8
	Literatur	8
	Anlagen	9
	<i>Anlage I – Brutvogelerfassung, Blätter 1-3</i>	
	<i>Anlage II – Reptilienerfassung, Blatt 1</i>	

1 Anlass und Aufgabenstellung

Auf der Fläche der ehemaligen Marinedienststelle Peenemünde soll ein attraktives Baugebiet entwickelt werden. Im Mittelpunkt der Überplanung soll die Konzipierung eines modernen Ortszentrums stehen. Zur planungsrechtlichen Sicherung der vorgesehenen Nutzungen ist die Aufstellung eines Bebauungsplans – hier B-Plan Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ durch die Gemeinde Peenemünde erforderlich.

Seit dem Rückbau der Baracken auf dem zu überplanenden Gelände im Jahr 2012 liegt die Fläche der ehemaligen Marinedienststelle brach, in den Randbereichen sind noch Bäume und Hecken vorhanden. Brachflächen mit Ruderalfluren, Hecken und Bäume können Lebensräume für verschiedene Tierarten darstellen, welche mit der Umsetzung des B-Plans Nr. 12 dauerhaft verloren gehen. Ein Bebauungsplan verliert allerdings seine Planrechtfertigung, wenn seiner Umsetzung dauerhaft zwingende Vollzugshindernisse entgegenstehen, die sich u. a. aus den artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 Abs. 1 BNatSchG ergeben können. Zur Feststellung betroffener Arten und deren rechtssicherer Bewertung im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag war entsprechend den Hinweisen der unteren Naturschutzbehörde eine Erfassung von

- Brutvögeln
- Reptilien

erforderlich. Die übrigen Artengruppen, für die keine oder nur geringe Betroffenheiten zu erwarten sind, werden im Rahmen einer worst-case Betrachtung im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag geprüft.

2 Untersuchungsgebiet

Das Untersuchungsgebiet für die Brutvogel- und Reptilienerfassung umfasst den ca. 5,8 ha großen Planungsraum für das B-Plan Vorhaben Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“. Eine Übersicht des B-Plan- bzw. Untersuchungsgebietes findet sich in Abbildung 1. Der Übersichtlichkeit halber wurde es in drei Teilflächen untergliedert.

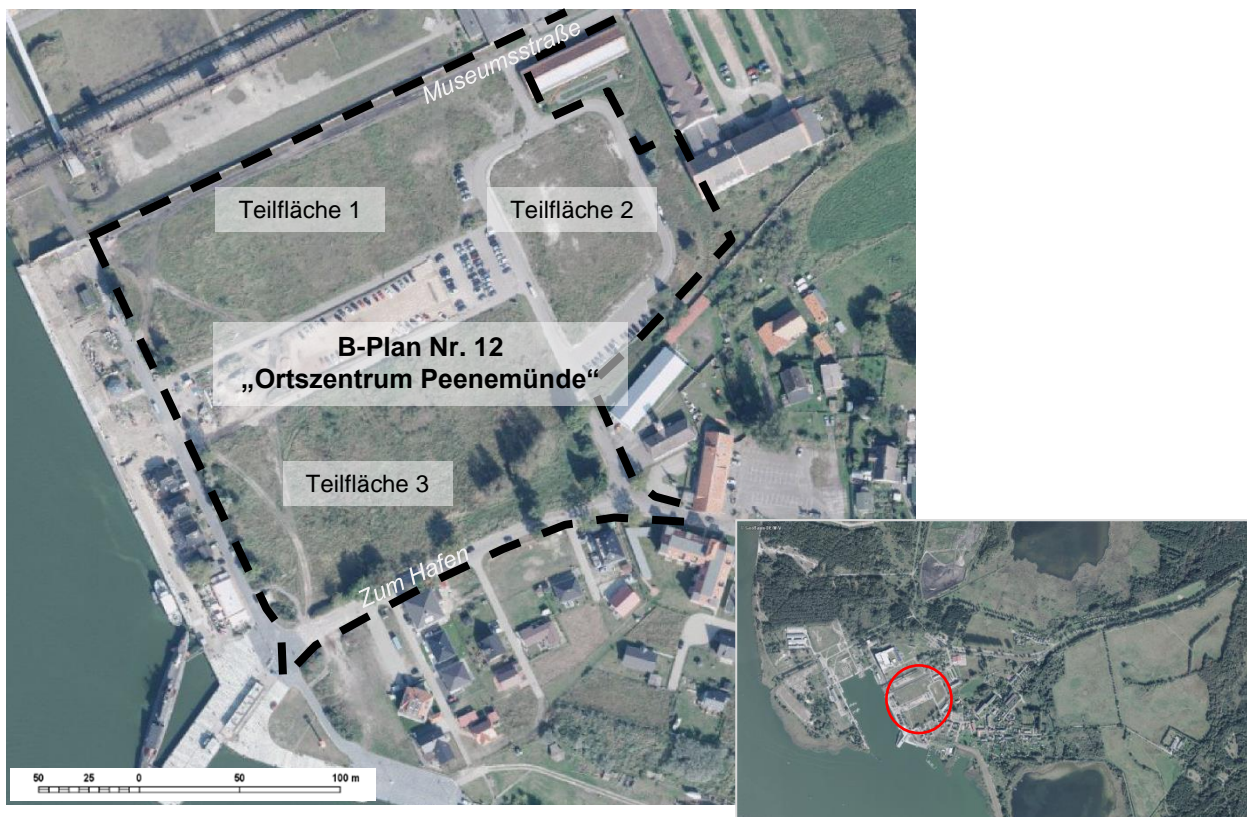


Abbildung 1

Lage und Umfang des Untersuchungsgebietes zum B-Plan Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“.

Quelle Luftbilder: Gaia M-V, Juni 2015

Das Untersuchungsgebiet ist geprägt durch Ruderalfluren, die durch z. T. großflächige Rohbodenbereiche unterbrochen sind; in Abbildung 1 sind diese eingeschränkt zu erkennen. **Teilfläche 1** wird westlich durch zwei Baumgruppen aus heimischen Nadel- und Laubgehölzen gegenüber der Hafenpromenade begrenzt. Des Weiteren sind im westlichen und dem äußeren östlichen Teil junge Zitterpappeln aufgewachsen. Der Mittelteil der Fläche ist frei von Jungwuchs. Neben dem Parkscheinautomat befindet sich eine kleine Gruppe Kiefern. Einen Eindruck der Teilfläche 1 vermittelt Abbildung 2. **Teilfläche 2** liegt etwas höher und wird von der Museumsstraße eingeschlossen (Abbildung 1), deren Ostseite insgesamt fünf Tannen und ein Ahorn säumen. Der mittlere Teil der Fläche ist nur spärlich bis gar nicht bewachsen. Im südlichen und westlichen Randbereich hingegen sind junge Zitterpappeln aufgewachsen. Die Abbildungen 3a und b geben einen Überblick über Teilfläche 2. **Teilfläche 3** weist mit der Hecke aus heimischen Gehölzen an der Süd- und Westgrenze, der Baumreihe aus Birken sowie dem buschartigen Aufwuchs von Essigbaum nahe einer größeren Rohbodenfläche die größte Strukturvielfalt auf. Darüber hinaus befinden sich an der Straße Zum Hafen einzelne, ältere Ahorn-Bäume. Abbildung 4 zeigt einen Überblick über die Fläche. Gemeinsam sind den Teilflächen 2 und 3 die Trampelpfade, welche jeweils im westlichen Bereich die Fläche durchqueren (vgl. Abbildung 1).



Abbildung 2 (links)

Übersicht Teilgebiet 1 zwischen Parkplatz und HTM mit Ruderalflur, offenen Bodenstellen mit Abbruchmaterial im östlichen Teil und Pappeljungwuchs, im Hintergrund eine Baumgruppe.
Foto: 21.05.2015

Abbildung 3a & b (unten)

Übersicht Teilgebiet 2 zwischen Museumsstraße und Phänomena in Richtung a) Wohngebiet am Hafen; im Hintergrund Baumreihe von Teilgebiet 3 und b) HTM mit Ruderalflur, Pappeljungwuchs und mittig einer großen, offenen Sandstelle.
Fotos: 21.05.2015



Abbildung 4

Übersicht Teilgebiet 3 zwischen Parkplatz und Wohngebiet am Hafen mit Einzelbäumen, Ruderalflur, Jungwuchs von Pappel und Essigbaum und einer offenen Bodenstelle sowie Trampelpfaden im südlichen Teil; im Hintergrund begleitende Hecke aus heimischen Sträuchern.
Foto: 21.05.2015

3 Methodik

3.1 Brutvögel

Entsprechend den Empfehlungen des Handbuches „Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands“ (SÜDBECK P. et al. (Hrsg.) 2005) liegt der Schwerpunkt einer Brutvogelkartierung auf den Monaten Mai und Juni. Auf Grund der insgesamt kühlen und wechselhaften Witterung mit häufig starkem Wind und einer hohen zeitlichen Auslastung der Gutachterin durch weitere Kartierungen konnte der erste Begehungstermin erst relativ spät wahrgenommen werden. Das zu erwartende Artenspektrum innerhalb des Untersuchungsgebietes war allerdings gering, so dass keine relevanten Nachweisausfälle wegen des späten Kartierbeginns zu erwarten waren. Auf eine Nachtbegehung wurde ebenfalls verzichtet, da das Vorhabengebiet sowie dessen unmittelbare Umgebung keinen Lebensraum für Eulen u. a. nachtaktive Vögel bietet.

Das Untersuchungsgebiet wurde an vier Terminen in den frühen Morgenstunden begangen (Tabelle 1). Die Begehung am 02.06.2015 musste auf Grund des zunehmend schlechten Wetters abgebrochen werden, da eine vollständige Erfassung nicht gewährleistet werden konnte. Während der Begehungen wurde auf typisches territoriales Verhalten wie Gesang, Nest bauen und fütternde Altvögel sowie Jungvögel geachtet. Die Bäume wurden auf Baumhöhlen und Nester hin untersucht. Als Hilfsmittel kam ein Fernglas (Docter 10x42) zum Einsatz.

Tabelle 1: Übersicht der Termine zur Brutvogelerfassung auf der Planfläche zum B-Plan Nr. 12

Datum	21.05.2015	02.06.2015	05.06.2015	17.06.2015
Uhrzeit	6.00-7.30 Uhr	6.00- Uhr (abgebrochen)	6.00-7.30 Uhr	05.30-7.00 Uhr
Wetter	sonnig, leichter Wind	bedeckt, starker Wind	sonnig, leichter Wind	sonnig, auffrischender Wind
Temperatur	8,5 °C	7 °C	11 °C	8 °C

3.2 Reptilien

Bei der Erfassung von Reptilien für eine spätere artenschutzrechtliche Bewertung sind die drei Arten Schlingnatter (*Coronella austriaca*), Zauneidechse (*Lacerta agilis*) und Europäische Sumpfschildkröte (*Emys orbicularis*) relevant. Letztere kann auf Grund fehlender Habitataignung aber von vornherein ausgeschlossen werden. Aus dem Umfeld des Flughafens Peenemünde, welcher sich etwa 2 km nördlich des Untersuchungsgebietes befindet, sind Vorkommen der Schlingnatter (*Coronella austriaca*) bekannt. Der Schwerpunkt der Reptilienuntersuchung lag daher auf der Erfassung möglicher Vorkommen dieser Art auf der Vorhabenfläche. Auf eine Ausweitung des Untersuchungsraumes wurde vorbehaltlich positiver Nachweise zunächst verzichtet, da angrenzend keine geeigneten Lebensräume zur Verfügung stehen.

Nach HACHTEL (Hrsg.) (2009) steigt die Nachweisdichte der zurückgezogen lebenden Schlingnatter gegenüber der klassischen Sichtbeobachtung mit der Ausbringung von künstlichen Verstecken (KV). Aus diesem Grund wurden im Untersuchungsgebiet Mitte April insgesamt 33 schwarze Wellplatten aus Kunststoff mit einer Größe von 20x30 bis 40x60 cm an geeigneten Stellen – Randstrukturen, aber auch inmitten von Vegetation – ausgelegt. Eine Übersicht findet sich in Anlage II, Blatt 1. Für den Nachweis der Zauneidechse sind KV nicht zwingend erforderlich, erleichtern aber ggf. den Nachweis. Gleiches gilt für die Waldeidechse (*Zootoca vivipara*).

Als optimaler Zeitraum für die Erfassung der Schlingnatter gilt Mitte Juni bis Ende September (HACHTEL (Hrsg.) 2009). Der Erfassungszeitraum der Zauneidechse (sowie der Waldeidechse) erstreckt sich von Mitte April bis Ende September. Tabelle 2 gibt eine Übersicht der Erfassungstermine. Im Zuge der Kontrollen wurde auf sich auf den KV sonnende Tiere geachtet; sofern keine Tiere auf den KV saßen, wurden die Wellpappen vorsichtig umgedreht. Weiterhin wurden Randstrukturen innerhalb der Flächen langsam und vorsichtig abgescritten und es wurde auf sich sonnende oder flüchtende Tiere geachtet.

Tabelle 2: Übersicht der Termine zur Reptilienerfassung auf der B-Planfläche

Datum	21.05.2015	02.06.2015	05.06.2015	17.06.2015	09.07.2015
Uhrzeit	9.00-10.00 Uhr	7.30-8.30 Uhr	9.00-10.00 Uhr	9.15-10.00 Uhr	19.00-19.15 Uhr
Wetter	sonnig, leichter Wind	bedeckt, starker Wind	sonnig, leichter Wind	sonnig, auffrischender Wind	stark bewölkt, Nieselregen
Temperatur	17 °C	10 °C	18 °C	13 °C	12 °C

4 Ergebnisse

4.1 Brutvögel

Die Einzelnachweise der Brutvogelerfassung auf dem Vorhabengelände zum B-Plan Nr. 12 sind den Blättern 1-3 der Anlage I zu entnehmen. Die Nachweise der Begehung vom 02.06.2015 wurden in die Karte vom 05.06.2015 integriert. Höhlenbäumen wurden nicht gefunden.

Insgesamt konnten während der vier Begehungen 24 Vogelarten erfasst werden, eine Übersicht dazu gibt Tabelle 3. Überfliegende Möwen und Kormorane wurden nicht berücksichtigt, da diese Arten für das Vorhaben nicht von Relevanz sind.

Für das Vorhabengebiet zum B-Plan Nr. 12 wurden nachweislich sieben Arten ermittelt, die auf der Fläche brüten (können). Der Großteil der übrigen nachgewiesenen Arten brütet am HTM und sucht das Vorhabengebiet als Nahrungsfläche oder zur Suche nach Nistmaterial auf. Tabelle 3 gibt eine zusammenfassende Übersicht der auf der Vorhabenfläche nachgewiesenen Arten und deren Schutzstatus.

Tabelle 3: Übersicht der Brutvögel und Gäste auf dem Vorhabengelände während der Brutvogelerfassung 2015 (Abk. HTM: Historisch Technisches Museum)

Art	lat. Name	Status/Beschreibung	RL-D	RL-MV	VS-RL Anh. I
Amsel	<i>Turdus merula</i>	überfahren auf Straße „Zum Hafen“, Baumhecke als Brutplatz geeignet	–	–	–
Bachstelze	<i>Motacilla alba</i>	Nahrungsgast, Brut am HTM	–	–	–
Bluthänfling	<i>Carduelis cannabina</i>	Brut im Vorhabengebiet	–	–	–
Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	Brut im Vorhabengebiet, 2 BP , Abbildung 5 u. 6	–	–	–
Elster	<i>Pica pica</i>	Brut in Birken auf HTM-Gelände, vormals auch im Vorhabengebiet (Fichten nahe Phänomenta)	–	–	–
Feldsperling	<i>Passer montanus</i>	Nahrungsgast, Brut an umliegenden Gebäuden außerhalb der Vorhabenfläche	V	3	–
Gartengrasmücke	<i>Sylvia borin</i>	Brut nordöstlich Vorhabengebiet	–	–	–
Girlitz	<i>Serinus serinus</i>	Brut im Vorhabengebiet	–	–	–
Graureiher	<i>Ardea cinerea</i>	überfliegend	–	–	–
Haussperling	<i>Passer domesticus</i>	Nahrungsgast, Brut am HTM	V	V	–

Hausrotschwanz	<i>Phoenicurus ochruros</i>	Nahrungsgast, Brut am HTM	–	–	–
Kohlmeise	<i>Parus major</i>	Nahrungsgast	–	–	–
Mehlschwalbe	<i>Delichon urbicum</i>	Nahrungsgast, 1 BP an Promenadenbebauung, >10 BP an HTM	–	–	–
Mauersegler	<i>Apus apus</i>	Nahrungsgast, Brut an HTM	–	–	–
Neuntöter	<i>Lanius collurio</i>	Durchzügler	–	V	x
Nebelkrähe	<i>Corvus corone cornix</i>	Nahrungsgast	–	–	–
Rauchschwalbe	<i>Hirundo rustica</i>	Nahrungsgast, mehrere BP am HTM	V	V	–
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>	Brut im Vorhabengebiet (wahrscheinlich)	–	–	–
Star	<i>Sturnus vulgaris</i>	Nahrungsgast, mehrere BP am HTM	–	–	–
Schwarzkehlchen	<i>Saxicola rubicola</i>	Brut im Vorhabengebiet (wahrscheinlich)	V	–	–
Sumpfrohrsänger	<i>Acrocephalus palustris</i>	unverpaartes Männchen	–	–	–
Türkentaube	<i>Streptopelia decaocto</i>	Durchzügler	–	–	–
Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>	Brut nordöstlich Vorhabengebiet	–	–	–
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>	unverpaartes Männchen	–	–	–

Rote Liste (RL): 0 - ausgestorben bzw. verschollen, 1 - vom Aussterben bedroht, 2 - stark gefährdet, 3 - gefährdet, 4 - potentiell gefährdet, So - Sonstige Angaben: R - extrem selten; G - Gefährdung unbekanntes Ausmaßes; V - Vorwarnliste; * - nicht gefährdet; k. A. - keine Angabe



Abbildung 5
Belegfoto singende Dorngrasmücke (*Sylvia communis*) in Pappeljungwuchs auf Teilfläche 1.
Foto: 21.05.2015



Abbildung 6
Belegfoto fütternde Dorngrasmücke (*Sylvia communis*) in Baumhecke auf Teilfläche 3.
Foto: 05.06.2015

4.2 Reptilien

Die Einzelnachweise der Reptilienerfassung für den Geltungsbereich des B-Plans Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ sind Blatt 1 der Anlage II zu entnehmen.

Insgesamt konnte während vier Begehungen nur ein männliches Exemplar der **Waldeidechse** (*Zootoca vivipara*) am 02.06.2015 auf Teilfläche 3 dokumentiert werden (Abbildung 7). Das Tier wurde während des Schlecht-Wetter-Termins unter einer Wellplatte im Übergangsbereich zwischen Hochstaudenflur und Offenfläche gefunden.



Abbildung 7
Belegfoto Waldeidechse (*Zootoca vivipara*) ♂ unter Wellplatte auf Teilfläche 3. Foto: 02.06.2015

Bei den Begehungen am 05.06. und 17.06.2015 waren bereits Teilflächen des Untersuchungsgebietes gemäht (vgl. Anlage I, Blatt 2 und 3). Bei der Begehung der Vorhabenfläche am 09.07.2015 wurde festgestellt, dass die gesamte Fläche inkl. des Jungwuchses gemäht war (Abbildung 8). Damit kann eine **Eignung** als **Lebensraum** für die **Schlingnatter** (*Coronella austriaca*) **ausgeschlossen** werden. Eine weitere Erfassung der Zauneidechse (*Lacerta agilis*) wurde nach dem 09.07.2015 nicht durchgeführt. Bei den vorausgegangenen Terminen konnten keine Zauneidechsen festgestellt werden und auch die Eignung der Fläche als deren Lebensraum ist begrenzt, da nach der ersten Komplettmahd weitere Mahdtermine folgten (priv. Beob.). Aus diesem Grund waren keine Nachweise der Zauneidechse zu erwarten.



Abbildung 8
Belegfotos der komplett gemähten Vorhabenfläche

Foto: 09.07.2015

5 Auswertung

5.1 Brutvögel

Eine gesonderte Auswertung zu Brutvögeln findet nicht statt, sondern erfolgt im Rahmen der Relevanzprüfung im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag.

Eine Betroffenheit von Brutvögeln durch das B-Planvorhaben „Ortszentrum Peenemünde“ ist entsprechend der Ergebnisse der Brutvogelerfassung 2015 zu erwarten.

Weiterhin ist eine Betroffenheit der Mehlschwalbe (*Delichon urbicum*) und der Rauchschnalbe (*Hirundo rustica*), welche am HTM zahlreiche Brutplätze besitzen, durch die zukünftige Versie-

gelung der Flächen innerhalb des B-Plangebietes nicht auszuschließen. Die Vögel suchen das Vorhabengebiet zur Nahrungssuche sowie zur Aufnahme von Nistmaterial auf. Ggf. erforderliche Maßnahmen sind aus Sicht der Gutachterin im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag zu prüfen.

5.2 Reptilien

Die Reptilienuntersuchung im Jahr 2015 ergab lediglich einen Nachweis der Waldeidechse (*Zootoca vivipara*). Dabei handelte es sich um ein männliches Exemplar, so dass eine Reproduktion der Waldeidechse auf der Vorhabenfläche nicht wahrscheinlich ist. Schutzmaßnahmen im Rahmen der Baufeldfreimachung sind für diese Art auf Grund der geringen Nachweisdichte nicht erforderlich. Zudem unterliegt die Waldeidechse nicht dem europäischen Artenschutzrecht und ist somit für das B-Plan-Vorhaben keine betrachtungsrelevante Art. Allerdings wird empfohlen, die Fläche unter Beachtung der Brutvogelvorkommen auch weiterhin zu mähen, um eine zukünftige Ausbreitung der Waldeidechse auf der Vorhabenfläche zu vermeiden. Zu Beginn der Reptilienerfassung war der Lebensraum auf der Vorhabenfläche für die Waldeidechse relativ gut geeignet; nach dem Mähen der Flächen ist die Lebensraumeignung auf Grund fehlender Versteckmöglichkeiten aber erloschen.

Mit der Begehung am 17.06.2015 konnte nur ein Termin innerhalb des nach HACHTEL (Hrsg.) (2009) angegebenen, günstigen Erfassungszeitraumes für die Schlingnatter (*Coronella austriaca*) wahrgenommen werden. Allerdings erlosch mit dem Mähen der gesamten B-Planfläche auch die potentielle Lebensraumeignung für die Schlingnatter. Auf Grund der vorausgegangenen geringen Nachweisdichte von Eidechsen und Blindschleichen, aber auch Jungvögeln, welche der Schlingnatter als Nahrung dienen, war die Wahrscheinlichkeit eines Schlingnattervorkommens im B-Plangebiet insgesamt sehr gering. Mäuse, die ebenfalls eine Nahrungsquelle darstellen, wurden vereinzelt verhört. Neben der schlechten Nahrungsverfügbarkeit kam der hohe Störungsgrad durch die Teilmähflächen (02. und 17.06.2015) hinzu. Mit den Mäh- und Rohbodenflächen sowie den Trampelpfaden waren die verbleibenden Versteckstrukturen (verfilzte Hochstauden etc.) stark reduziert. Gleichzeitig handelt es sich bei der Vorhabenfläche nicht um einen thermisch begünstigten Bereich, da Schattenwurf von Bäumen und Jungwuchs sowie ein ständiger, wenn meist auch nur leichter Wind, ein starkes Aufheizen der Fläche verhindern. Die Vorzugstemperatur der Schlingnatter als xerothermophile Art liegt zwischen 24 °C und 29 °C, welche voraussichtlich nur selten erreicht wird. Zudem fehlen geeignete Sonnenplätze. Als weiteres mögliches Ausschlusskriterium kommt hinzu, dass die Flächen bis 2012 mit Baracken und Gehölzen bestanden waren, wodurch ein früheres Vorkommen von Schlingnatter und auch Zauneidechse (*Lacerta agilis*) eher ausgeschlossen werden kann. Geeignete Ausbreitungskorridore vom Flugplatz Peenemünde, wo beide Arten bereits nachgewiesen sind, in Richtung Hafen, die eine schnelle Besiedlung der neu entstandenen Ruderalflächen erlaubt hätten, sind aus Sicht der Gutachterin nicht vorhanden.

Eine Betroffenheit von Reptilien durch das B-Planvorhaben „Ortszentrum Peenemünde“ ist entsprechend der Ergebnisse der Reptilienerfassung 2015 nicht zu erwarten.

Literatur

- HACHTEL M., SCHLÜPMANN M., THIESMEIER B. & WEDDELING K. (Hrsg.) 2009: Erfassung von Reptilien – eine Übersicht über den Einsatz künstlicher Verstecke (KV) und die Kombination mit anderen Methoden. *Zeitschrift für Feldherpetologie*, Supplement **15**: 85-134.
- SÜDBECK P. et al. (Hrsg.) (2005): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. Radolfzell.

Anlagen

Anlage I – Brutvogelerfassung, Blätter 1-3

Anlage II – Reptilienerfassung, Blatt 1

Brutvogelkartierung 2015

21.05.2015 – 6.00-7.30 Uhr, 8,5 °C, sonnig, leichter Wind



Legende

Vogelarten

- A = Amsel
- Ba = Bachstelze
- Dg = Dorngrasmücke
- E = Elster
- Fe = Feldsperling
- Gg = Gartengrasmücke
- Gi = Girlitz
- Grr = Graureiher
- H = Haussperling
- Hä = Bluthänfling
- Hr = Hausrotschwanz
- K = Kohlmeise
- M = Mehlschwalbe
- Ms = Mauersegler
- Nt = Neuntöter
- Nk = Nebelkrähe
- Rs = Rauchschwalbe
- Rt = Ringeltaube
- S = Star
- Su = Sumpfrohrsänger
- Swk = Schwarzkehlchen
- Tt = Türkentaube
- Z = Zaunkönig
- Zi = Zilpzalp

Symbole

- + = singend, balzend
- < = rufend
- ! = warnend
- !! = Revierkampf
- ♂ = Männchen
- ♀ = Weibchen
- juv = Jungvogel
- = 1 Paar
- ⊥ = Nahrungssuche
- # = mit Futter
- † = tot



B-Plan Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“

Brutvogelkartierung 2015

ohne Maßstab

Anlage: I
Blatt Nr.: 1

Bearbeitet:
Greifswald, Juni 2015



INGENIEURPLANUNG-OST GmbH
Ingenieure und Landschaftsplaner
17489 Greifswald • Poggenweg 28
Telefon: (03834) 5955-0 • Fax: (03834) 5955-55

Brutvogelkartierung 2015

17.06.2015 – 5.30-7.00 Uhr, 8 °C, sonnig, auffrischender Wind



Legende

Vogelarten

- A = Amsel
- Ba = Bachstelze
- Dg = Dorngrasmücke
- E = Elster
- Fe = Feldsperling
- Gg = Gartengrasmücke
- Gi = Girlitz
- Grr = Graureiher
- H = Haussperling
- Hä = Bluthänfling
- Hr = Hausrotschwanz
- K = Kohlmeise
- M = Mehlschwalbe
- Ms = Mauersegler
- Nt = Neuntöter
- Nk = Nebelkrähe
- Rs = Rauchschwalbe
- Rt = Ringeltaube
- S = Star
- Su = Sumpfrohrsänger
- Swk = Schwarzkehlchen
- Tt = Türkentaube
- Z = Zaunkönig
- Zi = Zilpzalp

Symbole

- + = singend, balzend
- < = rufend
- ! = warnend
- !! = Revierkampf
- ♂ = Männchen
- ♀ = Weibchen
- juv = Jungvogel
- = 1 Paar
- ⊥ = Nahrungssuche
- # = mit Futter
- † = tot



B-Plan Nr. 12
„Ortszentrum Peenemünde“

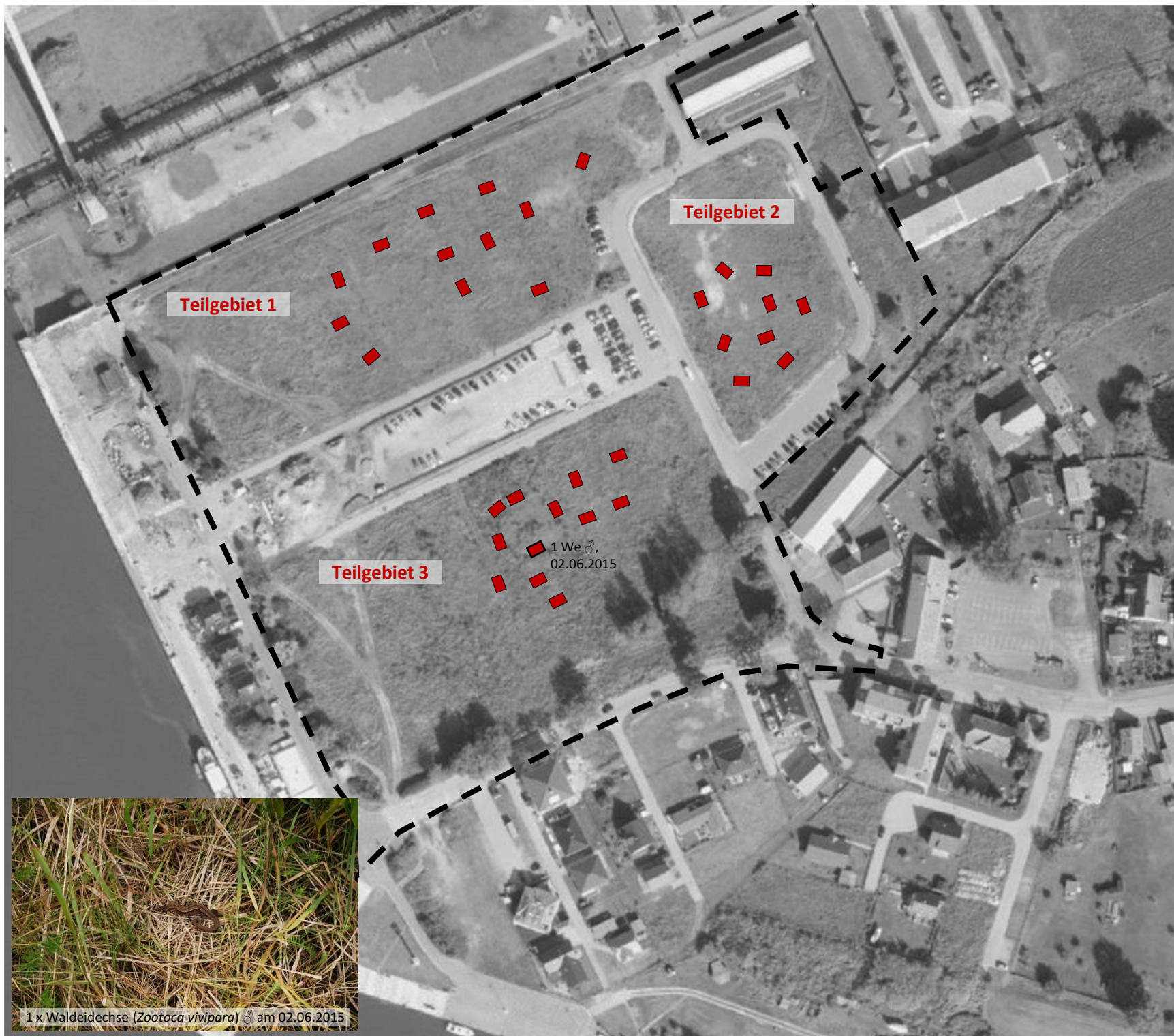
Brutvogelkartierung 2015 ohne Maßstab Anlage: I
 Blatt Nr.: 3

Bearbeitet:
 Greifswald, Juni 2015

IPo INGENIEURPLANUNG-OST GmbH
 Ingenieure und Landschaftsplaner
 17489 Greifswald • Poggenweg 28
 Telefon: (03834) 5955-0 • Fax: (03834) 5955-55

Reptilienkartierung 2015

Zusammenfassung 4 Begehungen (Termine siehe Text)



Legende

Reptilienarten

We = Waldeidechse

Sonstiges

■ = Wellplatte, schwarz
Größen: 20x30 cm und 40x60 cm



	B-Plan Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“		Bearbeitet: Greifswald, Juni 2015 INGENIEURPLANUNG-OST GmbH Ingenieure und Landschaftsplaner 17489 Greifswald • Poggenweg 28 Telefon: (03834) 5955-0 • Fax: (03834) 5955-55
	Reptilienkartierung 2015	ohne Maßstab	



Gemeinde Peenemünde



IPO Unternehmensgruppe GmbH
INGENIEURPLANUNG&ORGANISATION

**Bebauungsplan Nr. 12
„Ortszentrum Peenemünde“**

Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag

Entwurf; 2. Durchgang

Greifswald, Mai 2023

IPO Unternehmensgruppe GmbH
IngenieurPlanung & Organisation
Storchenwiese 7 • 17489 Greifswald

Tel. : 03834/888790
Fax : 03834/8887990
E-Mail: ipo@ipogmbh.de

Inhalt

1	Anlass und Aufgabenstellung	3
2	Umfang und Wirkung des Vorhabens	3
2.1	<i>Geltungsbereich B-Plan Nr. 12</i>	3
2.2	<i>Vorhabensbeschreibung</i>	3
2.3	<i>Zeitlicher Rahmen</i>	4
2.4	<i>Wirkfaktoren</i>	6
2.5	<i>Untersuchungsgebiet (UG)</i>	7
3	Bestandserfassung relevanter Arten	8
3.1	<i>Datengrundlagen</i>	8
3.2	<i>Relevanzprüfung</i>	11
4	Konfliktanalyse für die relevanten Arten	18
4.1	<i>Artenblätter</i>	18
4.2	<i>Maßnahmen des Artenschutzes</i>	21
5	Fazit	22
	Quellen	23
	Anlagen	25
	<i>Anlage I – Faunistische Erfassung 2015</i>	25

1 Anlass und Aufgabenstellung

Auf der Fläche der ehemaligen Marinedienststelle Peenemünde soll ein attraktives Baugebiet entwickelt werden. Im Mittelpunkt der Neuüberplanung soll die Konzipierung eines modernen Ortszentrums stehen. Zur planungsrechtlichen Sicherung der vorgesehenen Nutzungen ist die Aufstellung eines Bebauungsplans durch die Gemeinde Peenemünde erforderlich.

Ein Bebauungsplan verliert seine Planrechtfertigung, wenn seiner Umsetzung dauerhaft zwingende Vollzugshindernisse entgegenstehen. Derartige Vollzugshindernisse können sich aus den artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 BNatSchG ergeben¹. Seit dem Rückbau der Baracken auf dem zu überplanenden Gelände im Jahr 2012 liegt die Fläche der ehemaligen Marinedienststelle brach, der Mittelbereich wird als Parkplatz genutzt, in den Randbereichen sind Bäume und Heckenstrukturen erhalten. Ein Brachflächen, Hecken und Bäume können Lebensräume für verschiedene Tierarten darstellen, welche mit der Überplanung des Gebietes bei Baubeginn verloren gehen. Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte im Sinne des § 44 Abs. 1 BNatSchG ist ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag zu erstellen.

Der vorliegende artenschutzrechtliche Fachbeitrag soll

- durch das Vorhaben verletzte artenschutzrechtliche Verbote (§ 44 Abs. 1 i.V.m Abs. 5 BNatSchG) und
- die betroffenen Arten aufzeigen,
- zur Verhinderung von Verbotverletzungen Vermeidungsmaßnahmen oder
- vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festlegen und
- gegebenenfalls Möglichkeiten einer Ausnahme von den Verboten (§ 45 Abs. 7 BNatSchG) erörtern.

Die Bearbeitung erfolgt unter Berücksichtigung des Leitfadens „Artenschutz in Mecklenburg-Vorpommern“ (LUNG (Hrsg.) 2010).

¹ BVerfGE, Besch. Vom 25.08.1998 – 4 NB 12.99, NuR 1998, 135

2 Umfang und Wirkung des Vorhabens

2.1 Geltungsbereich B-Plan Nr. 12

Mit der Aufstellung des B-Plans Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ soll die rechtliche Grundlage für die Entwicklung eines attraktiven Baugebietes auf der Fläche der ehemaligen Marinedienststelle Peenemünde geschaffen werden. Mit verschiedenen Nutzungen wie Tourismus, Kultur, Bildung und Dienstleistungen sowie Gastronomie und ÖPNV-Verkehr soll das Gebiet zukünftig den Ortskern Peenemündes darstellen.

Das Plangebiet liegt zwischen der Hafenpromenade, dem Historisch-Technischen Museum (HTM), der Phänomenta und weiteren Einrichtungen wie der Freiwilligen Feuerwehr sowie dem Wohngebiet südlich der Straße „Zum Hafen“. Die Gesamtfläche umfasst rd. 6 ha. Abbildung 1 zeigt den Geltungsbereich.

2.2 Vorhabensbeschreibung

Mit den im Jahr 2011/2012 durchgeführten Abbrucharbeiten (Baracken) auf den Flächen der ehemaligen Marinedienststelle Peenemünde wurden die Voraussetzungen geschaffen, in Nachbarschaft zum Historisch-Technischen Museum (HTM), der Hafenpromenade und der Phänomenta ein Hafenquartier zu entwickeln, welches das zukünftige Ortszentrum Peenemündes darstellen soll. Die Planungsziele für das B-Plan Gebiet Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“, welche auf dem Flächennutzungsplan und dem Regionalen Entwicklungskonzept der Gemeinde Peenemünde REK 2020 beruhen, beinhalten:

- die Entwicklung eines attraktiven Standortes mit vielfältigen Nutzungen vor allem im Bereich des Tourismus und der Beherbergungen für verschiedene Nutzergruppen

- die Entstehung einer modernen und angemessenen Architektur mit hochwertigen, öffentlichen Freiflächen
- die Schaffung eines zentralen Bereiches für kulturelle Bildung
- die Entwicklung einer Mischnutzung in einem Teilbereich des Plangebietes
- die Anbindung des Gebiets an den Hafen mit Synergieeffekten
- die Einbeziehung des Areals in den Siedlungszusammenhang von Peememünde, um eine Aufwertung der Ortschaft zu erreichen.

Entsprechend des städtebaulichen Konzeptes wird das Plangebiet in fünf Quartiere mit definierten Angebotsstrukturen unterteilt. Eine Darstellung findet sich in Abbildung 2.

Für eine kulturelle und erlebnisorientierte Nutzung soll im östlichen Teil des Plangebietes (*Teilgebiet „Bildung und Kultur“ (SO 1)*) ein 3-geschossiges Gebäude als Kultur- und Bildungsstätte geschaffen werden. Die inhaltliche und organisatorische Ausführung eines solchen Sonderbaus soll sich an erfolgreichen Projekten in Mecklenburg-Vorpommern (z.B. Ozeaneum, Müritzeum) und anderen Bundesländern (z.B. Arche Nebra, Sachsen-Anhalt) orientieren. Im nördlichen Teilgebiet *„Tourismus“ (SO 2 und 3)* sollen touristische Einrichtungen über eine 2-geschossige Bebauung etabliert werden. Es ist geplant, Freizeit- und Sporteinrichtungen, Läden, die der unmittelbaren Versorgung sowie Besuchern des Gebietes dienen, zu errichten. Weiterhin sollen Unterkünfte zum Erholungsaufenthalt mit wechselndem Personenkreis angeboten werden. Aus den vorgesehenen Nutzungen der Teilgebiete *Kultur* und *Tourismus* resultiert ein Bedarf an Dienstleistungen, Gastronomie und Versorgung. Entsprechende Angebote können in Teilgebiet 3 – *„Tourismus, Gastronomie, Handel“ (SO 4)* integriert werden. Es ist eine 2-geschossige Bebauung vorgesehen. Die vorrangige Entwicklung von Wohnnutzung, insbesondere für Auszubildende und Personal, die im örtlichen Beherbergungsgewerbe tätig sind, soll in Teilgebiet 4 – *„Fremdenbeherbergung“ (SO 5)* über eine 2-geschossige Bebauung erfolgen. Eine zusätzliche Integration von kleinteiligem Gewerbe in den unteren Geschossbereich der 2-geschossigen Wohnbebauung ist in Teilgebiet 5 *„Mischgebiet“ (MI)* denkbar.

Die Freiflächen zwischen den südlich gelegenen Baufeldern und der Straße Zum Hafen ergeben sich aus der tangential verlaufenden ehemaligen Hafenanschlussbahn. Diese Achse soll als Grünfläche weiterhin aufrechterhalten werden. Die Straße entlang der Promenade sowie die fußläufige Achse zwischen der Museumstraße und dem Hafen mit einer mittleren Platzfläche sollen mehr attraktive Aufenthaltsräume zum Verweilen anbieten.

Die erforderlichen Stellplätze für den ruhenden Verkehr sollen in geringer Anzahl teilweise in den Innenhofflächen der Einzelquartiere, vorrangig aber in den Randbereichen angeordnet und mit hochwertiger Grüngestaltung dem Gesamtbild angepasst werden. Für Hafen- und Museumsbesucher sind zusätzlich Bushaltestellen zur Aufnahme der Tagesgäste vorgesehen. Die Flusskreuzfahrtschiffe sind ebenfalls als touristische Attraktionen, die Fahrgäste anziehen, zu betrachten.

Die Haupterschließung des B-Plan Gebietes erfolgt über die vorhandenen ausgebauten Zufahrtsstraßen Bahnhofstraße und Hauptstraße, die als Stichstraßen mit Wendeanlage im Plangebiet enden. Entsprechend einer verkehrstechnischen Untersuchung zum B-Plan Nr. 12 (IPO 2014) ist abzuleiten, dass unter Berücksichtigung der geplanten Baumaßnahmen und Nutzungsarten ein zusätzliches Verkehrsaufkommen von ca. 3.400 Kfz-Fahrten/24h induziert wird. Unter Berücksichtigung der städtebaulichen Entwicklungen des Ortes (Haupthafen, Seglerhafen, Nordhafen, zusätzliche Bebauung an der Bahnhofstraße und am östlichen Ortsrand) wurde für das Jahr 2020 eine verkehrliche Belastung von rd. 4.950 Kfz-Fahrten/24h ermittelt. Die vorhandenen Knotenpunkte sind in der Lage, die prognostizierten Verkehrsmengen mit einer ausgezeichneten Qualität abzuwickeln.

2.3 Zeitlicher Rahmen

Ein Zeitplan für die Umsetzung des B-Plans Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ liegt nicht vor.

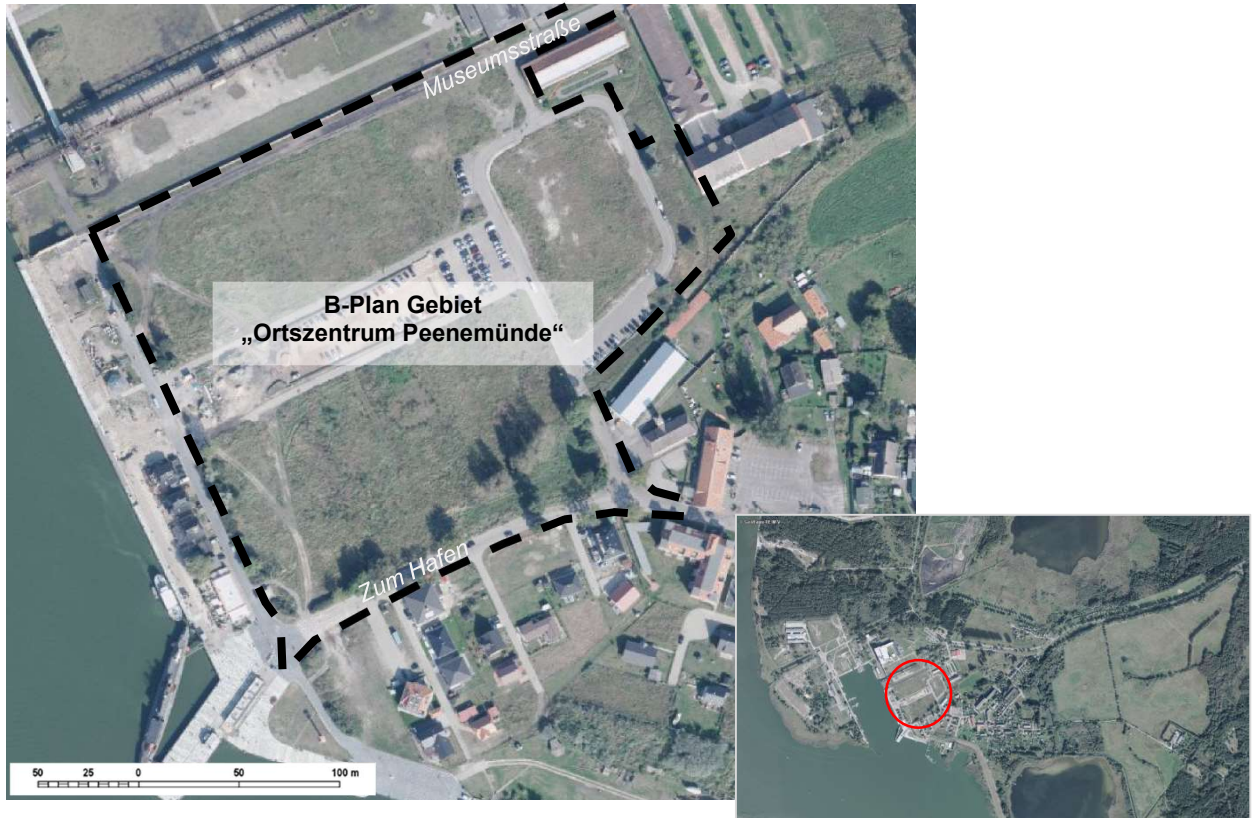


Abbildung 1
Lage und Umfang des Untersuchungsgebietes zum B-Plan Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“.
Quelle Luftbilder: Gaia M-V, Juni 2015

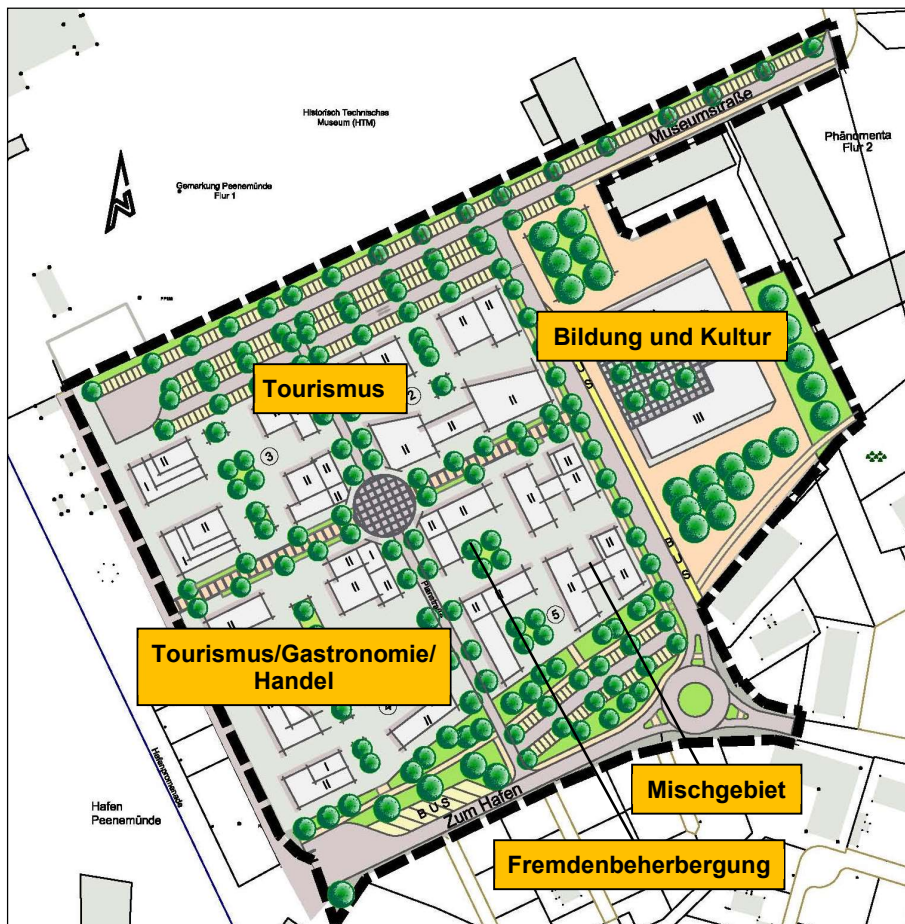


Abbildung 2
Nutzungskonzept zum B-Plan Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“.

2.4 Wirkfaktoren

Die maßgeblichen Wirkungen des B-Plans Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ beruhen auf der Überplanung von Offenlandbereichen mit angrenzenden Gehölzstrukturen. Mit der Umsetzung des B-Plans kann es somit zu einer dauerhaften Beeinträchtigung bzw. Zerstörung von Lebensräumen und dem Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten gesetzlich geschützter Tier- und Pflanzenarten kommen.

2.4.1 Baubedingte Wirkfaktoren

(Baubedingte Wirkfaktoren sind vom Baufeld und Baubetrieb ausgehende Einflüsse, die allerdings durchaus dauerhafte Auswirkungen hervorrufen können.)

Für die Umsetzung des im B-Plan Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ festgeschriebenen Nutzungskonzeptes ist die bauliche Erschließung der Fläche der ehemaligen Marinedienststelle erforderlich. Zur Herstellung der Baufreiheit ist die Rodung von Bäumen und Hecken sowie die Beseitigung der Ruderalflur erforderlich. Dabei können Verletzungen oder Tötungen von Pflanzen und Tieren oder deren Entwicklungsformen sowie die Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten nicht ausgeschlossen werden.

Nach der Baufeldfreimachung sind im Vorhabengebiet keine geeigneten Lebensräume mehr vorhanden, so dass Beeinträchtigungen durch baubedingte Störungen, Erschütterungen etc. ausgeschlossen werden können. Auch für potentielle Vorkommen von Tieren an den benachbarten Gebäuden, z. B. der Phänomenta oder dem HTM, sind keine nachhaltigen Beeinträchtigungen durch baubedingte Störungen (Lärm, Bauarbeiter, Baufahrzeuge etc.) zu erwarten. Das Tötungsrisiko durch den Baustellenverkehr erhöht sich auf Grund der Vorbelastung durch den Besucherverkehr nicht signifikant. Zum Schutz von Anwohnern und Touristen wird zudem voraussichtlich keine Nacharbeit stattfinden.

2.4.2 Anlagebedingte Wirkfaktoren

(Anlagebedingte Wirkfaktoren gehen über die Bauphase hinaus.)

Der baubedingte Lebensraumverlust wirkt mit der Überbauung des Gebietes dauerhaft fort. Zwar werden mit der Pflanzung von Bäumen und einer ansprechenden Grüngestaltung neue Lebensräume geschaffen, der ursprüngliche halboffene ruderale Charakter des Gebietes mit Heckenraum geht aber verloren. Eine Beeinträchtigung von Brutvögeln ist nicht auszuschließen.

Weitere anlagebedingte Wirkungen sind mit der Umsetzung des B-Plans Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ nicht zu erwarten. Bis 2012 war die Fläche der ehemaligen Marinedienststelle noch bebaut, so dass eine gewisse Vorbelastung vorhanden ist. Entsprechend den Vorgaben im B-Plan (3-geschossig in Teilgebiet 1, sonst ausschließlich 2-geschossig) passen sich die neuen Baukörper an die umgebende Bebauung an. Neben dem Ziel, den Blick auf das denkmalgeschützte HTM nicht zu verbauen, treten mit der geplanten Art der Bebauung keine optischen Störungen oder Barriereeffekte für bspw. Zugvögel auf. Durch die Wiederversiegelung bereits entsiegelter Flächen und den Ausbau der Straßen können allerdings Barrieren für wandernde Tiere entstehen. Auf Grund der geringen Lebensraumeignung der an das B-Plangebiet angrenzenden Flächen ist eine nachhaltige Beeinträchtigung aber nicht zu erwarten.

2.4.3 Betriebsbedingte Wirkfaktoren

(Betriebsbedingte Wirkfaktoren ergeben sich durch den Betrieb der Anlage.)

Mit der Errichtung eines attraktiven Ortszentrums in Peenemünde wird der Personen- und Kfz-Verkehr gegenüber der aktuellen Parkplatznutzung deutlich zunehmen. Die verkehrstechnischen Untersuchung zum B-Plan Nr. 12 (IPO 2014) hat gezeigt, dass unter Berücksichtigung der geplanten Baumaßnahmen und Nutzungsarten ein zusätzliches Verkehrsaufkommen von ca. 3.400 Kfz-Fahrten/24h induziert wird. Unter Berücksichtigung der städtebaulichen Entwicklungen des Ortes (Haupthafen, Seglerhafen, Nordhafen, zusätzliche Bebauung an der Bahnhofstraße und am östlichen Ortsrand) wurde für das Jahr 2020 eine verkehrliche Belastung von rd. 4.950 Kfz-Fahrten/24h ermittelt. Diese Planungen sind noch nicht abschließend umgesetzt. Innerhalb des

B-Plangebietes Nr. 12 sind keine Beeinträchtigungen zu erwarten, da die ursprünglichen Lebensräume und damit Arten nach der Umsetzung des B-Plans nicht mehr existent sein werden. Eine Neubesiedlung des zukünftigen Ortszentrums von Peenemünde wird entsprechend den vorhandenen Strukturen und Nutzungen erfolgen, so dass betriebsbedingten Wirkungen dort bereits berücksichtigt sind.

2.4.4 Zusammenfassung

Tabelle 1: Wirkfaktoren des Vorhabens und der Umfang ihrer Beeinträchtigung.

Potenzielle Beeinträchtigung	Wirkfaktor	Herkunft	Wirkdauer	vorhabensbezogen
Lebensraumverlust	Baufeldfreimachung	baubedingt	dauerhaft	bedeutend
	Bebauung	anlagebedingt	dauerhaft	bedeutend
Beschädigung/Verletzung von Pflanzen und Tieren	Baufeldfreimachung	baubedingt	temporär	bedeutend
Optische Störung	Beleuchtung	betriebsbedingt	dauerhaft	unbedeutend
Akustische Störung	nicht vorhanden	–	–	–
Erschütterungen	nicht vorhanden	–	–	–
Barrierewirkung	Bebauung, Straßen	anlagebedingt	dauerhaft	unbedeutend

2.5 Untersuchungsgebiet (UG)

Das Untersuchungsgebiet umfasst den Planungsraum zum B-Plan Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ (vgl. Abbildung 1). Sämtliche Konfliktpunkte hinsichtlich des Verlustes von Lebensräumen liegen innerhalb dieses Betrachtungsraumes. Darüber hinaus werden im Rahmen der artenschutzrechtlichen Bewertungen auch Lebensräume außerhalb des eigentlichen Untersuchungsgebietes berücksichtigt, sofern für darin lebende Tiere Wechselbeziehungen mit den Lebensräumen innerhalb des Untersuchungsgebietes zu erwarten sind. Auf eine Ausweitung des UG bis über die Zufahrtsstraßen Bahnhofstraße und Hauptstraße wurde verzichtet. Nördlich der Bahnhofstraße ist bereits ein B-Plangebiet – B-Plan Nr. 1 „Bahnhofstraße“ – ausgewiesen, so dass die dort vorhandenen Lebensräume mit der Umsetzung des B-Plans entfallen. Die Hauptstraße führt durch bebautes Gebiet, weshalb hier keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwartender, störungstoleranter Arten zu prognostizieren sind.

Das Untersuchungsgebiet liegt im Messtischblatt-Quadranten 1848-4.

Eine Beschreibung der Biotope im Untersuchungsgebiet befindet sich im Umweltbericht. Während im Umweltbericht die ehemaligen Baracken Berücksichtigung bei der Eingriffsbilanzierung finden, wird die artenschutzrechtliche Bewertung anhand des „Ist-Zustandes“ vorgenommen. Es ist davon auszugehen, dass beim Abbruch der Baracken 2011/12 die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände Berücksichtigung fanden und somit hier nicht erneut betrachtet werden müssen.

3 Bestandserfassung relevanter Arten

3.1 Datengrundlagen

3.1.1 In M-V zu berücksichtigende Arten

Von 6 Pflanzen- und 52 Tierarten des Anhang IV der FFH-RL sind Vorkommen in Mecklenburg-Vorpommern bekannt.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es aktuell 185 heimische Brutvogelarten.

Rastvögel sind im Untersuchungsgebiet oder in der Nähe des Untersuchungsgebietes zu erwarten.

Da laut Bundesamt für Naturschutz (mündlich) die aktuelle Fassung der BArtSchV keine Arten gemäß § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG enthält, werden in der vorliegenden Prüfung ausschließlich die FFH-Arten sowie die europäischen Vogelarten berücksichtigt!

3.1.2 Daten des LUNG / Kartenportal Umwelt

Die Daten des LUNG geben Auskunft über:

- Vorkommen von störungsempfindlichen Großvogelarten und Kormorankolonien,
- Lage, Bewertung und Artenzusammensetzung von Rastgebieten für Wat- und Wasservögel,
- Nachweise von bedeutenden Muscheln und Schnecken
- Nachweise von Fischen und Rundmäulern,
- Kartierung und Totfunde des Fischotters sowie Bewertung von Querungsbauwerken,
- Kartierung der Biberreviere,
- Nachweise von Kammolch und Rotbauchunke,
- Kartierung der Brutvögel sowie
- Nachweise von Pflanzen.

3.1.3 Verbreitungskarten der FFH-Arten (BfN 2019)

Die Verbreitungskarten des BfN aus dem nationalen FFH-Bericht der Jahre 2013-2018 geben Auskunft über:

- aktuelle Vorkommen der FFH-Arten auf der Ebene von Messtischblättern,
- aktuelle Verbreitung der FFH-Arten auf der Ebene von Messtischblättern.

3.1.4 Erfassungen

Zur Feststellung betroffener Arten und deren rechtssicherer Bewertung im vorliegenden artenschutzrechtlichen Fachbeitrag war entsprechend den Hinweisen der unteren Naturschutzbehörde eine Erfassung von

- Brutvögeln
- Reptilien

erforderlich. Die faunistischen Erfassungen wurden 2015 durch Dipl.-Biol. A. Petzold (IPO) durchgeführt. Die Ergebnisse wurden anschließend kurz zusammengefasst, die ausführliche Unterlage findet sich in Anlage I. Aufgrund des Zeitverzuges, Daten, die älter als 5 Jahre sind, sind auf Aktualität zu prüfen, wurde eine Kontrollbegehung im Jahr 2023 durchgeführt, zur Prüfung der Veränderung der Lebensraumstrukturen und der Einschätzung von zu berücksichtigenden Belangen. Damit wurde die Verifizierung der vorliegenden Daten durchgeführt.

Brutvögel

Zur Erfassung von Brutvögeln im Vorhabengebiet zum B-Plan Nr. 12 wurde die Fläche an vier Erfassungsterminen in den frühen Morgenstunden begangen. Dabei wurde auf typisches

territoriales Verhalten wie Gesang, Nest bauende und fütternde Altvögel sowie Jungvögel geachtet. Die Bäume wurden auf Baumhöhlen und Nester hin untersucht. Als Hilfsmittel kam ein Fernglas (Docter 10x42) zum Einsatz.

Insgesamt konnten während der vier Begehungen 24 Vogelarten auf der Vorhabenfläche zum B-Plan Nr. 12 erfasst werden. Darunter wurden nachweislich sieben Arten ermittelt, die auf der Fläche brüten (können). Höhlenbäume wurden nicht gefunden. Der Großteil der übrigen nachgewiesenen Arten brütet am HTM (Historisch Technisches Museum) oder in Strukturen außerhalb des Vorhabengebietes und sucht dieses als Nahrungsfläche oder zur Suche nach Nistmaterial auf. Tabelle 2 gibt eine zusammenfassende Übersicht der auf der Vorhabenfläche nachgewiesenen Arten und deren Schutzstatus.

Tabelle 2: Übersicht der Brutvögel und Gäste auf dem Vorhabengelände zum B-Plan Nr. 12 während der Brutvogelerfassung 2015 (Abk. HTM: Historisch Technisches Museum).

Art	lat. Name	Status/Beschreibung	RL-D	RL-MV	VS-RL Anh. I
Brutvögel					
Amsel	<i>Turdus merula</i>	überfahren auf Straße „Zum Hafen“, Baumhecke als Brutplatz geeignet	–	–	–
Bluthänfling	<i>Carduelis cannabina</i>	Brut im Vorhabengebiet; Nachweis über Jungvögel	V	V	–
Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	Brut im Vorhabengebiet, 2 BP, Nachweis über 1x balzendes und 1x fütterndes Paar	–	–	–
Elster	<i>Pica pica</i>	Brut in Birken auf HTM-Gelände, vormals auch im Vorhabengebiet (Fichten nahe Phänomena)	–	–	–
Girlitz	<i>Serinus serinus</i>	Brut im Vorhabengebiet; Nachweis über Jungvögel	–	–	–
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>	Brut im Vorhabengebiet (wahrscheinlich), Nistmaterial, 1 Paar anwesend	–	–	–
Schwarzkehlchen	<i>Saxicola rubicola</i>	Brut im Vorhabengebiet (wahrscheinlich); 1 Paar und singendes Männchen anwesend	V	–	–
Nahrungsgäste/Durchzügler					
Bachstelze	<i>Motacilla alba</i>	Nahrungsgast, Brut am HTM	–	–	–
Feldsperling	<i>Passer montanus</i>	Nahrungsgast, Brut an umliegenden Gebäuden außerhalb der Vorhabenfläche	V	3	–
Gartengrasmücke	<i>Sylvia borin</i>	Brut nordöstlich Vorhabengebiet	–	–	–
Graureiher	<i>Ardea cinerea</i>	überfliegend	–	–	–
Hausperling	<i>Passer domesticus</i>	Nahrungsgast, Brut am HTM	V	V	–
Hausrotschwanz	<i>Phoenicurus ochruros</i>	Nahrungsgast, Brut am HTM	–	–	–
Kohlmeise	<i>Parus major</i>	Nahrungsgast	–	–	–
Mehlschwalbe	<i>Delichon urbicum</i>	Nahrungsgast, 1 BP an Promenadenbebauung, >10 BP an HTM	–	–	–
Mauersegler	<i>Apus apus</i>	Nahrungsgast, Brut an HTM	–	–	–
Neuntöter	<i>Lanius collurio</i>	Durchzügler	–	V	x
Nebelkrähe	<i>Corvus corone cornix</i>	Nahrungsgast	–	–	–
Rauchschwalbe	<i>Hirundo rustica</i>	Nahrungsgast, mehrere BP am HTM	V	V	–
Star	<i>Sturnus vulgaris</i>	Nahrungsgast, mehrere BP am HTM	–	–	–
Sumpfrohrsänger	<i>Acrocephalus palustris</i>	unverpaartes Männchen	–	–	–
Türkentaube	<i>Streptopelia decaocto</i>	Durchzügler	–	–	–
Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>	Brut nordöstlich Vorhabengebiet	–	–	–
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>	unverpaartes Männchen	–	–	–

Rote Liste (RL): 0 - ausgestorben bzw. verschollen, 1 - vom Aussterben bedroht, 2 - stark gefährdet, 3 - gefährdet, 4 - potentiell gefährdet, So - Sonstige Angaben: R - extrem selten; G - Gefährdung unbekanntes Ausmaßes; V - Vorwarnliste; * - nicht gefährdet; k. A. - keine Angabe

Die Kontrollbegehung vom Mai 2023 hat ergeben, dass keine strukturellen Veränderungen vorhanden sind, die eine abweichende Artenausstattung begründen würden.

Reptilien

Aus dem Umfeld des Flughafens Peenemünde, welcher sich etwa 2 km nördlich des Untersuchungsgebietes befindet, sind Vorkommen der Schlingnatter (*Coronella austriaca*) bekannt. Der

Schwerpunkt der Reptilienuntersuchung lag daher auf der Erfassung möglicher Vorkommen dieser Art auf der Vorhabenfläche.

Zur Erhöhung der Nachweisdichte kamen für die Reptilienerfassung gemäß HACHTEL (Hrsg.) (2009) künstliche Verstecke (KV) zum Einsatz. Mitte April wurden im Untersuchungsgebiet insgesamt 33 schwarze Wellplatten aus Kunststoff mit einer Größe von 20x30 bis 40x60 cm an geeigneten Stellen – Randstrukturen, aber auch inmitten von Vegetation – ausgelegt.

Insgesamt konnte an vier Erfassungsterminen im Mai und Juni nur ein männliches Exemplar der **Waldeidechse** (*Zootoca vivipara*) nachgewiesen werden (Abbildung 4). An zwei der Begehungstermine waren bereits Teilflächen gemäht; bei einer weiteren Begehung am 09.07.2015 war dann die gesamte Fläche kurz gemäht, was über die Sommermonate regelmäßig wiederholt wurde. **Ein Schlingnattervorkommen im B-Plangebiet Nr. 12 ist somit nicht zu erwarten.** Zudem war die Fläche bis 2012 mit Baracken und Gehölzen bestanden, wodurch ein früheres Vorkommen von Schlingnatter und auch Zauneidechse (*Lacerta agilis*) eher ausgeschlossen werden kann. Geeignete Ausbreitungskorridore vom Flugplatz Peenemünde in Richtung Hafen, die eine schnelle Besiedlung der neu entstandenen Ruderalflächen erlaubt hätten, sind aus Sicht des Gutachters ebenfalls nicht vorhanden.



Abbildung 4
Belegfoto Waldeidechse (*Zootoca vivipara*) ♂ unter Wellplatte auf Teilfläche 3. Foto: 02.06.2015

Eine weitere Erfassung der Zauneidechse (*Lacerta agilis*) wurde nach dem 09.07.2015 nicht durchgeführt. Bei den vorausgegangenen Terminen konnten keine Zauneidechsen festgestellt werden und auch die Eignung der Fläche als Zauneidechsenhabitat ist insgesamt gering. Diesbezüglich kommt die ehemalige Bebauung zum Tragen; durch die Baracken und Bäume war die Fläche größtenteils versiegelt und beschattet, so dass mit einem Vorkommen der Zauneidechse nicht zu rechnen war. Geeignete Zauneidechsenhabitate, von denen aus eine Besiedlung der Offenflächen nach dem Rückbau der Baracken hätte erfolgen können, sind in räumlichem Bezug nicht vorhanden. Zudem wird das Potential der Fläche als Lebensraum der Zauneidechse mit der Mahd erneut stark eingeschränkt. Aktuelle und auch zukünftige Nachweise der Zauneidechse sind somit nicht zu erwarten.

Die Kontrollbegehung vom Mai 2023 hat ergeben, dass keine strukturellen Veränderungen vorhanden sind, die eine abweichende Artenausstattung begründen würden.

3.1.5 Literaturlauswertung

Für die Relevanzprüfung und die Konfliktanalyse wurden zahlreiche Literatur- und Internetquellen (siehe Kapitel Quellen) ausgewertet.

3.2 Relevanzprüfung

Die Relevanzprüfung erfolgt in Anlehnung an den „Leitfaden Artenschutz in Mecklenburg-Vorpommern“ sowie die „Hinweise zur Aufstellung der naturschutzfachlichen Angaben zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP)“ (BStMI 2011). Als Grundlage der Relevanzprüfung werden in erste Linie die Ergebnisse der Erfassungen (siehe Pkt. 3.1.4) herangezogen. Für nicht erfasste Artengruppen wird anhand der Biotopausstattung die Eignung des Vorhabengebietes als Lebensraum für relevante Arten abgeleitet und eine mögliche Betroffenheit hinsichtlich der Wirkfaktoren dargestellt (= Potentialanalyse).

Im Folgenden wird die Relevanz der zu betrachtenden Artengruppen zusammengefasst.

3.2.1 Gefäßpflanzen

Folgende Gefäßpflanzenarten nach Anhang IV-FFH RL sind nach LUNG (2015) zu betrachten:

Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	RL D	RL M-V
Frauenschuh	<i>Cypripedium calceolus</i>	(3+)	(R) -> (1) aktuell
Kriechender Scheiberich	<i>Apium repens</i>	(1)	(2)
Sand-Silberscharte	<i>Jurinea cyanoides</i>	(2!)	(1) -> (0) aktuell
Schwimmendes Froschkraut	<i>Luronium natans</i>	(2+)	(1)
Sumpf-Engelwurz	<i>Angelica palustris</i>	(2!)	(1)
Sumpf-Glanzkräuter	<i>Liparis loeselii</i>	(2)	(2)

Rote Liste (RL): 0 - ausgestorben bzw. verschollen, 1 - vom Aussterben bedroht, 2 - stark gefährdet, 3 - gefährdet, 4 - potentiell gefährdet, So - Sonstige Angaben: R - extrem selten; G - Gefährdung unbekanntes Ausmaßes; V - Vorwarnliste; * - nicht gefährdet; k. A. - keine Angabe

Im UG befinden sich weder bekannte Vorkommen noch geeignete Habitate zu berücksichtigender Gefäßpflanzenarten nach Anhang IV-FFH RL. Innerhalb des UGs sind von der Überplanung „nur“ Ruderalfluren sowie Gehölze betroffen.

Eine Beeinträchtigung von Gefäßpflanzen durch die Umsetzung des B-Plans Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ ist nicht zu erwarten

3.2.2 Wirbellose

Folgende Wirbellose nach Anhang IV-FFH RL sind nach LUNG (2015) zu betrachten:

Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	RL D	RL M-V
Weichtiere			
Gemeine Flussmuschel	<i>Unio crassus</i>	(1)	(1)
Zierliche Tellerschnecke	<i>Anisus vorticulus</i>	(1)	(1)
Libellen			
Asiatische Keiljungfer	<i>Gomphus flavipes</i>	(G)	(- ¹)
Große Moosjungfer	<i>Leucorrhinia pectoralis</i>	(2)	(2)
Grüne Mosaikjungfer	<i>Aeshna viridis</i>	(1)	(2)
Östliche Moosjungfer	<i>Leucorrhinia albifrons</i>	(1)	(1)
Sibirische Winterlibelle	<i>Sympecma paedisca</i>	(2)	(1)
Zierliche Moosjungfer	<i>Leucorrhinia caudalis</i>	(1)	(0) ²
Falter			
Blauschillernder Feuerfalter	<i>Lycaena helle</i>	(2)	(0) ³
Großer Feuerfalter	<i>Lycaena dispar</i>	(2)	(2)
Nachtkerzenschwärmer	<i>Proserpinus proserpina</i>	(V)	(4)
Käfer			
Breitrand	<i>Dytiscus latissimus</i>	(1)	(1)
Eremit, Juchtenkäfer	<i>Osmoderma eremita</i>	(2)	(4)
Großer Eichenbock	<i>Cerambyx cerdo</i>	(1)	(1)
Schmalbindiger Breitflügel-Tauchkäfer	<i>Graphoderus bilineatus</i>	(2)	(1)

Rote Liste (RL): 0 - ausgestorben bzw. verschollen, 1 - vom Aussterben bedroht, 2 - stark gefährdet, 3 - gefährdet, 4 - potentiell gefährdet, So - Sonstige Angaben: R - extrem selten; G - Gefährdung unbekanntes Ausmaßes; V - Vorwarnliste; * - nicht gefährdet; k. A. - keine Angabe

¹ *G. flavipes* wurde erst nach Erstellung der Roten Liste im Jahre 2001 an der Elbe nachgewiesen; vorher war kein Vorkommen in Mecklenburg-Vorpommern bekannt

² Die aktuellen Vorkommen wurden erst nach Erstellung der Roten Liste während der Verbreitungskartierung von *L. pectoralis* entdeckt

³ Das Vorkommen im Ückertal wurde erst nach Erstellung der Roten Liste entdeckt (HENNICKE 1996), andere Nachweise lagen Anfang der 1990er Jahre bereits mehr als 30 Jahre zurück

Im UG befinden sich weder bekannte Vorkommen noch geeignete Habitate (Gewässer und Feuchtbiotope) zu berücksichtigender Weichtierarten nach Anhang IV-FFH RL.

Libellenarten nach Anhang IV-FFH RL sind im UG ebenfalls nicht zu erwarten, da geeignete Habitate (Gewässer und Feuchtbiotope) fehlen und potentiellen Lebensräume (Cämmerer See, Kölpinsee) außerhalb des Wirkungsbereiches des Vorhabens liegen.

Die Biotopausstattung ist für zu berücksichtigende Falterarten nach Anhang IV-FFH RL nicht geeignet (*Lycaena dispar*) bzw. das UG liegt außerhalb des Verbreitungsgebietes. Vorkommen des Blauschillernden Feuerfalters (*Lycaena helle*) sind/waren nur aus dem Ückertal bekannt. Auch das Verbreitungsgebiet des Nachtkerzenschwärmers (*Proserpinus proserpina*) reicht nicht über den Norden Usedom (BfN 2019). Als weiteres Ausschlusskriterium für ein Vorkommen des Nachtkerzenschwärmers im UG kann das Fehlen möglicher Raupenfraßpflanzen (*Epilobium spec. Oenothera biennis*) angeführt werden.

Auch zu berücksichtigende Käferarten nach Anhang IV-FFH RL finden im UG keine geeigneten Habitate. Es sind weder Gewässer noch geeignete Altbäume, bspw. für ein Vorkommen des Schmalbindigen Breitflügel-Tauchkäfers (*Graphoderus bilineatus*) oder des Eremiten (*Osmoderma eremita*), vorhanden.

Eine Beeinträchtigung von Wirbellosen durch die Umsetzung des B-Plans Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ ist nicht zu erwarten.

3.2.3 Fische

Das UG befindet sich außerhalb der Ostseegewässer und damit außerhalb des Areal zu berücksichtigender Fischarten nach Anhang IV-FFH RL.

3.2.4 Amphibien

Folgende Amphibienarten nach Anhang IV-FFH RL sind nach LUNG (2015) zu betrachten:

Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	RL D	RL M-V
Kammolch	<i>Triturus cristatus</i>	(3)	(2)
Kleiner Wasserfrosch	<i>Rana lessonae</i>	k.A.	(2)
Knoblauchkröte	<i>Pelobates fuscus</i>	(3)	(3)
Kreuzkröte	<i>Bufo calamita</i>	(3)	(2)
Laubfrosch	<i>Hyla arborea</i>	(2)	(3)
Moorfrosch	<i>Rana arvalis</i>	(2)	(3)
Rotbauchunke	<i>Bombina bombina</i>	(1)	(2)
Springfrosch	<i>Rana dalmatina</i>	(2)	(1)
Wechselkröte	<i>Bufo viridis</i>	(2)	(2)

Rote Liste (RL): 0 - ausgestorben bzw. verschollen, 1 - vom Aussterben bedroht, 2 - stark gefährdet, 3 - gefährdet, 4 - potentiell gefährdet, So - Sonstige Angaben: R - extrem selten; G - Gefährdung unbekanntes Ausmaßes; V - Vorwarnliste; * - nicht gefährdet; k. A. - keine Angabe

Im UG befinden sich weder bekannte Vorkommen noch geeignete Habitate (Laichgewässer, Winterquartiere) zu berücksichtigender Amphibienarten nach Anhang IV-FFH RL. Mit Ausnahme des Kleinen Wasserfrosches (*Rana lessonae*) und des Springfrosches (*Rana dalmatina*) überspannen die Verbreitungsgebiete der betrachtungsrelevanten Arten das UG, wobei für die Rotbauchunke (*Bombina bombina*) und die Wechselkröte (*Bufo viridis*) keine aktuellen Nachweise im Messtischblatt vorliegen (BfN 2019). Für die übrigen Arten kämen der Kölpin- bzw. Cämmerer See als potentielle Laichgewässer in Betracht. Da im UG keine winterquartiertauglichen oder anderweitig geeigneten Strukturen zur Verfügung stehen, sind keine Wanderrouten von Amphibien von den umliegenden Gewässern über die Bahnhof- bzw. Hauptstraße in das UG zu erwarten.

Eine Beeinträchtigung von Amphibien oder deren Wanderrouten durch die Umsetzung des B-Plans Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ ist somit nicht zu erwarten.

stellt das Hafenbecken eine Art künstliche Bucht dar und bietet Wasservögeln einen windgeschützten Ruheplatz.

Im Sommer ist die Hafensperrmauer auf Grund der touristischen und gastronomischen Einrichtungen stark frequentiert. Das Museums-U-Boot U-21 liegt bspw. direkt im Hafen und verschiedene Ausflugsschiffe haben dort ihren Ausgangspunkt. Mit den angestrebten Nutzungen im B-Plangebiet ist mit einer Zunahme des Besucherverkehrs entlang der Hafensperrmauer zu rechnen. Eine Zunahme der Fahrgastschiffe ist nicht abzusehen. Auf Grund der vorhandenen Vorbelastung sind aber keine nachhaltig negativen Auswirkungen auf Rastvögel zu erwarten. Zudem scheint die Nutzung des Hafenbeckens durch Rastvögel zumindest während der Frühjahrs- und Sommermonate nicht regelmäßig zu sein; während der Brutvogelerfassungen 2015 konnten in den frühen Morgenstunden ohne Besucherverkehr keine Rastvögel wie Enten oder Taucher im Hafenbecken beobachtet werden.

Eine Erfassung von Rastvögeln im Winter fand nicht statt; mit den angestrebten Nutzungen im B-Plan Nr. 12 ist aber auch für diese Jahreszeit mit einer Zunahme des Besucherverkehrs an der Hafensperrmauer zu rechnen. Störungen von Rastvögeln durch Besucher oder anderweitige Aktivitäten an Land sind für die Wintermonate dennoch nicht zu erwarten. Bedeutende Rastgebiete, vor allem für den Herbst und den Winter, liegen in der Spandowerhagener Wiek, so dass bei möglichen Störungen von Wasservögeln geeignete Ausweichgebiete in unmittelbarer Umgebung vorhanden sind.

Eine Beeinträchtigung von Rastvögeln durch die Umsetzung des B-Plans Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ ist nicht zu erwarten.

Brutvögel

Im UG wurden während der vier Erfassungstermine 2015 insgesamt 24 Vogelarten ohne Möwen und Kormoran festgestellt. Davon kommen sieben Arten nachweislich als Brutvogel in Frage (Tabelle 2). Baumbrüter wie die Elster (*Pica pica*) oder die Ringeltaube (*Columba palumbus*) finden auch außerhalb des Vorhabengebietes genügend Nistmöglichkeiten, so dass hier keine Beeinträchtigung zu erwarten ist. Da mit der Umsetzung des B-Plans Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ aber alle Habitatstrukturen von Offen- bis Halboffenlandbütern sowie Gebüschbrütern dauerhaft verloren gehen (Abbildung 6), ist eine Beeinträchtigung dieser Arten – Dorngrasmücke (*Sylvia communis*) und Schwarzkehlchen (*Saxicola rubicola*) sowie Girlitz (*Serinus serinus*) und Bluthänfling (*Carduelis cannabina*) – nicht auszuschließen. Tötungen oder Verletzungen von Brutvögeln im Rahmen der Baufeldfreimachung können für keine der Brutvogelarten ausgeschlossen werden. Eine detaillierte Konfliktanalyse erfolgt im Maßnahmenblatt Brutvögel (Pkt. 4.1.1).



Abbildung 6
Dauerhafter Verlust des Lebensraumes der Dorngrasmücke (*Sylvia communis*) Foto: 05.06.2015

An den Gebäuden des HTM brüten mehr als 10 Mehlschwalbenpaare. Weiterhin befindet sich eine umfangreiche Ersatzmaßnahme für Rauchschnalben mit mehr als 30 Brutplätzen im HTM. Während des Nestbaus konnten die Vögel an Pfützen und feuchten Stellen auf dem Parkplatz bei der Aufnahme von Nestbaumaterial beobachtet werden. Mit der erneuten Versiegelung im Plangebiet und der Anlage von Grünflächen gehen diese Möglichkeiten zur Nistmaterialbeschaffung (wieder) verloren. Auch im Umfeld des Plangebietes verbleiben mit der Bebauung im Wohngebiet an der Hafenstraße kaum Offenflächen. **Zum dauerhaften Erhalt der Schnalben am HTM wird demnach die Anlage von Lehmkuhlen oder naturnahen Kleingewässern mit unbefestigtem Uferbereich im Randbereich des B-Plan-Gebietes empfohlen.** Inwieweit hier eine Festsetzung getroffen werden soll, obliegt der Einschätzung der unteren

Naturschutzbehörde. Es ist anzumerken, dass für die Rauchschnalben im Ersatzquartier am HTM auch künstliche Nisthilfen neben selbst erbauten Nestern zur Verfügung stehen.

3.2.7 Säugetiere

Terrestrische Säugetiere

Folgende terrestrische und marine Säugetarten nach Anhang IV-FFH RL sind nach LUNG (2015) zu betrachten:

Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	RL D	RL M-V
Biber	<i>Castor fiber</i>	V	3
Fischotter	<i>Lutra lutra</i>	3	2
Haselmaus	<i>Muscardinus avellanarius</i>	G	0
Wolf	<i>Canis lupus</i>	1	k. A.
Schweinswal	<i>Phocoena phocoena</i>	2	2

Rote Liste (RL): 0 - ausgestorben bzw. verschollen, 1 - vom Aussterben bedroht, 2 - stark gefährdet, 3 - gefährdet, 4 - potentiell gefährdet, So - Sonstige Angaben: R - extrem selten; G - Gefährdung unbekanntes Ausmaßes; V - Vorwarnliste; * - nicht gefährdet; k. A. - keine Angabe

Im UG befinden sich weder bekannte Vorkommen noch geeignete Habitate für die relevanten Landsäugetarten Wolf (*Canis lupus*) und Haselmaus (*Muscardinus avellanarius*). Die Verbreitungsareale des Bibers (*Castor fiber*) und des Fischotters (*Lutra lutra*) liegen entsprechend der aktuellen Rasterkarten zum nationalen FFH-Bericht 2013 (BFN 2019) innerhalb des UG. Allerdings ist das Plangebiet weder als Lebensraum für den Fischotter noch für den Biber geeignet und stellt auch keine Vernetzungsstruktur zwischen bspw. dem Cämmerer See und dem Kölpinsee mit ihren zuführenden Wasserläufen dar. Darüber hinaus ist ein Ausstieg der beiden überwiegend aquatisch lebenden Arten aus dem Hafenbecken auf Grund der Bauweise nicht möglich. Ein Vorkommen des Fischotters und des Bibers im Plangebiet oder im unmittelbaren Umfeld ist somit nicht zu erwarten.

Das Verbreitungsgebiet des Schweinswales erstreckt sich bis an die Küsten Nord-Usedoms (BFN 2014). Das Plangebiet befindet sich aber ausschließlich landseitig und Wirkungen, die bis in den Peenestrom hineinreichen (nachhaltige Steigerung des Schiffsverkehrs), sind mit den geplanten Nutzungsformen nicht zu erwarten. Eine Beeinträchtigung des Schweinswals durch das B-Plan Vorhaben ist somit nicht zu erwarten.

Fledermäuse

Folgende Fledermausarten nach Anhang IV-FFH RL sind nach LUNG (2015) zu betrachten:

Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	RL D	RL M-V
Abendsegler	<i>Nyctalus noctula</i>	V	3
Braunes Langohr	<i>Plecotus auritus</i>	V	4
Breitflügel-Fledermaus	<i>Eptesicus serotinus</i>	G	3
Fransenfledermaus	<i>Myotis nattereri</i>	*	3
Graues Langohr	<i>Plecotus austriacus</i>	2	k. A.
Große Bartfledermaus	<i>Myotis brandtii</i>	V	2
Großes Mausohr	<i>Myotis myotis</i>	V	2
Kleine Bartfledermaus	<i>Myotis mystacinus</i>	V	1
Kleiner Abendsegler	<i>Nyctalus leisleri</i>	D	1
Mopsfledermaus	<i>Barbastella barbastellus</i>	2	1
Mückenfledermaus	<i>Pipistrellus pygmaeus</i>	D	k. A.
Nordfledermaus	<i>Eptesicus nilssonii</i>	G	0
Rauhautfledermaus	<i>Pipistrellus nathusii</i>	*	4
Teichfledermaus	<i>Myotis dasycneme</i>	D	1
Wasserfledermaus	<i>Myotis daubentonii</i>	*	4
Zweifarb-Fledermaus	<i>Vespertilio murinus</i>	D	1
Zwergfledermaus	<i>Pipistrellus pipistrellus</i>	*	4

Rote Liste (RL): 0 - ausgestorben bzw. verschollen, 1 - vom Aussterben bedroht, 2 - stark gefährdet, 3 - gefährdet, 4 - potentiell gefährdet, So - Sonstige Angaben: R - extrem selten; G - Gefährdung unbekanntes Ausmaßes; V - Vorwarnliste; * - nicht gefährdet; k. A. - keine Angabe

Fledermäuse spielen für die Aufstellung und spätere Umsetzung des B-Plans Nr. 12 keine Rolle. Die ehemaligen Baracken auf dem Planungsgelände wurden bereits 2012 abgerissen, so dass sich keine potentiellen Quartierstandorte mehr auf der Planungsfläche befinden. Die an das Plangebiet angrenzenden Gebäude der Phänomenta und die neu errichteten Wohnhäuser bieten ebenfalls keine Quartiermöglichkeiten. Auch geeignete Höhlenbäume sind innerhalb des Geltungsbereiches des B-Plans Nr. 12 bzw. direkt angrenzend nicht vorhanden. Eine Beeinträchtigung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten von Fledermäusen durch das B-Plan-Vorhaben kann somit ausgeschlossen werden. Als Jagdgebiet für die in der näheren Umgebung vorkommenden Fledermäuse, bspw. am HTM (Stand 2011) oder im ehemaligen Sauerstoffwerk (*Pipistrellus spec.* Stand 2015), ist die Freifläche potentiell geeignet. Deutlich geeignetere Jagdgebiete finden sich allerdings auf den Wiesenflächen außerhalb von Peenemünde, so dass eine Beeinträchtigung dahingehend nicht zu erwarten ist.

4 Konfliktanalyse für die relevanten Arten

4.1 Artenblätter

4.1.1 Brutvögel

Freibrüter (Offen- bis Halboffenland, Gebüsche)					
Bluthänfling	<i>Carduelis cannabina</i>	Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	Girlitz	<i>Serinus serinus</i>
Schwarzkehlchen	<i>Saxicola rubicola</i>				
Schutz- und Gefährdungsstatus					
<input type="checkbox"/> FFH-Anhang-IV-Art <input checked="" type="checkbox"/> Europäische Vogelarten		Rote Liste Status Bundesland: siehe Tabelle 2 Deutschland: siehe Tabelle 2 Europäische Union: k. A.		Biogeographische Region (in der das Vorhaben sich auswirkt): <input type="checkbox"/> Atlantische Region <input checked="" type="checkbox"/> Kontinentale Region <input type="checkbox"/> Alpine Region	
Erhaltungszustand Deutschland <input checked="" type="checkbox"/> günstig (grün) <input type="checkbox"/> ungünstig/ unzureichend (gelb) <input type="checkbox"/> ungünstig/ schlecht (rot) <input type="checkbox"/> unbekannt		Erhaltungszustand Bundesland <input checked="" type="checkbox"/> günstig (grün) <input type="checkbox"/> ungünstig/ unzureichend (gelb) <input type="checkbox"/> ungünstig/ schlecht (rot) <input type="checkbox"/> unbekannt		Erhaltungszustand der lokalen Population die lokale Population auf der Vorhabenfläche umfasst jeweils 1 Brutpaar, für die Dorngrasmücke ggf. 2	
Bestandsdarstellung					
Kurzbeschreibung Biologie/Verbreitung in M-V: Die genannten Arten bevorzugen offenes bis halboffenes Gelände möglichst trockener Ausprägung mit Ruderalflur, Gebüschen und/oder lockerem Baumbestand. Mit Ausnahme des Schwarzkehlchens zeigen die übrigen Arten aber auch eine hohe Präsenz in Siedlungen mit ausreichend Grünstrukturen (Parks, Kleingärten, Gartenstädte etc.). Die genannten Arten bauen ihre Nester frei in niedrigen Dornsträuchern, dichten Büschen oder in durchgrastem Gestrüpp. Bluthänfling und Girlitz können ihre Nester auch auf Bäumen, bevorzugt Koniferen, anlegen. Die gemeinsame Fortpflanzungszeit der aufgeführten Arten dauert von Mitte März bis Mitte September. Die genannten Arten sind mit Ausnahme des Schwarzkehlchens alle mehr oder weniger gleichmäßig in Mecklenburg-Vorpommern verbreitet. Bluthänfling und Girlitz weisen eine enge Bindung an Grünstrukturen vornehmlich im urbanen Bereich auf, während die Dorngrasmücke nur randlich in den bebauten Siedlungsraum eindringt. Das Schwarzkehlchen weist eine zerstreute Verbreitung auf und ist typisch für frühe Sukzessionsstadien und Brachen aller Art.					
Vorkommen im Untersuchungsraum <input checked="" type="checkbox"/> nachgewiesen <input type="checkbox"/> potenziell vorkommend Die Arten wurden im Rahmen der Brutvogelkartierung 2015 im UG nachgewiesen. Für den Bluthänfling, die Dorngrasmücke und den Girlitz konnte ein direkter Brutnachweis über fütternde Altvögel und Jungvögel erbracht werden. Das Schwarzkehlchen wurde innerhalb der Wertungsgrenzen nach SÜDBECK et al. (2005) mehrfach angetroffen (1 Paar, singendes Männchen), eine Beobachtung von Jungvögeln gelang nicht.					
Prüfung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG					
Artspezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF): V2: Zur Vermeidung von Verletzungen oder Tötungen von Vögeln und ihrer Entwicklungsformen darf die Baufeldfreimachung (Rodung von Gehölzen, Beseitigung der Ruderalflur) im Plangebiet zur Umsetzung des B-Plans Nr. 12 "Ortszentrum Peenemünde" nur außerhalb der Brutzeit von Vögeln, d. h. zwischen dem 21. September und 21. März erfolgen. Ist eine frühere Baufeldfreimachung unabwendbar, ist die Fläche vor Beginn der Arbeiten durch eine fachlich geeignete Person auf anwesende Brutvögel zu kontrollieren. Das Ergebnis ist der unteren Naturschutzbehörde mitzuteilen. Wird ein Brutgeschehen festgestellt, sind die Arbeiten bis zum Ausfliegen der Jungvögel aufzuschieben. Verläuft die Kontrolle negativ, hat die Baufeldfreimachung spätestens eine Woche nach dem Kontrollgang zu erfolgen, um eine Ansiedlung von Brutvögeln zu vermeiden.					
Prognose und Bewertung des Tötungs- und Verletzungsverbots gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG*: Verletzung oder Tötung von Tieren, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen <input type="checkbox"/> Das Verletzungs- und Tötungsrisiko erhöht sich für die Individuen signifikant bzw. das Risiko der Beschädigung oder Zerstörung von Entwicklungsformen steigt signifikant an <input type="checkbox"/> Tötung von Tieren im Zusammenhang mit der Schädigung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten nicht auszuschließen <input checked="" type="checkbox"/> Das Verletzungs- und Tötungsrisiko erhöht sich für die Individuen <u>nicht</u> signifikant und das Risiko der Beschädigung oder Zerstörung von Entwicklungsformen steigt <u>nicht</u> signifikant an Im Zuge der Baufeldfreimachung werden sämtliche Bäume, Hecken und die Ruderalflur entfernt. Um Tötungen oder Verletzungen insbesondere von Eiern und Jungvögeln während der Baufeldfreimachung zu vermeiden, ist Maßnahme V2 zu beachten. Diese berücksichtigt hinsichtlich der Fällzeiten auch die Baumbrüter Ringeltaube (<i>Columba palumbus</i>) und Elster (<i>Pica pica</i>). Darüber hinaus soll die im Rahmen der Vorsorge zu ergreifende Maßnahme V1 dazu beitragen, eine weitere Ansiedlung von Brutvögeln in					

Freibrüter (Offen- bis Halboffenland, Gebüsche)					
Bluthänfling	<i>Carduelis cannabina</i>	Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	Girlitz	<i>Serinus serinus</i>
Schwarzkehlchen	<i>Saxicola rubicola</i>				
<p>der Fläche zu vermeiden.</p> <p>Anlage- und betriebsbedingte Tötungen oder Verletzungen sind nicht zu erwarten, da eine mögliche Neubesiedlung des B-Plangebietes auf der Grundlage der zukünftigen Lebensraumbedingungen erfolgen wird.</p> <p>* BVerwG, Urt. v. 14.7.2011 – 9 A 12.10, NuR 2012, 866, 879, Rn. 129. (unvermeidbare Tötungen im Rahmen der Zerstörung von Lebensstätten fallen unter das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)</p>					
<p>Prognose und Bewertung des Störungsverbots gem. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG:</p> <p>Erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten</p> <p><input type="checkbox"/> Die Störung führt zur Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Populationen</p> <p><input type="checkbox"/> Die Störungen führen zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Populationen</p> <p>Störungen von Vögeln sind durch die Baufeldfreimachung für die Umsetzung des B-Plans Nr. 12 "Ortszentrum Peenemünde" sowie während der baulichen Umsetzung des Vorhabens nicht zu erwarten, da eine mögliche Störung mit der Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten einhergeht und die Tatbestandsmerkmale des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG somit im Vordergrund stehen.</p> <p>Eine negative Außenwirkung auf benachbarte potentielle Brutplätze oder Brutplätze am HTM ist nicht abzusehen.</p>					
<p>Prognose und Bewertung des Schädigungsverbots gem. § 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG:</p> <p>Entnehlen, Beschädigen, Zerstören von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten</p> <p><input type="checkbox"/> Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) erforderlich, um Eintreten des Verbotstatbestandes zu vermeiden</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten, ökologische Funktion wird im räumlichen Zusammenhang <u>nicht</u> gewahrt</p> <p>Für die Umsetzung des B-Plans Nr. 12 "Ortszentrum Peenemünde" ist die Beseitigung von Bäumen, Hecken und Ruderalflur im Zuge der Baufeldfreimachung unvermeidbar. Diese beherbergen nachweislich Fortpflanzungsstätten von Vögeln. Nach Fertigstellung des neuen Ortszentrums kann auf Grund der veränderten Lebensraumbedingungen eine Wiederbesiedlung durch die genannten Arten nicht bzw. nur eingeschränkt erfolgen. Für Girlitz und Bluthänfling besteht das Potential, Bäume und Gebüsche/Hecken im neuen Hafenquartier nach einer gewissen Entwicklungszeit wieder zu besiedeln – dies bedeutete allerdings ein time-lag von voraussichtlich mehreren Jahren. Zunächst erlischt die Lebensraumeignung bau- und anlagebedingt mit der Überbauung des Gebietes, so dass Reviere dauerhaft verloren gehen. Der Schädigungstatbestand für den Bluthänfling, die Dorngrasmücke, den Girlitz und das Schwarzkehlchen ist somit einschlägig*1.</p> <p>*1 BVerwG, Urt. v. 21.6.2006, 9 A 28.05, NVwZ 2006, 1161 Rdnr. 33; Urt. v. 18.3.2009, 9 A 39.07, NVwZ 2010, 44 Rdnr. 75 (Fällt das alljährlich besiedelte Brutrevier infolge der Realisierung eines Eingriffsvorhabens der Vernichtung anheim, erfüllt auch dies den Tatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (BNatSchG § 44 Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten Gellermann Landmann/Rohmer, Umweltrecht 72. Ergänzungslieferung 2014, Rn. 17)</p>					
<p>Zusammenfassende Feststellung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände</p> <p>Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> treffen zu (Darlegung der Gründe für eine Ausnahme erforderlich)</p> <p><input type="checkbox"/> treffen nicht zu (artenschutzrechtliche Prüfung endet hiermit)</p>					
<p>Darlegung der naturschutzfachlichen Gründe für eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG</p>					
<p>Erhaltungszustand der Art in Mecklenburg-Vorpommern</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> günstig <input checked="" type="checkbox"/> unzureichend (Bluthänfling) <input type="checkbox"/> schlecht <input type="checkbox"/> unbekannt</p>					
<p>Wahrung des Erhaltungszustandes</p> <p>Die Gewährung einer Ausnahme führt zu:</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> keiner Verschlechterung des derzeitigen günstigen Erhaltungszustandes der Populationen</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> keiner Verschlechterung des derzeitigen ungünstigen Erhaltungszustandes der Populationen</p> <p><input type="checkbox"/> Kompensatorische Maßnahmen zur Wahrung des Erhaltungszustandes sind erforderlich</p> <p>Der Brutbestand des Bluthänflings in Mecklenburg-Vorpommern umfasst 13.500-24.000 Brutpaare, so dass die Art zu den häufigen Brutvögeln gezählt wird (MLUV M-V, 2014). Gegenüber der Einordnung in der Roten Liste der Brutvögel M-Vs von 2003 hat sich der Zustand der Art um eine Kategorie verschlechtert (von ungefährdet auf V = Vorwarnliste). Auch der langfristige Trend sieht eine Abnahme des Brutbestandes voraus. Der Erhaltungszustand der Population in Mecklenburg-Vorpommern ist somit als ungünstig zu werten. Die Gewährung einer Ausnahme und damit der Verlust von einem Brutrevier führt aus Sicht des Gutachters dennoch nicht zu einer Verschlechterung des derzeit ungünstigen Erhaltungszustandes der Population in Mecklenburg-Vorpommern. Abhängig von den Grünstrukturen, die innerhalb des neuen Hafenquartiers entstehen, besteht zudem das Potential einer Wiederansiedlung des Bluthänflings.</p> <p>Der Brutbestand der Dorngrasmücke in Mecklenburg-Vorpommern umfasst 69.000-92.000 Brutpaare (MLUV M-V, 2014). Gegenüber der Einordnung in der Roten Liste der Brutvögel M-Vs von 2003 hat sich der Zustand der Art nicht verändert (ungefährdet). Der langfristige Trend sieht sogar eine geringe Zunahme voraus. Die Gewährung einer Ausnahme und damit der Verlust von zwei Brutrevieren führt somit nicht zu einer Verschlechterung des derzeit günstigen Erhaltungszustandes der Population in</p>					

Freibrüter (Offen- bis Halboffenland, Gebüsche)					
Bluthänfling	<i>Carduelis cannabina</i>	Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	Girlitz	<i>Serinus serinus</i>
Schwarzkehlchen	<i>Saxicola rubicola</i>				
<p>Mecklenburg-Vorpommern. Gleiches gilt für die gesamtdeutsche Population, da die Dorngrasmücke auch in der BRD nicht gefährdet ist. Im günstigsten Fall entwickelt sich auf der Ausgleichsfläche für den Eingriff in Natur und Umwelt (ehemalige Hundestaffel Karlshagen) durch die vorgeschlagenen Maßnahmen (Hecke, Entkusseln) ein neuer Lebensraum für die Dorngrasmücke.</p> <p>Der Brutbestand des Girlitz in Mecklenburg-Vorpommern umfasst 3.800-8.000 Brutpaare, so dass die Art zu den mäßig häufigen Brutvögeln gezählt wird (MLUV M-V, 2014). Gegenüber der Einordnung in der Roten Liste der Brutvögel M-Vs von 2003 hat sich der Zustand der Art nicht verändert (ungefährdet). Der langfristige Trend sieht sogar eine Zunahme voraus. Die Gewährung einer Ausnahme und damit der Verlust eines Brutrevieres führt somit nicht zu einer Verschlechterung des derzeitigen günstigen Erhaltungszustandes der Population in Mecklenburg-Vorpommern. Gleiches gilt für die gesamtdeutsche Population, da der Girlitz auch in der BRD nicht gefährdet ist. Abhängig von den Grünstrukturen, die innerhalb des neuen Hafenuartiers entstehen, besteht auch das Potential einer Wiederansiedlung des Girlitzes.</p> <p>Der Brutbestand des Schwarzkehlchens in Mecklenburg-Vorpommern umfasst 450-750 Brutpaare, so dass die Art zu den seltenen Brutvögeln gezählt wird (MLUV M-V, 2014). Gegenüber der Einordnung in der Roten Liste der Brutvögel M-Vs von 2003 hat sich der Zustand der Art nicht verändert (ungefährdet). Der kurzfristige Trend sieht eine starke Zunahme voraus und auch der langfristige Trend ist positiv. Von einem Brutvogel mit sporadischer Verbreitung hat sich das Schwarzkehlchen zu einem Brutvogel mit zerspreueter Verbreitung entwickelt (EICHSTÄDT et al. 2006) und tritt auf Sukzessionsflächen aller Art regelmäßig auf. Der Erhaltungszustand der Population in Mecklenburg-Vorpommern ist somit als positiv zu werten. Die Gewährung einer Ausnahme und damit der Verlust eines Brutrevieres führt nach Einschätzung des Gutachters nicht zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Population in Mecklenburg-Vorpommern. Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass die B-Plan Fläche 2015 komplett gemäht wurde und somit als Lebensraum für das Schwarzkehlchen in 2016 voraussichtlich nicht zur Verfügung steht. Die zukünftige Eignung bis zur Umsetzung des B-Plans Nr. 12 ist abhängig vom Ruderalisierungsgrad der Fläche. Inwieweit, auch unter Berücksichtigung von Maßnahmen V1 (Reptilien), eine zukünftige Besiedlung durch das Schwarzkehlchen überhaupt erfolgen wird, ist somit nicht abzusehen.</p>					
<p>Vergleich zumutbarer Alternativen mit keinen oder geringeren Beeinträchtigungen für die Art:</p> <p>Zumutbare Alternativen sind nicht gegeben, da mit dem Nutzungskonzept des B-Plans Nr. 12 ein attraktives Ortszentrum für das strukturschwache Peenemünde geschaffen werden soll. Eine Reduzierung des B-Plangebietes, welche eine geringere Beeinträchtigung von Arten nach sich ziehen würde, stünde der Entwicklung des Ortszentrums und damit dem Gesamtprojekt in erheblichem Maße entgegen und kommt als Alternative nicht in Frage.</p>					

4.2 Maßnahmen des Artenschutzes

4.2.1 Vermeidungsmaßnahmen

Im Rahmen der Vorsorge, d. h. um spätere Konflikte mit Reptilien zu vermeiden, wurde Maßnahme V1 formuliert:

- V1:** Zur Vermeidung einer zukünftigen Besiedlung der Vorhabenfläche zum B-Plan Nr. 12 durch Reptilien wird empfohlen, die Offenflächen bis zum Beginn der Bautätigkeit regelmäßig kurz zu mähen. Zur Vermeidung von Tötungen oder Verletzungen von Brutvögeln oder deren Entwicklungsformen muss die erste Mahd im Jahr bis zum 21. März bzw. nach dem 21. September erfolgen und dann regelmäßig wiederholt werden. Entlang der Hecke an der Westgrenze des Vorhabengebietes ist bis zur Umsetzung des B-Plans Nr. 12 ein ca. 15 m breiter Streifen aus Staudenfluren als Nahrungsfläche und Rückzugsraum für Vögel zu belassen (Abbildung 5).



Abbildung 5
Flächen, die von der regelmäßigen Mahd auszunehmen sind.
Foto: 05.06

- V2:** Zur Vermeidung von Verletzungen oder Tötungen von Vögeln und ihrer Entwicklungsformen darf die Baufeldfreimachung (Rodung von Gehölzen, Beseitigung der Ruderalflur) im Plangebiet zur Umsetzung des B-Plans Nr. 12 "Ortszentrum Peenemünde" nur außerhalb der Brutzeit von Vögeln, d. h. zwischen dem 21. September und 21. März erfolgen. Ist eine frühere Baufeldfreimachung unabwendbar, ist die Fläche vor Beginn der Arbeiten durch eine fachlich geeignete Person auf anwesende Brutvögel zu kontrollieren. Das Ergebnis ist der unteren Naturschutzbehörde mitzuteilen. Wird ein Brutgeschehen festgestellt, sind die Arbeiten bis zum Ausfliegen der Jungvögel aufzuschieben. Verläuft die Kontrolle negativ, hat die Baufeldfreimachung spätestens eine Woche nach dem Kontrollgang zu erfolgen, um eine Ansiedlung von Brutvögeln zu vermeiden.

4.2.2 Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)

– nicht erforderlich bzw. umsetzbar –

5 Fazit

Die Gemeinde Peenemünde beabsichtigt die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ im Rahmen eines B-Plan Verfahrens durchzuführen. Im Mittelpunkt der Neuüberplanung soll die Konzipierung eines modernen Ortszentrums stehen.

Ein Bebauungsplan verliert seine Planrechtfertigung, wenn seiner Umsetzung dauerhaft zwingende Vollzugshindernisse entgegenstehen. Derartige Vollzugshindernisse können sich aus den artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 BNatSchG ergeben. Mit der Überplanung des Gebietes gehen im Zuge der Baufeldfreimachung und der anschließenden Überbauung Lebensräume verschiedener Tierarten verloren. Aus diesem Grund wurde für das Vorhaben ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erstellt. Dabei wurde geprüft, ob mit der Umsetzung des B-Plans Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ Verbote des § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG verletzt werden.

Auf der Grundlage von Erfassungen zu Brutvögeln und Reptilien aus dem Jahr 2015 und der Kontrollbegehung 2023 zur Verifizierung der vorliegenden Daten durch das Büro IPO wurden im Rahmen der Relevanzprüfung **vier Brutvogelarten** ermittelt, welche **durch das Vorhaben betroffen** sind bzw. sein können. Diese sind: Dorngrasmücke (*Sylvia communis*), Schwarzkehlchen (*Saxicola rubicola*) sowie Girlitz (*Serinus serinus*) und Bluthänfling (*Carduelis cannabina*). Mit der Überbauung der Fläche gehen die Brutreviere der Arten über einen mehrjährigen Zeitraum bzw. dauerhaft verloren. Zur Vermeidung von Tötungen und Verletzungen von Vögeln und deren Entwicklungsformen wurde ein zeitlicher Rahmen für die Baufeldfreimachung vorgegeben (**Maßnahme V2**). Darüber hinaus wurde im Rahmen der Vorsorge empfohlen, die B-Planfläche regelmäßig unter Beachtung der Brutzeiten von Vögeln zu mähen, um eine weitere Besiedlung durch Vögel, vor allem aber eine Neubesiedlung durch Reptilien zu vermeiden (**Maßnahme V1**).

Neben den Brutvögeln auf der Vorhabenfläche wurden am HTM (Historisch Technisches Museum) etwa 10 Nistplätze der Mehlschwalbe und mehr als 30 Nistplätze (Ersatzmaßnahme) der Rauchschwalbe festgestellt. Diese nutzen Teile der Vorhabenfläche zur Aufnahme von Nistbaumaterial und zur Jagd. Auch im Umfeld des Plangebietes verbleiben mit der Bebauung im Wohngebiet an der Hafenstraße kaum Offenflächen. **Zum dauerhaften Erhalt der Schwalben am HTM wird demnach die Anlage von Lehmkuhlen oder naturnahen Kleingewässern mit unbefestigtem Uferbereich im Randbereich des B-Plangebietes empfohlen.** Inwieweit hier eine Festsetzung getroffen werden soll, obliegt der Einschätzung der unteren Naturschutzbehörde. Eine Betroffenheit anderer Artengruppen konnte ausgeschlossen werden.

Für die Erlangung von Planungssicherheit ist die Erteilung einer naturschutzfachlichen Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG hinsichtlich des Lebensraumverlustes von Brutvögeln erforderlich. Diese muss vor Beschluss des B-Plans Nr. 12 durch die untere Naturschutzbehörde zumindest in Aussicht gestellt werden. Die naturschutzfachlichen Voraussetzungen zur Gewährung einer Ausnahme liegen vor. Kompensatorische Maßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustandes der Arten müssen nicht ergriffen werden. Im Idealfall entwickelt sich ein geeignetes Habitat auf der Ausgleichsfläche für den Eingriff in Natur und Umwelt (ehemalige Hundestaffel Karlshagen); dort sind zur Erhaltung des Offenlandcharakters regelmäßige Pflegemaßnahmen sowie zur Aufwertung der Fläche die Pflanzung einer Hecke vorgesehen. Entsprechende Ausführungen dazu finden sich im Umweltbericht.

Im Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfung ist festzustellen, dass der Umsetzung des B-Plans Nr. 12 „Ortszentrum Peenemünde“ keine dauerhaft zwingenden Vollzugshindernisse entgegenstehen. Die naturschutzfachlichen Voraussetzungen zur Gewährung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG hinsichtlich des Lebensraumverlustes von Brutvögeln liegen vor.

Quellen

Rechtsnormen

- BARTSCHV – BUNDESARTENSCHUTZVERORDNUNG vom 16. Februar 2005. BGBl. I S. 258 (896). Fassung vom 1.3.2010, zuletzt geändert 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 95).
- BNATSCHG – BUNDESNATURSCHUTZGESETZ vom 29. Juli 2009. BGBl. I S. 2542, zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.12.2022 ([BGBl. I S. 2240](#)) m.W.v. 14.12.2022.
- EGARTSCHV – EG-VERORDNUNG 338/97 vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels. ABl. L 61 vom 3.3.1997, S. 1. Fassung vom 7.8.2013.
- FFH-RL – RICHTLINIE 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie). EG-ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7. Fassung vom 1.1.2007.
- NATSCHAG M-V – NATURSCHUTZAUSFÜHRUNGSGESETZ vom 23. Februar 2010. GVOBl. M-V 2010, S. 66, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 2023 (GVOBl. M-V S. 546)
- VSch-RL – RICHTLINIE 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Vogelschutz-Richtlinie). EG-ABl. L 103 vom 25.4.1979, S. 1. Fassung vom 23.12.2008.
- VSGLVO M-V – LANDESVERORDNUNG über die Europäischen Vogelschutzgebiete in Mecklenburg-Vorpommern (Vogelschutzgebietslandesverordnung) vom 12. Juli 2011. GVOBl. M-V 2011, S. 462. Fassung vom 09.08.2016

Quellen zur Methodik

- BSTMI – BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNEREN, Oberste Baubehörde (Hrsg.), 2011. Hinweise zur Aufstellung der naturschutzfachlichen Angaben zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP).
<http://www.stmi.bayern.de/bauen/strassenbau/veroeffentlichungen/16638/>
- LUNG – LANDESAMT FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND GEOLOGIE M-V (Hrsg.), 2010. Leitfaden Artenschutz in Mecklenburg-Vorpommern.
http://www.lung.mv-regierung.de/insite/cms/umwelt/natur/artenschutz/gesetzl_artenschutz.htm
- WULFERT K, BALLA S, MÜLLER-PFANNENSTIEL K, 2009. 3750 – Die Prüfung der artenschutzrechtlichen Verträglichkeit im Rahmen von Umweltprüfungen. In: STORM PC, BUNGE T (Hrsg.). Handbuch der Umweltverträglichkeitsprüfung. Berlin: Erich Schmidt. ISBN 978-3-503-02709-5.

Fachliche Quellen

- BAUER HG, BEZZEL E, FIEDLER W (Hrsg.), 2005: Das Kompendium der Vögel Mitteleuropas. 3 Bände: Alles über Biologie, Gefährdung und Schutz. 2. Auflage. Wiesbaden: Aula. ISBN 978-3891046968.
- BFN - BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (Hrsg.), 2009. Rote Liste gefährdeter Tiere, Pflanzen und Pilze Deutschlands. Naturschutz und Biologische Vielfalt: 70(1). ISBN 978-3-7843-5033-2
- BFN - BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (Hrsg.), Stand Dezember 2013. Nationaler FFH-Bericht. ARTEN – FFH-Berichtsdaten 2013.
https://www.bfn.de/0316_nat-bericht_2013-komplett.html

- DIETZ C, HELVERSEN OV, NILL D, 2007. Handbuch der Fledermäuse Europas – Biologie, Kennzeichen, Gefährdung. Stuttgart: Kosmos. ISBN 978-3-440-09693-2.
- EICHSTÄDT W, SCHELLER W, SELLIN D, STARKE W, STEGEMANN KD, 2006. Atlas der Brutvögel in Mecklenburg-Vorpommern. Friedland: Steffen Verlag. ISBN 3-937669-66-3.
- FLADE M, 1994. Die Brutvogelgemeinschaften Mittel- und Norddeutschlands – Grundlagen für den Gebrauch vogelkundlicher Daten in der Landschaftsplanung [Dissertation]. Eching: IHW. ISBN 3-930167-00-X.
- GARNIEL A & MIERWALD U, 2010 – Arbeitshilfe Vögel und Straßenverkehr. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.
- HACHTEL M., SCHLÜPMANN M., THIESMEIER B. & WEDDELING K. (Hrsg.) 2009: Erfassung von Reptilien – eine Übersicht über den Einsatz künstlicher Verstecke (KV) und die Kombination mit anderen Methoden. *Zeitschrift für Feldherpetologie*, Supplement **15**: 85-134.
- LANUV NRW - LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2008. Steckbriefe planungsrelevanter Arten.
<http://artenschutz.naturschutz-fachinformationen-nrw.de/artenschutz/content/de/artenliste/artengruppen/einleitung.html?jid=1o2o0>
- LUNG – LANDESAMT FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND GEOLOGIE M-V (Hrsg.), 2004. Zielarten der landesweiten naturschutzfachlichen Planung – Faunistische Artenabfrage. Materialien zur Umwelt 3: 1-613.
- LUNG – LANDESAMT FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND GEOLOGIE M-V (Hrsg.), 2006. LINFOS – Kartenportal Umwelt Mecklenburg-Vorpommern.
<http://www.umweltkarten.mv-regierung.de/script/>
- LUNG – LANDESAMT FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND GEOLOGIE M-V (Hrsg.), 2013. Angaben zu den in Mecklenburg-Vorpommern heimischen Vogelarten. Stand August 2013.
http://www.lung.mv-regierung.de/dateien/artenschutz_tabelle_voegel.pdf
- LUNG – LANDESAMT FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND GEOLOGIE M-V (Hrsg.), 2015. Liste der in Mecklenburg-Vorpommern besonders und streng geschützten heimischen Tier- und Pflanzenarten (ohne Vögel). Stand Juli 2015.
http://www.lung.mv-regierung.de/dateien/bg_arten_mv.pdf
- SCHELLER W, STRACHE RR, EICHSTÄDT W, SCHMIDT E, 2002. Important Bird Areas (IBA) in Mecklenburg-Vorpommern – die wichtigsten Brut- und Rastvogelgebiete Mecklenburg-Vorpommerns. Schwerin: Obotritendruck. ISBN 3-933781-26-4.
- SÜDBECK P, ANDRETTZKE H, FISCHER S, GEDEON K, SCHIKORE T, SCHRÖDER K, SUDFELD C (Hrsg.), 2005. Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. Radolfzell. ISBN 3-00-015261-X.
- STEGNER J, STRZELCZYK P, MARTSCHEI T, 2009. Der Juchtenkäfer (*Osmoderma eremita*) – eine prioritäre Art der FFH-Richtlinie. Handreichung für Naturschutz und Landschaftsplanung. 2. Aufl. Schönwölkau: Vidusmedia. ISBN 978-3-00-019809-0.
- MLUV M-V (UMWELTMINISTERIUM M-V) (Hrsg.). Rote Listen der in Mecklenburg-Vorpommern gefährdeten Pflanzen und Tiere. ISSN 136-3402. Höhere Pflanzen (2005), Schnecken und Muscheln des Binnenlandes (2002), Spinnen (1993), Libellen (1992), Großschmetterlinge (1997), Bockkäfer (1993), Blatthorn- und Hirschkäfer (1993), Amphibien und Reptilien (1991), Brutvögel (2014), Säugetiere (1991).
- UMWELTMINISTERIUM M-V (Hrsg.). Rote Listen der in Mecklenburg-Vorpommern gefährdeten Pflanzen und Tiere. ISSN 136-3402. Höhere Pflanzen (2005), Schnecken und Muscheln des Binnenlandes (2002), Spinnen (1993), Libellen (1992), Großschmetterlinge (1997), Bockkäfer (1993), Blatthorn- und Hirschkäfer (1993), Amphibien und Reptilien (1991), Brutvögel (2014), Säugetiere (1991).

WIKIMEDIA FOUNDATION INC. (Hrsg.), 2009. Wikipedia – Die freie Enzyklopädie. <http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hauptseite>

Anlagen

Anlage I – Faunistische Erfassung 2015